

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### von Weizsäcker

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat in seiner weit über dreißigjährigen Geschichte an den verschiedensten Orten getagt; in den siebziger und achtziger Jahren vielfach in den Ländern, die damals dem Warschauer-Pakt-System angehörten, besonders in der Sowjetunion, mit durchaus wichtigen Ergebnissen, was ich mehrfach miterlebt habe. Heute sind wir zum ersten Mal in den Niederlanden, worüber ich mich besonders freue und unserem Gastland entsprechend Dank sagen möchte. Der Ort, an dem wir uns hier befinden, ist auch insofern von Bedeutung, als es vormals das Amsterdamer Rathaus gewesen ist.

Was uns in der Sache veranlaßt hat hierherzukommen, ist, daß die Niederlande in den Fragen, um die es uns in unserem Gespräch gehen soll, stets in besonderer Weise ihre politischen, gesellschaftlichen und auch moralischen Akzente gesetzt und Impulse gegeben haben. Deshalb meine ich, daß wir auf den Beitrag der Niederlande nachdrücklich angewiesen sind, wenn wir in Europa weiterkommen wollen.

Des weiteren will ich aber auch meine Freude darüber ausdrücken, daß wir uns über die Fragen der künftigen Gestaltung Europas hier mit Freunden aus Polen und aus Ungarn, also mit zwei für dieses Europa zentralen und exemplarischen Ländern beraten dürfen.

Der Vorteil bei der Zusammensetzung dieses Kreises ist sicher, daß alle hier Anwesenden so viel über die europäischen Fragen wissen, daß wir auf einen umfänglichen gegenseitigen Informationsunterricht verzichten und um so eingehender ernsthaft nach Wegen suchen können, wie die Schwierigkeiten zu überwinden sind, denen wir uns in Europa gegenübersehen und die kaum geringer sind als die unglaublichen historischen Chancen, die sich uns in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, besonders aber nach 1989, aufgetan haben und die wir nicht verspielen dürfen.

In diesem Sinne bitte ich Herrn Stürmer, die Leitung des Gesprächs in seine bewährten Hände zu nehmen.

## Stürmer

Wir sind in Amsterdam, kommerzielle Hauptstadt des Königreichs der Niederlande, und wir sind nach Amsterdam, Ausdruck für eine Hoffnung, die sich nur zum Teil erfüllt hat, nämlich die Europäische Union fähig zu machen, mit den Herausforderungen des neuen Europa - die gleichermaßen Chancen wie Risiken beinhalten - fertig zu werden. Zu diesen "challenges" gehören der Euro genauso wie die Erweiterung nach Osten, die beide den Begriff "grand design" rechtfertigen, aber auch in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander stehen. Beide brauchen zudem die institutionelle Vertiefung, etwas, das in Amsterdam kaum zuwege gebracht und daher vertagt wurde: auf wann, weiß niemand zu sagen.

Jener Staatenverbund- um das deutsche Wort zu gebrauchen, das weder Bundesstaat noch Staatenbund meint und 1993 vom Bundesverfassungsgericht kreiert wurde;- , der das Europa der Union von heute darstellt, hat sich viel vorgenommen. Einige meinen, zuviel, wenn sie die Handlungsfähigkeit und vor allem -bereitschaft in vielen europäischen Ländern vor Augen haben. Könnte es sein, daß die Nationalstaaten in der Epoche der Globalisierung erneut von den Völkern oder den sich bedroht fühlenden Schichten in den Gesellschaften als Schutzgehäuse reaktiviert werden? Wie steht es mit anderen Worten um die Zukunft der Nationalstaaten, zumal im Gewande eines starken Sozialstaates? Gerade im Bereich des Sozialen stimmt im EU-Europa wenig zusammen.

Amsterdam hat jedenfalls die Grenzen des Integrationswillens der meisten Staaten deutlich erwiesen - nicht zuletzt Deutschlands. Bisher waren die Deutschen - eingedenk ihrer älteren europäischen Berufung und im Bewußtsein ihrer jüngsten Geschichte, die ganz Europa durcheinandergebracht hat - die europäischsten der Europäer. Jetzt muß sich auch in Deutschland und unter den Deutschen, wie Staatssekretär von Ploetz vom Auswärtigen Amt unlängst in Berlin sagte, rechtfertigen, wer weitere Schritte in Richtung europäische Integration tun will.

Manche wird beruhigen, daß die Dynamik der Integration sich abschwächt und dem übergroßen teutonischen Integrationsbestreben Fesseln angelegt sind. Aber bleiben wir damit nicht auf absehbare Zeit auf halbem Wege stehen? Wer könnte im Ernst glauben, der Euro werde kraftvoll überdauern - und entweder überdauert er kraftvoll oder gar nicht - ohne ein integriertes politisches Steuerungssystem? Der Euro soll ja die tektonischen Kräfte, die die europäischen Wohlfahrtsstaaten geformt haben, in mancher Hinsicht bändigen, zweifellos eine der größten Aufgaben unserer Zeit, vor der unsere Politiker schier verzweifeln. Der Euro scheint in gewissem Sinne die Rolle eines Untermehmensberaters zu übernehmen, der es den Regierungen erlauben soll, Entscheidungen durchzusetzen, zu denen sie anders keinerlei Mandat erhalten würden.

Was die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik angeht, so sind wir in Amsterdam lediglich in technischer Hinsicht ein Stück weiter vorangekommen als in Maastricht, ohne daß das Ziel einer integrierten Führungsstruktur für Außen- und Sicherheitspolitik der Union auch nur ansatzweise erreicht wurde. Vielleicht kommen wir mit der Planungszelle, die jetzt gebildet wurde, und dem großen Unbekannten der Hohen Persönlichkeit ein wenig weiter. Jedenfalls brauchen wir, eher heute als morgen, eine integrierte Politik mit entsprechender Struktur und Steuerungsmöglichkeiten.

Kann die Erweiterung Europa ohne vorhergehende Vertiefung handlungsfähiger machen? Ich fürchte, die Antwort lautet nein. Und ob die jetzt beschworene Flexibilität, ein neues Wort für eine alte Sache, uns einer Lösung näherbringt - einige Länder wollen die Integration aus ihrem eigenen nationalen Interesse weiter vorantreiben als andere;- , ist auch eine offene Frage. Wenn dies aber nicht gelingt, ist Europa dann gut gerüstet angesichts der Umbrüche, die die Welt erschüttern? Worauf ist noch Verlaß? Sicherlich nicht auf Rußland. Und Amerika? Sind die USA nicht längst überfordert, die Krisenherde überall auf dem Globus in den Griff zu bekommen?

Wie ist Europa zu sichern? So lautet unsere Leitfrage. Es ist dieses vielleicht eine etwas pessimistische Formulierung. Sie meint, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, wenn das Werk gelingen soll.

Wir wollen dieses Thema in vier Annäherungen behandeln. Erstens: Die Europäische Währungsunion - was sind die politischen Implikationen? Der Akzent liegt auf politisch.

Daß die Banken und auch das deutsche Bundesfinanzministerium dies technisch schaffen werden, dürfen wir wohl als gegeben voraussetzen.

Zweitens: die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - bleibt sie auf immer eine Illusion, oder haben wir berechtigte Aussichten, daß sie doch zustande kommt?

Das dritte Unterthema sind dann die beiden Erweiterungen von NATO und EU. Wie hängen sie zusammen? Was sind ihre Wechselwirkungen? Treibt die NATO-Agenda die europäische Agenda, und stützt sie ab, oder gilt es umgekehrt?

Viertens schließlich die Fragen nach der inneren Verfassung der Europäischen Union. Auf der einen Seite das alte Programm der "immer engeren Gemeinschaft", das in Amsterdam nicht eigens erwähnt wurde, aber von den Römischen Verträgen bis Maastricht in den Präambeln fast wie der Heilige Gral behandelt wurde. Auf der anderen Seite die Frage: Was wird aus den Nationalstaaten, die ja nicht einfach absterben werden?

Bei alledem sehe ich drei Akzente für dieses Gespräch. Erstens: Alle vorgenannten Themen hängen untereinander zusammen. Zweitens: Das half-way house von Amsterdam bedarf dringend der Vervollständigung, um nicht zu verfallen. Und drittens: Es ist keine Zeit zu verlieren. War Amsterdam ein Wendepunkt, an dem die Wendung unterblieb?

Zu jeder dieser vier Annäherungen sind zwei "introducer" gebeten, die die Aufgabe übernommen haben, in gebotener Kürze die Thematik zu eröffnen. Zum ersten Thema, die Europäische Währungsunion und ihre politischen Implikationen, haben sich Dr. Cartellieri von der Deutschen Bank und Sir Christopher Mallaby - Ihnen allen als exzellenter Botschafter einer fernen Insel bekannt, inzwischen aber einer europäischen Bank verbunden - bereit erklärt, uns auf den rechten Weg zu bringen.

### **Cartellieri**

Ich will versuchen, auch zu einigen der Fragen, die Herr Stürmer gestellt hat, Stellung zu nehmen als jemand, der sich mit der Problematik: Welche Konsequenzen hat die Währungsunion? tagtäglich auseinandersetzen muß.

Die vorherrschende Perzeption, zumindest der finanzmarktnahen Beobachter, ist: Die Währungsunion kommt; aber anders, als zumindest die meisten deutschen Befürworter noch bis Anfang dieses Jahres geglaubt und gehofft haben. Uns hat das Modell einer europäischen Kernunion vorgeschwebt, das zu einer Institutionalisierung und Konsolidierung des langjährigen sogenannten D-Mark-Blocks führen wird. In den letzten zwölf Monaten hat sich die währungspolitische Landschaft aber dramatisch verändert.

Zum einen haben die Mittelmeerländer enorme Anstrengungen unternommen, und zwar mit großem Erfolg. Daß Spanien und Portugal dabei sind, ist vielleicht weniger überraschend; um so mehr gilt dies jedoch für Italien, das nicht ein paar Schnellschüsse durchgeführt hat, sondern, gerade aus deutscher Sicht, mit bewundernswerter Rigidität zum Teil strukturell Dinge aufgebrochen hat, an denen wir uns immer noch die Zähne ausbeißen. Zumindest haben Deutschland und Frankreich - und das ist die andere Seite - erheblich weniger getan, als man erwartet hatte. Daß wir heute nicht mehr von einer Kernunion sprechen können, haben wir uns im wesentlichen auch selbst zuzuschreiben.

Wir haben es also mit einem vollkommen neuen Szenario zu tun, da die Währungsunion voraussichtlich mit elf Mitgliedsländern starten wird, ein großes, eher amorphes Gebilde. Mit Begriffen wie: Kern - Peripherie, hart - weich, innen - außen werden wir den Sachverhalt nicht mehr zutreffend charakterisieren. Es wird auch erhebliche strukturelle Differenzen geben, und zumindest potentiell - manche werden erschrecken, wenn ich das sage - ist eine gewisse Instabilität zu erwarten. Es geht nicht mehr darum, ob die Währungsunion kommt, sondern ob und wie lange sie hält. Das ist nicht nur der Problemhorizont einiger weniger scharfsinniger Analytiker. So hat kürzlich eine Umfrage unter britischen Geschäftsleuten ergeben, daß eine breite Mehrheit dort der Meinung war, die Währungsunion kommt; aber sie wird nach wenigen Jahren wieder auseinanderbrechen. Das sollte sicherlich zum Nachdenken Anlaß geben.

Solche Einschätzungen sind natürlich darauf zurückzuführen, daß wir hier mit einem völlig neuen Tatbestand konfrontiert werden: Während wir europaweit eine einheitliche Geldpolitik haben werden, stehen dieser nach wie vor maximal elf verschiedene nationale Finanz- und Wirtschaftspolitiken gegenüber, die dann nicht nur mit der einheitlichen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank konfrontiert werden, sondern möglicherweise auch untereinander stark divergieren. Hier sind durchaus verschiedene Sprengsätze eingebaut, indem die einzelnen Länder unterschiedliche Politiken betreiben, insbesondere im Hinblick auf die Sozialpolitik. Die Frage ist, ob die Regierungen gegenüber den Wählern und den Interessengruppen auf Dauer eine Politik durchhalten - wie das jetzt in Italien versucht wird;- , die einerseits unter dem Kriterium steht, welche eine nachhaltige Senkung der

Haushaltsdefizite verlangt und damit zum Abbau der Staatsausgaben, zur Sanierung der Pensionshaushalte und ähnlichen Dingen zwingt, und andererseits unter den Druck der europäischen Geldpolitik einer entschlossenen Europäischen Zentralbank gerät.

Ich sehe zwei Gründe, warum ich in dieser Hinsicht eher optimistisch bin. Der eine Grund ist, daß allmählich in allen Ländern erkannt wird - unabhängig von den jeweiligen politischen Konstellationen;- , daß die bisherige Politik überall in Europa in eine Sackgasse geführt hat. In allen europäischen Ländern steigt das Subventionsniveau immer weiter an - zur Zeit liegen allein die direkten Subventionen bei über 130 Milliarden US-Dollar per annum. Und diese Gelder werden überwiegend nicht etwa für die notwendigen strukturellen Anpassungen ausgegeben; ganz im Gegenteil. Der Preis sind ständig steigende Haushaltsdefizite, eine ständig steigende öffentliche Verschuldung.

Die öffentliche Verschuldung lag 1981 im Durchschnitt der Mitgliedsländer bei 46 Prozent. 1991 betrug sie 60 Prozent. Dann kam es zum Rüttelschwur im Hinblick auf Maastricht; man gelobte allenthalben Besserung mit der Folge, daß die Verschuldung von 1991 bis 1997 weiter auf 76 Prozent angestiegen ist. Gleichzeitig hat sich in Europa die Zahl der Arbeitslosen auf nahezu 20 Millionen erhöht. Daß diese Entwicklung nicht so weitergehen kann - mit oder ohne die Währungsunion;- , leuchtet inzwischen fast überall ein.

Die Kriterien für die Währungsunion erzwingen jetzt eine Umsteuerung. Um die Haushaltsdefizite zu senken, müssen die Staatsausgaben verringert und damit die Staatsaufgaben reduziert werden. Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sind die bekannten Stichworte, und hier ist ja auch schon sehr vieles auf den Weg gebracht worden.

Steuer- und Rentenreform stehen insbesondere in den großen Mitgliedsländern Deutschland, Frankreich, Italien - an, und die Arbeitsmärkte müssen flexibilisiert werden. Über diese Agenda gibt es unter den führenden Parteien - ob Sozialisten oder Konservative - im Grunde wenig Differenzen, wenngleich die Umsetzung noch viele Probleme bereitet. Anders ist es in Großbritannien, wo man uns schon seit Jahren mit wechselnder politischer Führung vormacht, wie derartige Dinge auch umgesetzt werden können. Ebenso ist unser Nachbarland Holland auf diesem Gebiet zum Teil wesentlich weiter.

Mit anderen Worten: Die Währungsunion zwingt ihre Mitglieder zur Renovierung der sogenannten Wohlfahrts- oder Sozialstaaten. Und man hat mehr und mehr erkannt, daß die Fortsetzung der bisherigen Politik nicht nur wirtschaftspolitisch in die Sackgasse führt, sondern auch politisch gefährlich ist. Denn weitersteigende Arbeitslosenzahlen führen zur Erosion der politischen Mitte, während die rechten und linken Ränder zunehmen - zur Zeit eher die rechten Ränder, was man in Frankreich und Österreich bereits feststellen kann, während dies in Deutschland bisher Gott sei Dank noch nicht der Fall ist.

Der Zwang zur wirtschaftspolitischen Konvergenz resultiert also zum einen aus den vorgeschilderten Gegebenheiten; er wird in Zukunft auch durch die einheitliche Geldpolitik und noch mehr als bisher durch die Finanzmärkte bewirkt. Höhere nationale Verschuldung führt zu höheren Zinsen und damit zu einem schlechteren Rating der Länder, die sich hier undiszipliniert verhalten. Es ist zumindest schwer vorstellbar, daß ein Finanzminister, dessen Regierung aus der Reihe tanzt, das gegenüber seiner nationalen Öffentlichkeit und dem Parlament lange durchhalten wird.

Dieser Mechanismus wirkt schon seit einigen Jahren, wird aber durch die Währungsunion sicher verstärkt. Wenn ich an den gestrigen ominösen Beschäftigungsgipfel in Luxemburg denke, dann sehe ich eine Entwicklung auf uns zukommen, die nicht zu einem gemeinsamen wirtschaftspolitischen Handeln in Europa, sondern zu einem konvergenten wirtschaftspolitischen Verhalten in den Mitgliedsländern führt. Das gilt etwa für die Beschäftigungspolitik, die kein europäisches, sondern ein nationales Thema ist und bleibt. Auch eine Sozialunion vom Nordkap bis Sizilien macht keinen Sinn. Hier werden wir gleichgerichtete nationale Politiken bekommen.

Der zweite Grund, warum ich optimistisch im Hinblick auf die Währungsunion bin, ist die zunehmende Dynamik der europäischen Wirtschaft. Wir erleben den Beginn einer Welle von nationalen und transnationalen Fusionen, Unternehmenskäufen und -verkaufen. Das heißt, die Wirtschaft beginnt sich neu zu orientieren, um im europäischen und globalen Wettbewerb besser gerüstet zu sein. Das geht sehr viel schneller, als mancher bisher wahrnimmt. Das gilt im übrigen auch für die Wirtschafts- und Ordnungspolitik im weiteren Sinne. Ganze Branchen und Industriezweige werden sich in wenigen Jahren europaweit neu arrangieren.

Ein Beispiel aus Deutschland: 50 Prozent der Kreditwirtschaft bei uns sind immer noch in öffentlichen Händen. Das wird sicherlich nicht mehr sehr lange so bleiben. Ähnliche Entwicklungen können Sie in der Transportwirtschaft, auch eine hochregulierte Wirtschaftsbranche quer durch Europa, oder in der

Stahlindustrie feststellen. Diese Wirtschaftszweige werden sich grenzüberschreitend neu formieren und damit die nationale Politik unter Zugzwang setzen.

Die Politik muß zumindest darauf achten, daß der wirtschaftspolitische Ordnungsrahmen erhalten bleibt und, wo nötig, verstärkt wird. Das gilt insbesondere für die Wettbewerbspolitik. In dem Zusammenhang wird der Artikel 3 a des Vertrages von Maastricht viel zu wenig beachtet, der die Bedingungen einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb postuliert. Dazu brauchen wir in Europa eine unabhängige Wettbewerbsaufsicht, die nicht nationalen Einflüssen und Interessen unterliegt, wie das heute bei der Kommission - ungeachtet all ihrer Verdienste auf diesem Gebiet - der Fall ist. Eine solche Forderung impliziert ohne Frage die Überwindung der erheblichen Demokratie- und Legitimationsdefizite der europäischen Institutionen. Mit anderen Worten: Die Rolle des Europäischen Parlaments muß unzweifelhaft gestärkt werden.

Dies ist Teil des europäischen Integrationsprozesses, der - ob politisch gewollt oder nicht durch die Wirtschaft induziert eine solche Eigendynamik entfaltet, die nur zum eigenen Schaden gebremst werden kann. Statt diesen Prozeß zu behindern, sollte man ihn besser zu eigenem Nutz und Frommen fördern.

Vor diesem Hintergrund kann die Frage, ob und wie weit die Europäer die politische Union tatsächlich wollen, durchaus offenbleiben. Was sich etwa am Beispiel Großbritanniens zeigt, ist: Obwohl dort die Vorstellungen selbst vieler Proeuropäer nicht viel weiter gehen als bis zu einer effizienten, aber doch recht lockeren Freihandelsunion, erweist sich in der täglichen Praxis, daß die Anpassung an den erwarteten gemeinsamen Währungs und Wirtschaftsraum äußerst schnell vonstatten geht. Denn zu Recht gehen auch in Großbritannien viele davon aus, daß ihr Land - Mitglied in der EWU oder nicht - von dem Euro sehr schnell in den Sog, wenn nicht einer Parallelwährung, so doch einer starken europäischen Verkehrswährung mit hineingezogen wird. Das heißt, auch dort wird die nationale Autonomie nicht nur für die eigene Zins- und Wechselkurspolitik, sondern auch für die Wirtschafts- und Industriepolitik immer geringer. Auch aus diesem Grund erscheint mir die Mitgliedschaft Großbritanniens in der Währungsunion aus heutiger Sicht nur eine Frage der Zeit zu sein. Das wird letztlich davon abhängen - wie ja auch die britische Regierung es formuliert;- , wann sich die konjunkturellen Zyklen einigermaßen annähern, was zur Zeit nicht der Fall ist.

Das Thema Parallelwährung wird noch wichtiger werden für den osteuropäischen Wirtschaftsraum. Dort wird die D-Mark, die heute die Parallelwährung darstellt, durch den Euro im wesentlichen abgelöst werden. Das verstärkt die Anbindung dieser Länder und erleichtert ihre Westintegration, wenn von beiden Seiten die Weichen richtig gestellt werden.

Hier liegt auch die Fehleinschätzung, die viele begehen, die seismographisch Symptome für eine wachsende Europamüdigkeit und eine angeblich wieder nationalere Ausrichtung der Politik registrieren, die sie insbesondere in Deutschland beobachten wollen. Es sind übrigens die gleichen Analytiker, die seit vielen Jahren beharrlich die Währungsunion totgesagt haben. Ich meine, daß sich die wirtschaftliche Konvergenz und Dynamik durch die Währungsunion noch wesentlich verstärken wird, als wir uns das heute vorstellen. Deshalb werden sich die Mitglieder der Währungsunion früher als vermutet in einer politischen Union wiederfinden.

Das heißt, die Politik wird zwangsläufig mitgezogen werden, zumal der fortschreitende Globalisierungsdruck die Europäer zwingen wird, auf immer mehr Gebieten gemeinsame Antworten zu suchen: in den Bereichen Informationstechnologie, Internet, Grundlagenforschung, Luft- und Weltraumforschung, Umwelt, in der Finanzpolitik ohnehin. Dazu gehört beispielsweise auch die Frage: Wie soll sich der IMF jetzt in der akuten Finanzkrise in Asien verhalten?

Mit anderen Worten: Die Spielräume für autonomes nationales Handeln werden kleiner: Aufgrund dieser Sachzwänge bin ich - unabhängig von persönlichen Überzeugungen sehr optimistisch, was den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses angeht. Dieser Prozeß hat keinen Rückwärtsgang. Wer etwas anderes will, muß die Frage beantworten: How to unscramble the egg?

### **Sir Mallaby**

Ich stimme grundsätzlich mit Herrn Cartellieri überein, doch ich komme auf einem anderen Weg zu seinen Schlußfolgerungen. Das ist sicher nicht verwunderlich; denn, wie Michael Stürmer sagte, Großbritannien und das europäische Festland sind immerhin durch einiges Wasser getrennt.

Offenkundig tun sich Deutschland und Frankreich schwer, das Maastricht-Kriterium der Haushaltsverschuldung von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erfüllen. Im Frühsommer hielt ich eine Verschiebung des Euro durchaus für möglich. Die glaubwürdigsten privaten Vorausschätzungen für Frankreich lagen zu jener Zeit bei 3,8 oder 3,9 Prozent, und ich bezweifelte,

daß dies von der deutschen Politik akzeptiert werden würde. Doch das hat sich sehr geändert. Tatkräftiges Handeln seitens der neuen französischen Regierung hat die Schätzungen auf 3,2, 3,1 oder gar auf drei Prozent gesenkt, und in Deutschland liegen die besten Annahmen heute bei 3,2 Prozent trotz der sinkenden Steuereinnahmen.

Es ist nicht sicher, daß diese Zahlen bedeuten, der Beitritt zur Währungsunion werde in Deutschland ohne Auseinandersetzungen oder politische Aufregungen vonstatten gehen, doch die öffentliche Meinung in Deutschland wird diese Zahlen letztlich politisch akzeptieren. Deshalb rechne ich damit, daß die Währungsunion am 1. Januar 1999 beginnen wird. Ich sehe auch nicht, wie Deutschland sich unter diesen Umständen gegen die Mitgliedschaft Italiens, Spaniens, Portugals und anderer Länder sperren kann, die in bezug auf die Kriterien teilweise bessere Zahlen ausweisen als Deutschland. Ich teile deshalb die generelle Sicht, die Herr Cartellieri geäußert hat, daß es elf Länder sein werden, die von Anfang an dabei sind - alle Länder der Europäischen Union mit Ausnahme von Großbritannien, Griechenland, Dänemark und Schweden.

Es hat bereits wichtige politische Einwirkungen gegeben, um die Volkswirtschaften in Europa auf Kurs zu bringen. Denken Sie an die beachtlichen Anstrengungen, die Inflation zu bekämpfen und die Verschuldung der öffentlichen Hand zu reduzieren. Nach dem Start der Währungsunion wird es weitere politische Weichenstellungen auf der Ebene der nationalen Wirtschaftspolitik geben - wenn das Wort "national" hier überhaupt noch eine Bedeutung hat. Mit dem Verlust von zwei der wichtigsten nationalen Instrumente der Wirtschaftspolitik - Zinsraten und Wechselkurse - und aufgrund der geforderten ständigen Haushaltsdisziplin durch den Stabilitätspakt wird sich der Wettbewerb künftig auf andere Dinge konzentrieren: mehr als bisher auf Produktivität, Ausbildung und weitere Faktoren, die dann größere Bedeutung erlangen. Dazu könnte ein Wettbewerb mit niedrigeren Steuern, Erleichterungen für die Industrie und auf dem Finanzsektor und in der Tat auf dem Gebiet der Beschäftigung gehören.

Dies alles kann die Reform der Wirtschaftsstrukturen in einigen Ländern, auch in Deutschland und besonders in Frankreich, beschleunigen. Der Charakter - man könnte fast sagen: die Psychologie - der Wirtschaftspolitik in beiden Ländern wird sich ändern, wahrscheinlich tiefgreifender, als es bisher zu erkennen ist. Ich halte es sogar für möglich ich sage dies, um die Diskussion zu beleben;- , daß die deutsche Verfassung sich schwertun wird, Konsens und Entscheidungen zustande zu bringen, die notwendig sind, um die wirtschaftlichen Strukturen zu ändern. In Frankreich kann man sich ebenfalls fragen, ob der erforderliche Wandel nicht von öffentlichen Unruhen begleitet wird,, wie das dort bei schwerwiegenden Problemen der Fall sein kann. Werden es Ausnahmefälle bleiben, daß der französische Staat bei Demonstrationen, die ökonomisch begründet sind, auf Rechtsstaatlichkeit verzichtet, oder müssen auch in solchen Fällen Recht und Gesetz durchgesetzt werden?

Auf der europäischen Ebene wird die Währungsunion entscheidende Konsequenzen haben. Eine einheitliche Währung bildet schon an sich ein starkes Band zwischen den Beteiligten, ist also ein wichtiges Element für die europäische Integration. Frankreich und Deutschland haben sich im Oktober in Münster darauf geeinigt, daß die Länder der Euro-Zone zusätzlich zum Stabilitätspakt und zum Euro ihre Wirtschaftspolitiken koordinieren werden. Ein englischer Beobachter muß sich fragen, was dieses neue Gremium der Finanzminister der Euro-Länder, das "Monster von Münster", eigentlich besagt. Uns wurde versichert, dies sei keine Einrichtung, die Entscheidungen trifft. Das mag in der Theorie so sein. Sie soll den Wirtschafts- und Finanzministern der Euro -Länder vor ihren Treffen der ECOFIN in zahlreichen Fragen als Koordinierungsstelle dienen.

Ich denke, die Minister werden dort die wirtschaftliche Situation ihrer Länder und Europas insgesamt diskutieren. Sicher werden sie über das Thema Inflation und die Stellung des Euro gegenüber den anderen Währungen diskutieren. Des weiteren wird es um Budgetfragen und auch um die nationalen Haushalte gehen. Die europäische Strukturpolitik, die Beschäftigungssituation und die Reform des Arbeitsmarktes werden ebenso Themen sein wie die Steuergesetzgebung und ihre Harmonisierung sowie Fragen der Außenhandelspolitik und weitere zentrale Fragen, die auf der europäischen Tagesordnung stehen und die von erheblicher Bedeutung für die Volkswirtschaften sind, wie etwa die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Ich nehme an, daß diese Gruppe nicht zuletzt sogar die G-7-Treffen vorbereiten wird.

Es wird im Interesse der Länder der Euro-Zone liegen, sich über derlei Themen zu einigen, und es liegt auf der Hand, daß dies die Entscheidungen der Europäischen Union insgesamt nachhaltig beeinflussen wird. Auch wenn sie keine Entscheidungen treffen wollen, werden sie häufig bestimmte Entscheidungen unvermeidlich machen. Es ist somit nicht überraschend, daß Großbritannien und die anderen Länder, die zunächst nicht der Währungsunion beitreten wollen, das Recht beanspruchen, an dieser Koordination nach der Münster-Initiative teilzunehmen. Aber unabhängig davon wird diese

Koordination sich erheblich auf die Währungsunion politisch auswirken. Das ist zumindest ein wichtiger Schritt für das Zusammengehen der Volkswirtschaften in der Euro-Zone.

Natürlich bestehen, wie Herr Cartellieri sagte, große Bedenken, daß die Währungsunion in der Anfangsphase erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten auslösen wird aufgrund der ökonomischen Unterschiede zwischen den Euro-Ländern, die tatsächlich viel größer sind, als wenn man nur die Maastricht-Kriterien heranzieht. Hinzu kommt, daß in Europa zwei entscheidende Faktoren fehlen, verglichen mit einem wirklich einheitlichen Wirtschaftsraum, wie er in den Vereinigten Staaten vorhanden ist, nämlich die Arbeitsmobilität und die Verfügbarkeit zentraler Fonds, um Regionen zu helfen, deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bei einer einheitlichen Währung deutlich wird.

Ich habe kürzlich eine Diskussion zu diesem Thema bei einem Treffen in Ditchley Park geleitet. Ich habe jeden der Teilnehmer nach seiner Einschätzung gefragt, inwieweit die Mobilität der Arbeitskräfte in Europa im nicht-akademischen Bereich zur Normalität wird. Nicht eine Hand der anwesenden Experten hat sich gerührt.

Nun, die Schwierigkeiten in der Anfangsphase des Euro werden nach meiner Auffassung nicht sein Scheitern bewirken. Es wird indes einer ungeheuren politischen Anstrengung bedürfen, damit das Ganze funktioniert. Ich denke, die Länder der Währungsunion werden, wenn nötig, wahrscheinlich eine stärkere Integration in Kauf nehmen, damit der Euro gelingt. Sie werden ihre Volkswirtschaften weiter harmonisieren zum Beispiel bei den Steuern, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Mitglieder der Euro-Zone könnten also quasi eine "Flucht nach vorn" in die Integration antreten. Es wird deshalb keinen harten Kern in Europa geben, der aus Frankreich und Deutschland besteht, sondern einen Kern aus elf Ländern, der größer und weniger hart ist.

Die neuen Mitglieder in der nächsten Welle der Erweiterung werden angesichts der Bedeutung des Euro für die Europäische Union der Währungsunion ebenfalls beitreten wollen, sobald sie sich wirtschaftlich dazu in der Lage sehen. Das wird nicht so schnell gehen, doch es wird von Anfang an ihr Ziel sein. Wie lange es auch immer dauern wird, sie werden von ihrem Beitritt zur Europäischen Union an potentielle Mitglieder der Währungsunion sein. Somit ist die theoretische Vorstellung von einer neuen EFTA neben der Euro-Zone völlig unrealistisch.

Was heißt das alles für die von Michael Stürmers sogenannte ferne Insel? Gordon Brown hat die britische Position vor kurzem klargestellt. Er hat deutlicher gesagt als irgend jemand vor ihm, daß Großbritannien auf lange Sicht der Währungsunion beitreten möchte. Auch wenn die Konservativen viel Aufhebens davon machen, die Öffentlichkeit zeigt sich davon nicht sonderlich beeindruckt. Tony Blair sagt, er wolle das Vereinigte Königreich zu einem führenden Mitspieler in einem Europa unabhängiger Nationalstaaten machen. Was er für Großbritannien in der Europäischen Union anstrebt, ist Führerschaft bei Ideen und Partnerschaft bei der Umsetzung.

Obwohl England bekanntlich bei wesentlichen Schritten zur europäischen Integration widerstrebt, weist es gegenwärtig einige Aktivposten auf: die Popularität und das europäische Image von Tony Blair, seine starke Mehrheit im Parlament, die Erfolge der britischen Wirtschaft und die Tatsache, daß Großbritannien in der Tat, wie Herr Cartellieri sagte, in vielem den Weg bereitet hat für die derzeit wichtigsten Bereiche der Wirtschaftspolitik - vor allem bei Privatisierung und Deregulierung.

Ich glaube, die britische Regierung kann Großbritannien nicht von Anbeginn in den Euro führen. Das ist beim gegenwärtigen Stand unserer öffentlichen Meinung unmöglich. Es ist demokratisch nicht zu rechtfertigen. Die allgemeine Erwartung ist jetzt, daß wir uns der Währungsunion innerhalb weniger Jahre anschließen werden, möglicherweise Anfang 2002, vorausgesetzt die Währungsunion wird ein Erfolg. Wenn die Währungsunion ein Erfolg wird, muß Großbritannien auf jeden Fall beitreten. Die Regierung kann ihre Zielsetzung, an der Führung in Europa teilzuhaben, nicht erreichen, wenn ein Kern von elf Staaten und später weiteren Ländern in der Währungs- und Wirtschaftsintegration voranschreiten und Großbritannien beiseite steht. Sollten wir draußen bleiben, würden wir Großbritanniens ureigenste Interessen verletzen. Es ist ein Gebot der Souveränität und der Selbstachtung jeder Regierung, im Interesse ihres Landes auf das Umfeld einzuwirken. Wie Herr Cartellieri sagte, wird die britische Wirtschaft durch den Euro bedrängt werden, bevor sich Großbritannien zum Beitritt entschließt. Dies wird zusätzlichen Druck auf uns ausüben.

Ich kann einer kurzen Abschweifung nicht widerstehen, was die wirtschaftlichen Implikationen angeht, die sich aus der Währungsunion ergeben. Dazu zwei Punkte. Erstens: Die Währungsunion wird in der Tat den Trend zu Fusionen zwischen Industrie- und Finanzunternehmen in ganz Europa verstärken. Die Kontrolle der Regierungen über große Firmen wird sich verringern. Zweitens wird eine einheitliche Währung größere und kapitalkräftigere Finanzmärkte schaffen, und mehr Unternehmen werden jene Märkte anzapfen, um Kapital zur Expansion zu erhalten. Damit wird die Zahl der Aktionäre,

einschließlich kleiner Investoren, zunehmen und an Einfluß gewinnen. Die Unternehmen werden deren Forderung, Gewinne zu machen und Dividenden auszuschütten, berücksichtigen müssen. Hinzu kommen die eingangs erwähnten Hinweise auf die Bedeutung niedrigerer Besteuerung und geringerer staatlicher Regulierung. Dies alles leistet zwei großen Trends Vorschub: Zum einen wird es größere Unternehmen geben, die sich gegenüber ihren Aktionären stärker verantworten müssen, und zum anderen werden die Regierungen an Macht einbüßen.

Um meine Bemerkungen zusammenzufassen: Die gemischte Verfassung der Europäischen Union, die auf den in Maastricht vereinbarten Pfeilern beruht, wird sich fortsetzen. In einigen Bereichen wird Integration stattfinden, und in anderen wird es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Staaten geben. Mein Eindruck ist, daß die öffentliche Meinung in Deutschland nicht mehr so uneingeschränkt positiv gegenüber Europa ist; ganz sicher ist sie es nicht in Frankreich und in Großbritannien. Wenn die Währungsunion einige Länder in bestimmten Bereichen in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt, die dann weniger wettbewerbsfähig sind als andere, könnte sich die Abneigung gegenüber Europa in diesen Ländern kurzfristig verstärken. Doch wenn, wie ich es erwarte, die Währungsunion die Schwierigkeiten allmählich überwindet, wird das "Monster von Münster" eine neue Welle der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern auslösen. Sie werden den Kern Europas ausmachen, keinen harten Kern zwischen Frankreich und Deutschland, sondern einen breiteren, weniger harten.

Die Vertiefung der Europäischen Union und ihre gleichzeitige Ausdehnung durch die Erweiterung wird diese neue Zusammenarbeit ausmachen, die der Schaffung des Euro folgt. Dies und nicht die politische Union wird die nächste Stufe kennzeichnen. Es gibt zur Zeit, um den Titel unserer Konferenz aufzugreifen, keine konzeptionelle Vorstellung für die nächste Stufe beim Aufbau Europas, und ich sehe auch kein öffentliches Verlangen danach, zumindest nicht in den Hauptländern. Es gibt jedoch eine starke Bewegung in Europa, mit dem Euro zu beginnen. Natürlich wird die engere Zusammenarbeit mit der Zeit zu Verfassungsänderungen führen. Das wird wieder auf die Tagesordnung kommen. Großbritannien wird, wenn die Währungsunion erfolgreich ist, gezwungen sein, ihr beizutreten und sich an dieser neuen Bewegung in Richtung Europa zu beteiligen; denn die Alternative wäre, daß Großbritannien seinen Einfluß verliert.

### **Stürmer**

Ich danke unseren beiden Referenten für eine zweifach überzeugende und nach vorne schauende Einführung, die uns einen guten Einstieg für die Diskussion verschafft.

### **Sir Broomfield**

Im Grunde hat Christopher Mallaby auf elegante Weise die britische Auffassung dargelegt, daß organisches Wachstum besser ist als geplantes Wachstum. Das heißt, hier konkurrieren zwei grundlegend verschiedene Systeme miteinander: das kontinentaleuropäische, das dem staatlichen Einfluß generell und in der Wirtschaft speziell Vorrang gibt, und die angelsächsische, amerikanisch-britische Tradition, die dem Aktionär größere Rechte einräumt. Um diesen Gegensatz scheint es mir jetzt wieder in Europa zu gehen.

Man könnte sagen, daß im angelsächsischen Modell der Vorsitzende einer Aktiengesellschaft in der gleichen Beziehung zu seinen Aktionären steht wie der Parlamentarier zu seinen Wählern. Er ist durch sie gebunden. Dagegen lautete die alte deutsche Formulierung, ein Aktionär sei dumm und frech; dumm, weil er sein Geld gebe, und frech, weil er glaube, dafür etwas zurückzubekommen. Dem Aktionär kam also keine besondere Bedeutung zu; denn das Kapital wurde von den Banken zur Verfügung gestellt.

Ich sitze im Aufsichtsrat einiger Unternehmen mit weitreichenden europäischen Interessen. Wenn Christopher Mallaby recht hat - und ich meine, er hat recht;-, dann werden in den Unternehmensversammlungen immer mehr Aktionäre auftauchen, die die Rendite für ihren Kapitaleinsatz einfordern und versuchen, die Unternehmensführungen in einer Weise zu beeinflussen, wie das in den meisten europäischen Ländern noch unüblich ist.

Was die politische Seite angeht, so dürfte die Zeit großer Konzepte, auf denen die Grundidee der Europäischen Union bis Maastricht beruhte und von der einiges in Amsterdam weiterentwickelt wurde, vorüber sein. Wir gehen jedenfalls in eine Phase hinein, in der sich die Menschen in Europa an die enorme Dynamik gewöhnen müssen, die durch den Euro ausgelöst wird und die alle in ihrer Lebenswelt, an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem Portemonnaie spüren werden.



Diese neue Dynamik ist den Menschen bisher kaum vertraut. Damit politisch umzugehen, ist Sache der einzelnen Nationalstaaten. Wenn diese weiterhin wie bisher Brüssel für alle unpopulären Entscheidungen verantwortlich machen und sich selbst die populären Entscheidungen zurechnen, werden wir in eine Phase großer Unsicherheit geraten.

Wenn wir an die Europäische Zentralbank in der Weise herangehen, wie wir es gerade bei der Auseinandersetzung um den künftigen Präsidenten dieser Bank erleben, wo die nationalen Interessen auf einem Gebiet durchschlagen, auf dem es keine gewählte Körperschaft gibt und das kaum Kontrollen unterworfen ist - bestimmt nicht durch das derzeitige Europäische Parlament;- , dann kann dies tatsächlich zu Unsicherheit führen und die Stabilität des Euro beeinträchtigen.

Ich meine jedenfalls, daß wir jetzt in eine Phase kommen, in der der Einfluß von unten sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich sich verstärken wird. Ich halte das auch für wichtig, denn anders werden wir für die schwerwiegenden Entscheidungen keine Akzeptanz finden. Wenn Sie sich die Ergebnisse des kürzlichen sogenannten Beschäftigungsgipfels vor Augen führen, stellen Sie fest, daß einzelne Regierungen, angeführt vom deutschen Bundeskanzler und sekundiert vom britischen Premierminister, zum Ausdruck gebracht haben, daß sie in diesen Bereichen Verantwortung übernehmen müssen, weil es keine anderen Institutionen in Europa gibt, die den politischen Druck aushalten können, der sich aus diesen Entwicklungen in Europa ergibt.

Der Euro bedeutet also einen tiefgreifenden Wandel, der die Wirtschaft mehr von unten steuert und der hoffentlich den politischen Prozeß in den kommenden Jahren in Gang bringt.

### **Janning**

Mein Eindruck ist, daß die grundsätzliche Zielsetzung und auch die Erwartungshaltung, die aus beiden Vorträgen spricht, hier große Übereinstimmung finden und offenbar nicht umstritten sind. Etwas anderes ist, ob damit bereits alle wesentlichen Einzelfragen geklärt sind, denen ja durchaus generelle Bedeutung zukommen kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Punkte ansprechen. Erstens: Wie läßt sich verhindern, daß in der Übergangsphase das, was politisch und ökonomisch sinnvoll ist, durch spekulative Attacken, etwa auf kleinere Währungen, konterkariert wird? Es gibt ja eine Reihe von Überlegungen, den Prozeß entgegen den Markterwartungen zu dynamisieren. Wie man Störungen durch politische Maßnahmen wirksam unterbinden kann, ist mir unklar.

Zweitens: Herr Cartellieri und Sir Christopher haben beide daraufhingewiesen, daß die Arbeitskräfte den Produktionsverlagerungen nicht folgen werden. Das wird bis auf weiteres den Eliten vorbehalten bleiben. In Deutschland beispielsweise sorgt nicht zuletzt das System des Finanzausgleichs dafür, daß die Arbeitskräfte nicht mitwandern müssen. Ohne dieses Instrument wären die Binnenwanderungen in Deutschland wahrscheinlich sehr viel stärker. Wenn also die Flexibilisierung der nationalen Arbeitsmärkte zwar die Räume erweitert, aber dennoch auf die jeweiligen Gesellschaften begrenzt ist, brauchen wir dann ein System des europäischen Finanzausgleichs, das im Augenblick niemand will?

Drittens: Welche "Außenpolitik" werden die Europäische Zentralbank beziehungsweise die EU-Finanzminister betreiben? Das heißt, wie werden sie mit dem Außenwert des Euro umgehen? Die Amerikaner, die sich lange Zeit etwas distanziert verhalten haben, beginnen jetzt, den Euro als Machtfaktor zu entdecken und stellen die Frage: Welche Rolle wird der Euro für die Außenwertpolitik des Dollar spielen? Ist es eine Option der Amerikaner und Europäer, in eine neue Phase der stabilen Wechselkurspolitik einzutreten?

Die Amerikaner sind, soweit ich das sehe, besorgt, daß die Europäer in dieser Frage nicht recht entscheidungsfähig sein könnten. Sie fragen sich beispielsweise: Wie werden die Europäer es zuwege bringen, einen Entscheidungsmechanismus zu etablieren, der es erlaubt, auf Krisen in angemessener kurzer Frist zu reagieren? Wer wird ein Verhandlungsmandat für den Außenwert der europäischen Währung innehaben? Und wie wird sichergestellt sein, daß ein solches Mandat - was die Amerikaner unter 48-Stunden-Bedingungen diskutieren - kurzfristig in effektives Handeln umgesetzt werden kann?

Ich halte das im Hinblick auf die internationale Positionierung des Euro als einer Leitwährung für eine Schlüsselfrage.

### **Gasteyger**

Ich möchte die Frage von Herrn Janning erweitern: Welche Wirkungen wird der Euro auf die transatlantischen Beziehungen insgesamt haben? Denn es geht ja nicht nur darum, wie sich die Währungsunion wirtschaftlich und monetär auswirken wird. Mit ihr sind möglicherweise umfassendere politische Implikationen verbunden. Es ist durchaus denkbar, daß gemeinsam mit NATO- und EU-Erweiterung und in einer ganzen Reihe weiterer Entwicklungen die transatlantischen Beziehungen eine heute in ihrem Umfang noch nicht abzusehende Transformation durchmachen werden.

Ich war sehr beeindruckt von Herrn Cartellieris sachlich begründetem Optimismus, was Zukunft und Festigkeit des Euro anbetrifft. Er hat aber auch erwähnt, daß eine Reihe von Experten nicht daran glaubt, daß der Euro lange überleben werde. Als Beispiel erwähnte er die Skepsis britischer Geschäftsleute. Nun, "the proof of the pudding is in the eating". Das trifft sicher auch für die Frage der Standhaftigkeit des Euro in bestimmten Krisensituationen zu.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Das finnische Nationalprodukt macht etwa 1,2 Prozent des der Europäischen Union aus. Finnland ist ganz wesentlich von seiner Holzproduktion abhängig, die der finanziellen Unterstützung bedarf. Da Finnland Mitglied im Euro-Club werden will, könnte es in eine Zwangslage kommen, wenn trotz Subventionspolitik ein wichtiger Wirtschaftszweig in Schwierigkeiten gerät. Überschreitet es die hier maßgebenden Konvergenzkriterien, so gerät das Land in eine doppelt schwierige Lage; denn es muß aufgrund des Stabilitätspaktes auch noch eine Buße für eine Verletzung dieser Kriterien bezahlen.

Wie werden sich unter solchen Umständen die Mitglieder der EWU verhalten? Wo ist der von Sir Christopher erwähnte zentrale Fonds, der dann möglicherweise eingesetzt werden könnte? Wer verfügt und entscheidet darüber?

### **Cartellieri**

Ich will nur kurz anmerken, Herr Gasteyer, daß es Finnlands ureigener geradezu enthusiastischer Wunsch ist, der Währungsunion von Anfang an anzugehören. Das hängt nicht zuletzt mit der Restrukturierung der finnischen Industrie zusammen. Man will eben weg von der Holzindustrie und sich mehr High-Tech zuwenden. Der Erfolg von Firmen wie NOKIA zeigt ja, daß Finnland auf dem richtigen Wege ist. Man sieht das dort weniger als Problem denn als erwünschte Anpassung im Sinne einer Modernisierung der finnischen Wirtschaft.

Spekulative Attacken auf kleine Währungen, Herr Janning, dieses Problem hat man in der Tat kommen sehen. Dem gilt die vorbeugende bilaterale Vereinbarung von Paritätsfixierungen, die für das nächste Jahr vorgesehen ist. Das heißt im Klartext: Wenn ein entsprechender Fall eintritt, besteht eine unbegrenzte gegenseitige Interventionspflicht der Notenbanken. Ich habe dergleichen Anfang 1995 für das Verhältnis von Deutschland und Frankreich vorgeschlagen, was damals einen Aufschrei der Empörung ausgelöst hat. Aber die Logik am Ende der Straße zeigt, daß es gar keinen anderen Weg gibt. Heute ist der entsprechende politische Wille vorhanden, weil die Währungsunion nun definitiv kommt. Das heißt, bei einer etwaigen spekulativen Attacke auf den französischen Franc wäre die Bundesbank gezwungen, bis zur letzten D-Mark sämtliche Francs aus dem Markt zu nehmen. Da die Märkte das wissen, wird es nicht passieren. So einfach ist das. Das heißt, der spekulative Druck hat nach menschlichem Ermessen keine Chance.

Was die Binnenwanderungen angeht, so verlaufen diese heute eher umgekehrt, indem Produkte und die Produktionseinrichtungen zur Arbeit wandern, wenn es der Arbeit an der notwendigen Mobilität fehlt. Nichtanrechenbarkeit von Rentenansprüchen in Europa ist allerdings ein Thema, an dem die Kommission mit Recht arbeitet. An diesem Punkt macht europäische Sozialpolitik in der Tat sehr viel Sinn. Das muß gelöst werden; denn anders kann eine grenzüberschreitende Mobilität der europäischen Arbeitnehmer nicht erreicht werden. Wenn dies kommt, was wir annehmen, dürfte die Mobilität der europäischen Arbeitskräfte auch unterhalb des akademischen Levels erheblich größer werden. Dafür gibt es heute schon Anzeichen.

Was den Außenwert des Euro angeht, Herr Janning, so ist zur Zeit noch unklar, ob die Europäische Zentralbank oder der Ministerrat letztlich dafür verantwortlich ist. Im Prinzip wird es wohl so aussehen, daß die Tagespolitik von der Zentralbank gemacht wird, während sich der Ministerrat die Entscheidungen von größerer Tragweite vorbehält. Im übrigen sollten wir nicht vergessen, daß auch in Deutschland die Wechselkurspolitik Sache der Bundesregierung und nicht der Bundesbank ist. De facto hat das allerdings nie eine Rolle gespielt. Ich meine, die Frage ist mehr akademischer als praktischer Natur.

Ein wichtiger Grund dafür ist, daß der Außenhandel Europas in Zukunft wesentlich kleiner sein wird, als er heute ist. Gegenwärtig ist für Deutschland der Außenhandel von vitalem Interesse; denn wir

sind der größte Außenhändler der Welt - wenn man bei den Amerikanern die Agrarprodukte unberücksichtigt läßt. Tatsache ist jedoch, daß 70 Prozent unseres Außenhandels innerhalb Europas abgewickelt werden. Das heißt, die Außenhandelsquote Europas im Ganzen wird dann nicht mehr höher liegen als die der Vereinigten Staaten. Von daher werden wir die Frage des Außenwertes des Euro eher vernachlässigen können, so wie die Amerikaner lange Zeit gegenüber dem Außenwert des Dollars eine Politik des benign neglect betrieben haben.

### **Janning**

Eine Entwicklung, welche die Amerikaner ja fürchten.

### **Cartellieri**

In der Tat haben die Amerikaner diese Frage lange Zeit nicht beachtet. Dabei gehen die amerikanischen Schätzungen weiter als die unseren, was die Reserverolle des Euro betrifft. Während die D-Mark heute mit 16 Prozent die zweite Reservewährung der Welt ist, werden für den Euro 25 bis 30 Prozent angenommen, während die Amerikaner eher mit 40 Prozent rechnen, also 40 Prozent Dollar, 40 Prozent Euro, 20 Prozent Yen und der Rest der Welt - eine Einschätzung, die ich teile. Die Asienkrise wird diesen Prozeß noch beschleunigen, durch die ein zusätzlicher Druck auf viele Zentralbanken entsteht, ihre Währungsreserven aus dem Dollar heraus zu diversifizieren. Dieses Szenario wird sich relativ rasch entwickeln; denn die Zentralbanken beginnen ja auch ab 1999, im Euro zu rechnen. Hier werden sich mit anderen Worten ganz neue Verhältnisse etablieren, die insgesamt zu einer größeren Stabilität führen werden.

### **Hellström**

Die meisten Redner haben betont, daß der Euro den für Europa notwendigen Strukturwandel beschleunigen wird. Ich teile diese Ansicht. Doch wenn ich mir die deutsche Diskussion anschau, stelle ich fest, daß die Argumentation meist umgekehrt verläuft. Die Deutschen reden von Stabilität und fordern, der Euro müsse genauso stabil sein wie die D-Mark. Wenn Sie sich das kürzlich von Lamers, Schäuble und anderen vorgelegte Papier ansehen, dann argumentieren sie, daß der Euro die Wirtschaft generell stabilisieren werde. Ich halte das für völlig falsch. Im Gegenteil, wie wir hier gehört haben, wird der Euro den Strukturwandel beschleunigen. Die Menschen müssen flexibler werden. Einige Industrien werden in Konkurs gehen, und andere müssen fusionieren. Das heißt, der einzelne wird wahrscheinlich eine Phase der Unsicherheit erleben.

Trotzdem bin ich etwas besorgt, daß einige Teilnehmer die Tagesordnung für den Euro überfrachten. Anfangs waren wir der Auffassung, der gemeinsame Binnenmarkt werde in Europa für stärkeren Wettbewerb und höhere Wachstumsraten sorgen. Wir wissen heute, daß die Einführung des Binnenmarktes in einigen Ländern nicht so gut gelaufen ist. Beispielsweise geschieht im Bereich der öffentlichen Aufträge sehr wenig. Dann heißt es, durch den Euro würden wir dies erreichen. Da wir nicht in der Lage sind, den Binnenmarkt vertragsgemäß zu realisieren, schieben wir jetzt dem Euro diese Aufgabe zu.

Meine Sorge ist, daß der Euro dadurch in den Augen der Öffentlichkeit zu einem Symbol für die negativen Seiten der Gemeinschaft werden könnte. Wenn es in unserem Thema heißt "auf der Suche nach konzeptioneller Gestaltungskraft", dann zeigt sich, der Euro wird nicht in dem Sinne verstanden, daß er die Integration in Europa fördert.

Diese Argumentation wird nicht gerade dazu beitragen, die politische Zusammenarbeit voranzubringen, die zur Ergänzung des Euro notwendig ist. Ich würde den Euro also eher als das sehen, was er ist: eine Währung, die für die wirtschaftliche Harmonisierung äußerst wichtig ist. Sie ist auch ein wirtschaftlicher und nicht nur ein politischer Faktor. Wenn wir die politische Agenda für den Euro überfrachten, könnte das eine Gegenreaktion in der Bevölkerung bewirken und im Falle einer möglichen europaweiten Rezession sozialen Sprengstoff beinhalten.

Wenn wir die Frage diskutieren, wie dieses neue Europa zu gestalten ist, sollten wir weniger die technischen Probleme betonen, sondern mehr auf den Kern der Europäischen Union abheben, nämlich auf einen funktionierenden Binnenmarkt, ohne den es wenig Sinn macht, über andere Bereiche wie Außenpolitik, den dritten Pfeiler und so weiter zu reden.

Natürlich ist der Binnenmarkt keine Garantie dafür, daß wir auf anderen Feldern erfolgreich sein werden. Doch ohne einen solchen bezweifle ich, daß wir die anderen Ziele erreichen werden beziehungsweise, daß der politische Wille in den einzelnen Ländern stark genug ist, die anderen Ziele, etwa in der Außenpolitik, zu verfolgen. Und wenn wir über die Institutionen reden, sollten wir

nicht so sehr auf neue Institutionen setzen, sondern mehr darauf, wie die vorhandenen besser funktionieren können.

Schließlich sehe ich die Gefahr, wenn wir uns zu sehr mit Fragen der Vertiefung beschäftigen, was angesichts der Globalisierung sicher notwendig ist, könnte dies dazu führen, daß sich Europa zu sehr auf sich selbst konzentriert und wir unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten oder zu Asien, Afrika und anderen Gebieten vernachlässigen. Das muß nicht so sein; aber wir müssen sicherstellen, daß es nicht geschieht. Das heißt, wir müssen unsere transatlantischen Beziehungen pflegen und dafür sorgen, daß wir uns mit den Vereinigten Staaten nicht nur im Konfliktfalle auseinandersetzen.

Zur Zeit scheint nämlich die Diskussion über transatlantische Beziehungen mehr von Konflikt als von Zusammenarbeit geprägt zu sein. Wie Paul E. Voleker gestern in Frankfurt sagte, könnte sich auch die Beziehung zwischen dem Euro und dem Dollar schwierig gestalten; er verwies in dem Zusammenhang auf die Dollar-Yen-Turbulenzen. Wenn der Euro erst einmal eingeführt ist und Europa zugleich in wirtschaftlicher Hinsicht ein bedeutender außenpolitischer Akteur wird, dürfte diese Befürchtung nicht von der Hand zu weisen sein. Deshalb müssen wir uns frühzeitig über die Verbesserung unserer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten Gedanken machen, damit die neue Außenpolitik nicht zu internationalen Verwicklungen führt.

### **Sir Broomfield**

Ich meine, wir sollten zwischen Stabilität und Stärke genau unterscheiden. Die Diskussion über die Währungsunion wird häufig von Leuten erschwert, die sagen, der Euro werde eine starke und stabile Währung sein. Die Europäische Zentralbank soll, so wie die Deutsche Bundesbank, die innere Stabilität dieser Währung gewährleisten; sie ist aber nicht dazu da, für einen starken Euro zu sorgen. Dies ist ein Außenaspekt, der zweifellos die Beziehungen zum Dollar und zu anderen Währungen berühren wird. Ihre eigentliche Aufgabe richtet sich aber auf eine stabile Währung.

Wenn die Europäer, wie Präsident Chirac dies von Zeit zu Zeit betont, tatsächlich eine starke Währung wünschen, um Europa auf der Weltbühne zu profilieren, und sich ein wenig auf einen Machtkampf mit den Amerikanern einlassen, bewegen wir uns auf sehr gefährlichem Terrain. Die Amerikaner haben den Wert des Dollars nie zu einem nationalen Symbol ihres Selbstwertgefühls gemacht. Ob er fiel oder stieg - sie haben es hingenommen. Wenn wir versuchen, den Außenwert des Euro bewußt zu manipulieren, um eine starke Währung zu erreichen, werden wir damit zweifellos die innere Stabilität gefährden, was wir auf jeden Fall vermeiden sollten.

### **Heisbourg**

Eines hat uns die Wirtschaftskrise in Asien gezeigt: Wir können nicht davon ausgehen, daß das, was wir nicht wissen, uns nicht weh tun wird. Um die Chancen für den Euro abzuschätzen, müssen wir unser Augenmerk auf Dinge richten, die wir bisher weitgehend ignoriert haben, das heißt die nicht ausdrücklich fixierten staatlichen Verpflichtungen. Wir orientieren uns natürlich an den Maastricht-Kriterien. Es gibt die nationalen Zahlungsbilanzen und die nationalen Gewinn-und-Verlust-Rechnungen. Darauf gründen wir großenteils unsere Voraussagen über die künftige Stabilität des Euro.

Eines der Hauptprobleme besteht in den erheblichen Verpflichtungen, die eine Reihe kontinentaleuropäischer Staaten stark belasten und die Ungleichgewichte verursacht haben, besonders etwa die Pensionsansprüche. In Frankreich müssen wir damit rechnen, daß bei den Pensionszahlungen auf der geltenden Gesetzesgrundlage Zahlungsunfähigkeit schätzungsweise im Jahre 2007/2008 eintritt. Das ergibt sich automatisch. Die Babyboom-Generation, zu der ich unglücklicherweise gehöre, kommt ungefähr um diese Zeit ins Rentenalter, und es wird schlichtweg kein Geld vorhanden sein, ihre Renten auf dem gegenwärtigen rechtlich verbindlichen Niveau zu bezahlen.

Wir sprechen hier über Verpflichtungen, die in der Substanz weitaus größer sind als die Verschuldungsungleichgewichte, die in den Maastricht-Kriterien festgelegt worden sind. Wenn ich also von 2007/2008 spreche, ist das eine kurze Zeitspanne, die nur fünf Jahre nach der vollen Einführung des Euro liegt. Die Märkte werden diesen kritischen Punkt natürlich antizipieren, ohne daß irgend jemand dies zeitlich abzuschätzen vermag. Niemand konnte zuvor angeben, wann die Märkte entscheiden würden, daß Südkorea zahlungsunfähig wurde. Doch eines Tages haben sie dies entschieden, und dann war es der Fall.

Zweitens gibt es eine Feedback-Wirkung durch die Einführung des Euro. Viele Menschen in Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern wissen um die Wirkung des Euro, der,

wie Michael Stürmer sagte, die Regierungen dazu zwingt, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. So erwarte ich, daß in Frankreich die Diskussion über die Pensionsfonds jetzt beginnen wird, und zwar aus drei Gründen.

Den einen relativ langfristigen Grund habe ich erwähnt: Wie werden wir den Menschen in zehn Jahren eine anständige Rente gewährleisten können? Der zweite Grund liegt in der mangelnden Arbeitsmobilität, die Christopher Mallaby erwähnte und die an der völligen Unvereinbarkeit der Rentensysteme in Europa scheitert. Den dritten Grund sehe ich darin, daß beispielsweise zahlreiche französische Firmen Gegenstand von Übernahmen feindliche oder freundliche - seitens anderer europäischer Firmen sind. Wenn man fragt, warum französische Firmen solche Übernahmen nicht tätigen können, lautet die Antwort, daß die ausländischen Konkurrenten Pensionsfonds haben und wir nicht. Dies ist der Fall etwa bei der Assurance Générale, die die Allianz übernehmen will. Hier wird der Euro, wie Herr Cartellieri sagte, den Prozeß intensivieren.

In einem so empfindsamen Land wie Frankreich erwarte ich daher bei einem so grundlegenden und schwierigen Problem wie den Renten eine äußerst explosive Lage, wenn in wenigen Jahren die Einführung des Euro mit dem Pensionsproblem zusammentrifft. Gott sei Dank ist die gegenwärtige französische Regierung die seit langem umsichtigste, so daß wir das Problem wahrscheinlich meistern können. Aber die Belastungen werden extrem hoch sein, jedenfalls höher, als man bei einer einfachen Überprüfung der derzeitigen Bilanzkriterien und Gewinn-und-Verlust-Rechnungen erwarten würde.

### **Cartellieri**

Wir sind uns wohl alle darüber im klaren, daß sich das angelsächsische System der Rentenversicherung und -finanzierung letztlich auch auf dem Kontinent durchsetzen wird. Denn das kontinentale Umlagesystem ist ja schon jetzt nahezu pleite, weil es bei einer rasch alternden Bevölkerung nicht mehr funktioniert. Hier stehen wir vor grundlegenden Veränderungen - ob mit oder ohne Währungsunion. Aber die Währungsunion zwingt uns schon jetzt, die bittere Pille zu schlucken. Das halte ich für einen willkommenen Nebeneffekt, der natürlich große Veränderungen an den europäischen Kapitalmärkten mit sich bringen wird. Das System jedenfalls, das wir in Deutschland nach dem Kriege neu wiederaufgebaut haben, stößt nach fünfzig Jahren an seine Grenzen, und wir werden zum angelsächsischen System der externen Rentenfonds übergehen müssen. Vielleicht werden dadurch auch unsere schwachen Kapitalmärkte wieder in Schwung gebracht.

### **Stürmer**

Zumindest in offiziellen Kreisen scheint man nur über jene Probleme des Euro zu sprechen, die bewältigbar erscheinen, und zu hoffen, daß die schwierigen Dinge von selbst verschwinden. Gegen eine solche Haltung müssen wir angehen. Deshalb bin ich froh, daß wir hier diesen intellektuellen Teufelskreis durchbrechen.

### **Kohnstamm**

Ich bin wirklich erstaunt, welcher enorme politische Einfluß offensichtlich von der Währungsunion ausgeht, der alles übertrifft, was wir in Europa seit 1945 erlebt haben. Wenn Großbritannien auf diese Weise tatsächlich Mitglied des Währungsclubs wird, wäre das ein unerhörter politischer Erfolg. Das bedeutet nicht, daß es mit den Briten nicht alle möglichen internen Probleme geben wird. Aber es würde schon einer Revolution in Europa gleichkommen, wenn wir diesen Mühlstein nicht mehr am Halse hätten.

### **Kadar**

Herr Hellström hat die sehr wichtige Frage gestellt, ob es sinnvoll sei, mit der Währungsunion zu beginnen, solange es noch ungelöste Probleme bei der Umsetzung des Binnenmarktes gibt. Dies gleicht dem Dilemma, wie im Kriegsfall Panzer eingesetzt werden. Soll man rasch auf ein strategisches Ziel vorrücken, ohne zuvor Widerstandsnester in seinem Rücken auszuräumen, oder nicht? Ich meine, das hängt ganz davon ab, was wir als Hauptziel und als grundlegendes Problem ansehen.

Für das entscheidende Problem halte ich derzeit die Gefahr, daß Europa in der Weltwirtschaft abrutscht, seine nachlassende Konkurrenzfähigkeit gegenüber den USA und den Ländern Asiens. Dabei bleibt abzuwarten, wie lange die gegenwärtige Krise in Asien anhalten wird. Die Frage ist jedoch, wie Europa auf dem schnellsten Weg seine Konkurrenzfähigkeit steigern und eine effektivere Währungspolitik erreichen kann.

Wir alle wissen um die vorrangige Bedeutung der Währungspolitik gegenüber Industrie und Wirtschaftspolitik in einer globalen Wirtschaft. Kosten und Effizienz des Geldeinsatzes sind in Zukunft die Fundamente für ein leistungsfähiges Europa.

Gerade die Länder Mittel- und Osteuropas mit ihren Übergangswirtschaften sind äußerst interessiert an einem starken, dynamischen und konkurrenzfähigen Europa. Deshalb werden wir die Entwicklungen der nächsten Zeit aufmerksam verfolgen.

### **Calleo**

Meine erste Frage ist, in welchem Maße die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa auf Probleme der deutschen Wiedervereinigung zurückzuführen sind. Inwieweit trifft es zu, daß die schwere und langandauernde Rezession in Europa eine ihrer Hauptursachen in der extensiven Kreditaufnahme der deutschen Regierung hat? Dadurch stiegen unter anderem die Zinsen, was wiederum die Rezession verlängerte und in einigen Ländern zu Finanzkrisen geführt hat, ausgelöst durch Arbeitslosigkeit, niedrige Steuereinnahmen und so weiter. Wann ist mit einem Rückgang der Verschuldung zu rechnen, und welche Auswirkungen wird das auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Europa haben?

Die zweite Frage betrifft die Globalisierung. Sie wurde hier als eine Macht charakterisiert, die die kontinentaleuropäischen Staaten dazu bringt, ihre Sozialprogramme wesentlich zu kürzen, um auf diese Weise die Arbeit zu zwingen, wettbewerbsfähiger und mobiler zu werden und eine geringere Absicherung in Kauf zu nehmen. Es wurde auch behauptet, die Globalisierung werde die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft generell verringern. Ist es aber so sicher, daß der Globalisierungsdruck und die damit verbundene scharfe Konkurrenz durch Länder mit sehr niedrigen Arbeitskosten den Einfluß des Staates verringern wird?

Wie steht es um die Rolle des Staates, die eigene Industrie vor "unfairem Wettbewerb" zu schützen, was historisch gesehen ein recht großer Machtfaktor gewesen ist? Oder welche Rolle spielt der Staat bei den Bemühungen, den Arbeitnehmern ein globales System nahezubringen? Allgemeiner gesagt, trifft es eigentlich in jedem Falle zu, daß die Politik der Wirtschaft nachgeben muß? Es wurde hier zum Beispiel darauf hingewiesen, daß der Staat in Frankreich eine lange Tradition außerrechtlicher Beziehungen zu den Gewerkschaften hat. Die übliche Art zu verhandeln, wird häufig begleitet davon, daß Arbeitnehmer auf die Straße gehen und die Konfrontation mit der Polizei stattfindet. Wird solches Verhalten angesichts der Veränderungen, die mit dem Begriff Globalisierung verbunden sind, überhaupt noch möglich sein? Kann diese Tradition in Frankreich geändert werden?

Einige Jahrhunderte französischer Geschichte zeigen, daß die Regierungen aus solchen Auseinandersetzungen beileibe nicht immer als Sieger hervorgehen. Die Bürger können ja auch die Regierung wechseln und darauf bestehen, daß der Staat seine Macht zum Schutz ihrer eigenen Interessen und nicht derer des internationalen Kapitals einsetzt. Wenn das der Fall sein sollte, könnte der Globalisierungsdruck tatsächlich den staatlichen Einfluß in der Wirtschaft verstärken. Und wenn, wie oft behauptet wird, die Nationalstaaten durch die Europäische Union zu schwach geworden sind, um die Interessen ihrer Bürger zu verteidigen, wird diese Schwäche dann dazu führen, die Integration zurückzudrehen, oder wird sie im Gegenteil den Ruf nach einer stärkeren Zentralgewalt in Europa laut werden lassen, die in der Lage ist, die Bürger Europas vor der unwillkommenen Globalisierung zu schützen?

### **Welle**

Da nach wie vor neun von zehn Aufsätzen zu der Frage geschrieben werden, ob der Euro kommt, freue ich mich, daß wir uns hier auf die Konsequenzen konzentrieren, wenn er kommt und in welchem Europa wir dann leben werden.

Interessanterweise ist die Vorstellung von Herrn Cartellieri, der Euro werde mit elf Staaten beginnen, unwiderrprochen geblieben. Ich denke, darüber sind wir uns mittlerweile alle im klaren, daß es so sein wird. Das bedeutet natürlich, daß wir binnen kurzer Zeit nicht über ein Währungsgebiet von elf, sondern von fünfzehn Staaten reden werden. Denn der Druck auf die übrigen vier Staaten, dem Währungsgebiet ebenfalls beizutreten, wird enorm sein. Damit wird die Europäische Union insgesamt zu einem einheitlichen Währungsgebiet werden, und die politischen Konsequenzen, die daraus resultieren, vermag heute wohl niemand von uns abzuschätzen.

Der entscheidende Punkt beim Euro ist, daß die Anpassung auf externe Währungsschocks nicht mehr über Wechselkursänderungen erfolgen kann. Dieses Instrument, das traditionell genutzt werden konnte, steht dann nicht mehr zur Verfügung. Das bedeutet, die Anpassung wird jeweils direkt über

den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit geschehen. Wer sich also in diesem einheitlichen Währungsraum unsolid verhält, wird dies unmittelbar auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu spüren bekommen. Die Frage ist, ob wir darauf vorbereitet und in der Lage sind, das aufzufangen.

Ich sehe hier im wesentlichen zwei Ebenen, auf die es ankommt. Das eine sind die Tarifvertragsparteien. Wenn die Wechselkurse nicht mehr zur Verfügung stehen, brauchen wir andere Mechanismen, um externe Schocks aufzufangen, und das stellt die Tarifparteien vor eine völlig neue Situation. Sie sind dann unmittelbar für die Konsequenzen mitverantwortlich. In dem Falle führen nämlich Lohnabschlüsse, die nicht durch entsprechende

Produktivitätsentwicklungen abgedeckt sind, unweigerlich zum Verlust von Arbeitsplätzen. Von daher meine ich, daß zumindest die deutsche Debatte, die wir zur Zeit über eine Flexibilisierung der Tarifverträge und Öffnungsklauseln führen, vom Euro her erhebliche zusätzliche Impulse bekommen wird.

Die zweite Reaktionsebene betrifft die Politik, insbesondere die europäische Politik. Sir Christopher hat die zentralen Bereiche, die im Rahmen des Euro-Rats besprochen werden, eindrucksvoll geschildert. Man könnte ergänzen: Ich denke, daß die Initiative von Herrn Monti bezüglich einer schrittweisen, zunächst freiwilligen Angleichung der Steuersysteme nicht ohne die Debatte über den Euro zu erklären ist. Das heißt, wir werden in den nächsten Jahren auch eine Debatte über die Angleichung der Steuersysteme bekommen. Schließlich hat Herr Heisbourg erwähnt, daß dazu auch gehört, wie wir unsere Sozialversicherungssysteme aufeinander abstimmen.

Wenn ich alles zusammennehme, dann läßt sich feststellen, daß die Einführung des Euro zu einem erheblichen politischen Druck auf der europäischen Entscheidungsebene führen wird, um in diesen Kernfragen auf eine gemeinsame Linie zu kommen. Das heißt, die Unterscheidung zwischen fortschreitender wirtschaftlicher Integration und gleichzeitig zurückbleibender politischer Integration ist nicht schlüssig. Vielmehr wird der Euro einen, ganz wesentlichen Impuls auch für die politische Integration geben.

### **Cartellieri**

Herr Hellström warnte davor, die Agenda zu überfrachten. Dies ist weniger meine Befürchtung. Ich denke, die Bevölkerungen in Europa sehen dies wesentlich positiver, als das im Augenblick unter dem Schleier der sozialen Wohlfahrtspolitik sichtbar wird, die sehr vieles erstickt. Viele Menschen in Europa haben durchaus ein Gefühl dafür, daß Veränderungen überfällig sind. Die Politiker, zumal in Deutschland, haben sich lange Zeit gescheut, das Thema Rentenreform anzugehen aus Angst vor der sogenannten öffentlichen Meinung. Die Bevölkerung weiß aber recht gut, daß das derzeitige Rentensystem auf die Dauer nicht trägt. Was sie erwartet, ist, daß mit dieser Problematik kompetent umgegangen wird und für die Menschen eine klare Perspektive deutlich wird, wohin die Reise geht. Deshalb dreht sich die eigentliche Diskussion in Deutschland, in Frankreich und in Italien gar nicht mehr um die Frage, ob eine Rentenreform kommt und unsere heutigen Systeme sich in Richtung Kapitaldeckungsstock verändern werden, sondern wie dies und in welchem Zeitraum es erreicht werden kann. Aber klar ist, daß wir das Thema anpacken müssen.

Herr Calleo fragte, inwieweit die Rezession in Europa durch die Wiedervereinigung bedingt ist. Sie war sicher ein wichtiger, aber nicht der entscheidende Faktor. Für mich liegen die Hauptprobleme der europäischen und insbesondere der deutschen Wirtschaft in ihrer strukturellen Inflexibilität, und die hätten wir in jedem Falle anpacken müssen, mit und ohne Währungsunion oder Wiedervereinigung. Leider wird dies durch eine Reihe von Fehlern, die wir inzwischen gemacht haben, verschärft.

Zur Globalisierung. Ich denke auch, daß sie die staatliche Macht beschränken wird, ohne diese deshalb aufzuheben. Im Gegenteil, die Herausforderungen an die Staatsregierungen werden die Schwierigkeiten noch vergrößern. Insbesondere werden wir es mit einer weit besser informierten Gesellschaft zu tun haben, vor allem in den sehr mobilen und kreativen Schichten der Internet-Gesellschaft. Das sind Leute, die ihren PC überallhin mitnehmen und dort betreiben können, wo sie von der heimischen Gerichtsbarkeit nicht belangt werden, wenn ihnen das nicht paßt. Diesen Tatbestand hat Robert Reich zuerst für die Vereinigten Staaten ausgemacht, aber er ist für unsere Gesellschaft in Europa genauso relevant. Das heißt, sich auf die Bedingungen der postindustriellen IT-Gesellschaft einzustellen, wird eine der größten Herausforderungen für die Regierungen sein, in Europa ebenso wie in den USA. Ich meine aber, wir Europäer können einiges davon lernen, wie die Amerikaner bisher mit diesem Thema umgegangen sind.

Herr Welle, ich teile Ihre Beurteilung, daß besonders die Tarifparteien unter erheblichen Anpassungsdruck geraten werden. Hinzu kommt, daß die Transparenz der Preise und der

Verteilungsspielräume erheblich zunehmen wird. Auch von daher wird die Verantwortung der Tarifparteien keine rhetorische Formel bleiben, sondern konkret sichtbar werden.

### **Stürmer**

Was geschieht, wenn der Euro scheitert? Herr Cartellieri hat die dramatische Frage sehr undramatisch formuliert. Ich meine, es müßte von vornherein klar sein, daß der Euro genausowenig scheitern kann, wie der Schweizer Franken oder die Deutsche Mark. Anderenfalls werden wir ein Szenario erleben, das die Politik der beteiligten Staaten bis zur Unkenntlichkeit verändern wird.

Einerseits haben wir vernommen, daß der Euro dazu zwingt, weit mehr europäisch und global zu denken. Andererseits stellen wir fest, daß die Sozialpolitik die Nationalstaaten heute vor schier unlösbare Probleme stellt. Das wird zu enormen Widerständen im nationalen Rahmen führen. Wie bringen wir dies zusammen?

### **Cartellieri**

Das sind in der Tat sehr schwierige Fragen, die Sie stellen, Herr Stürmer. Es sieht so aus, als müßten die durch die Währungsunion verursachten Probleme alle auf einmal gelöst werden. In Deutschland sprechen wir in diesem Zusammenhang von Reformstau. Aber was würde geschehen, wenn wir ohne Währungsunion versuchen wollten, so weiter zu wurschteln wie bisher? Ich bin eigentlich dankbar, daß wir uns in Europa durch den Maastricht-Vertrag, wie immer perfekt er ist, selbst unter einen enormen Reformdruck gesetzt haben. Das ist in meinen Augen der säkulare Wert des Vertrages.

### **Sir Mallaby**

Michael Stürmer fragte nach den Erfolgsaussichten des Euro. Ich meine, dieser Erfolg ist keineswegs sicher. Es ist schon außergewöhnlich, wenn elf Länder, die erhebliche wirtschaftliche Unterschiede aufweisen, eine einheitliche Zinsrate erhalten. Denken Sie nur an Deutschland und Finnland, an Deutschland und Irland, oder vergleichen Sie das westliche Frankreich und das südliche Italien mit einem Bundesland wie Baden-Württemberg.

Natürlich wird es Belastungen geben. Es ist durchaus vorstellbar, daß in bestimmten, weniger wettbewerbsfähigen Regionen die Arbeitslosigkeit steigt und dort durch den Euro Wahlen für die Regierung verlorengehen. Solche Nebenwirkungen haben einen direkten Bezug zu dem größten Problem in Europa, nämlich der regionalen Arbeitslosigkeit, was sich dann politisch in verlorenen Wahlen niederschlägt. Deshalb wird ein starker politischer Wille gebraucht, die Schwierigkeiten mit dem Euro zu bewältigen. Wir sollten somit nicht länger darüber streiten, ob der Euro kommt oder nicht, sondern besser erhebliche Forschungsmittel bereitstellen, um die Probleme auszumachen und Lösungswege zu überlegen.

Ich erwähnte, daß es in den USA zentrale Fonds gibt, die weniger wettbewerbsfähigen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit helfen. In Europa ist so etwas nicht in Sicht. Ist im europäischen Budget ein weiterer großer Posten denkbar, unabhängig von den Beträgen, die die geplante Erweiterung schon verschlingen wird? Können Sie sich eine deutsche Bundesregierung, egal welcher Schattierung, vorstellen, die dafür einen noch höheren Beitrag ihres Landes zum zentralen Budget der Europäischen Union akzeptieren würde? Noch dazu, wenn es dabei um Hilfe für Regionen geht, die größtenteils nicht in Deutschland liegen? Das ist eine sehr schwierige Frage, und bisher weiß niemand, wo das Geld herkommen soll, aber alle wissen, daß es gebraucht wird.

Eine Antwort auf David Calleo: In einigen europäischen Volkswirtschaften hat die exzessive Rolle des Staates dazu geführt, wirtschaftliche Initiative und Tatkraft zu ersticken und die Wettbewerbsfähigkeit durch Sozialleistungen zu schwächen. Durch die Globalisierung, aber auch aus Gründen des Wettbewerbs mit anderen Teilen der Welt (etwa den USA) ist inzwischen klargeworden, daß wir das Verhältnis zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Sozialstaat ändern müssen. Das wird eines der großen Themen für die nächsten Jahre werden. Das heißt, die soziale Vorsorge wird gegenüber der Wettbewerbsfähigkeit ihren Vorrang einbüßen, was bereits der Fall ist, ohne daß die Sozialleistungen dadurch ihre zentrale Bedeutung verlieren werden. Wir werden auch weiterhin eine soziale Marktwirtschaft haben, aber das "Soziale" wird darin einen geringeren Anteil haben als bisher. Wir haben begriffen, daß staatlicher Protektionismus für die Industrie nur ein zeitlich befristetes Mittel ist und keine erfolgreichen Volkswirtschaften hervorbringt. David Calleo - wir werden den USA immer ähnlicher!

Michael Stürmer fragte dann nach den Auswirkungen des Euro auf nationaler Ebene: Ja, es wird erhebliche Auswirkungen geben, die aber bisher kaum beachtet wurden. Wir haben von Herrn



Cartellieri und anderen gehört, daß die Rolle der großen Unternehmen noch wachsen wird, ebenso wie der Einfluß der Aktionäre. Das internationale Geschäft, sei es im Bereich der Finanzen, der Industrie oder der Dienstleistungen, wird in Europa an Bedeutung gewinnen. Das führt zu einer Fusion der europäischen Volkswirtschaften.

Des weiteren ist zu fragen, ob dieser ganze Prozeß auch zu Verfassungsveränderungen führen müßte. Die Frage ist in der Tat, ob die Verfassungen in einigen Ländern in der Lage sind, den notwendigen Veränderungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

### **von Weizsäcker**

Unter dem Stichwort Währungsunion haben beide Referenten tatsächlich über das Kernstück der politischen Union gesprochen und zugleich gezeigt, daß von den beiden freiheitlichen Systemen, dem Markt und der Demokratie, der Markt dynamisch und beweglich ist, während die Demokratie einen eher statischen Charakter hat. Der Kapitalist tut, was er für vernünftig hält und was ihm Gewinn bringt. Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Cartellieri, wird der Shareholder den stärksten Einfluß haben, und zwar nicht nur in bezug auf die Wirtschaft, sondern auf die Gesellschaft insgesamt.

Dann sollten wir uns aber auf Adam Smith besinnen, der gesagt hat: Wir brauchen den Egoismus auf dem Markt, der die Güterversorgung sicherstellt; doch der Markt muß in den Rahmen eines staatlichen Systems eingebunden sein, der für die Dinge Sorge trägt, die keinen Gewinn abwerfen, aber für das Zusammenleben der Menschen unerlässlich sind, also Infrastruktur, Sicherheit nach außen und innen, auch soziale Gerechtigkeit. Wird in Zukunft der Shareholder diese Aufgaben übernehmen? Werden also die Shareholder die eigentlichen Demokraten sein, wie es bei Herrn Cartellieri anklingt?

Ich halte es für richtig, daß wir unsere Diskussion mit dem Euro begonnen haben und nicht mit Fragen der sogenannten politischen Union, bei denen es unter anderem darum zu gehen scheint, ob wir uns in Europa hinreichend schnell darüber einig werden, sofort zu schießen, wenn Saddam Hussein sich ein wenig laut die Nase putzt. Das, was beide Referenten vorgetragen haben, würde mich in der Tat ebenfalls durchaus zuversichtlich stimmen. Aber ob diese dynamischen Kräfte wirklich in der Lage sind, den notwendigen Rahmen für unsere Demokratie zu sichern, was Sie offensichtlich unterstellen, da bleibe ich doch eher skeptisch.

### **Sir Broomfield**

Ich habe gesagt, den Aktionären wird in der Wirtschaft eine ähnliche Bedeutung zukommen wie den Wählern in der Politik; denn die Chefs großer Unternehmen stehen heute in einem ähnlichen Verhältnis zu ihren Aktionären wie die Politiker zu ihren Wählern. Das heißt nicht, die politischen Rahmenbedingungen außer acht zu lassen, die nach wie vor entscheidend sind. Wenn aber die Aktionäre erst einmal einen Faktor in der Hand halten, der die Einheit in ganz anderer Weise repräsentiert, als das bisher der Fall war, werden sie sich auch stärker miteinander verbunden fühlen, als das in den recht elitären europäischen Strukturen bislang möglich war. Deshalb werden sich die sogenannten "Shareholder values" sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich Gehör verschaffen.

Ich gehe unbedingt davon aus, daß die wirtschaftlichen und politischen Strukturen in Europa weiterhin eine soziale Dimension behalten werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir in dieser Hinsicht dem amerikanischen Vorbild folgen werden; denn solche Ungleichheiten werden bei uns nicht akzeptiert. In Großbritannien, wo die Kluft in den Einkommensverhältnissen unserer Bevölkerung jetzt größer ist als je zuvor - zwischen denen, die von den Reformen profitiert und denen, die davon nicht profitiert haben;- , wird sich die Debatte genau auf dieses Problem konzentrieren.

Ich meine, um Herrn von Weizsäcker zu antworten, daß das politische Problem darin besteht, die traditionellen Werte zu respektieren, dabei aber zu berücksichtigen, daß die Wähler jetzt im wirtschaftlichen Bereich auf Entscheidungen Einfluß nehmen können, die weit über die nationalen Grenzen hinausgehen. Das ist eine neue Dimension, die wir bisher in Europa nicht gekannt haben.

### **Cartellieri**

Ich sehe im Grunde keinen wirklichen Gegensatz zwischen Markt und Demokratie, Herr von Weizsäcker.

### **von Weizsäcker**

Nun, der Markt braucht keine Mehrheiten; er braucht nur Kunden.

## Cartellieri

Sicher, der Markt kommt in gewissen Grenzen ohne Demokratie aus, aber die Demokratie nicht ohne Markt. Das zeigt sich in Deutschland sehr deutlich. Bei einer Staatsquote von über 50 Prozent lassen wir die Kräfte des Marktes und der Marktwirtschaft nur noch sehr beschränkt wirksam werden. Wir haben das ersetzt - in Österreich übrigens noch stärker als in Deutschland - durch eine korporatistische verbändestaatliche Verfassung, die weithin undemokratisch ist.

Was ich jetzt positiv kommen sehe, ist erstens eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft im Sinne der sechziger Jahre, wenn es uns gelingt, die Staatsquote wieder zu reduzieren. Die zweite positive Entwicklung dürfte die allmähliche Privatisierung der Altersvorsorge bringen. Es wird sicherlich einen Zeitraum von, sagen wir, 15 Jahren mit kräftiger Finanzhilfe des Staates erfordern, um das jetzige System umzustellen. Dann aber wird das neue System eine enorme Eigendynamik entwickeln, die geradezu einen Volkskapitalismus wird entstehen lassen.

Das heißt, an die Stelle der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten, Beamten und Rentner, die die heutigen Wählermehrheiten bilden, werden dann Mehrheiten von Kleinkapitalisten treten, die politisch relevant werden. Das wird in der Tat weitreichende Konsequenzen haben für das politische Verhalten dieser Menschen, die ganz andere Erwartungen an die Politik artikulieren. Was aber als ebenso bedeutsam hinzukommt, sind daraus resultierende fundamentale Veränderungen für die Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft.

Mit anderen Worten: Wir werden einen viel demokratischeren Prozeß erleben, als das heute der Fall ist, wo die Wirtschaft einer Außenkontrolle so gut wie entzogen ist und die Unternehmen sich in einem autonomen Regelkreis weitgehend selbst steuern. Erfolg und Mißerfolg werden in einem sehr transparenten Prozeß kontrollierbar sein.

Nimmt man beide Entwicklungen zusammen, dürfte es schon erlaubt sein, hiervon einer brave new world ohne Anführungszeichen zu sprechen.

## Bolkestein

Ich möchte zum Thema Währungsunion einiges ergänzen. Als wir vor einigen Jahren über die Wirtschafts- und Währungsunion abgestimmt haben, sahen wir den Sinn der Währungsunion darin, eine kleine Gruppe von Ländern zu vereinen, die tatsächlich - und nicht nur gerade eben - die Kriterien für den Euro erfüllten. Wir dachten dabei an Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten und vielleicht noch an Österreich - um die D-Mark-Zone zu konsolidieren. Was wir jetzt vor uns haben, ist ein völlig anderes Gebilde; denn es wird wahrscheinlich eine Wirtschafts- und Währungsunion mit elf Mitgliedern geben, einschließlich Italien. Ich halte das für eine ernste Sache, und ich nehme an. Sie sind sich über die zukünftigen Belastungen durch die italienischen Pensionszahlungen im klaren!

Was ich zweitens befürchte, ist eine höhere Inflationsrate, als das sonst der Fall wäre. In Holland haben wir ein System für unsere Pensionen, das einen Kapitalstock von etwa 800 Millionen Gulden für Pensionen angesammelt hat. Das haben weder die Italiener noch die Deutschen oder die Franzosen, aber bei den Italienern ist es wegen der enormen finanziellen Verpflichtungen dieses Landes gefährlicher, und ich fürchte, daß die in unserem Land angesammelte Kapitalbasis durch eine höhere Inflationsrate dahinschmelzen wird. Ein Prozent mehr Inflation bedeutet einen Verlust von acht Milliarden Gulden pro Jahr.

Drittens fürchte ich, daß Italien die Franzosen veranlassen wird, den politischen Einfluß auf die Währungspolitik noch zu verstärken. Es ist ein altes französisches Bestreben, die Europäische Zentralbank in den Zuständigkeitsbereich der Politik zu holen, und ich fürchte, daß die Italiener dieses Spiel mitspielen werden. Die französische Verfassung besteht im Grunde nur aus einem Satz: "Ich interveniere, also bin ich." Da erkennt man die schwere Hand der jakobinischen Philosophie oder Ideologie, die aus Nationalismus und Interventionismus besteht. Eben das lehnen wir ab.

Wenn die Franzosen allein stehen würden - selbst wenn die Spanier und Portugiesen sie unterstützten;- , denke ich, daß alles im Rahmen bliebe. Wenn aber die Unterstützung Italiens hinzukommt, dann fürchte ich, laufen die Dinge in die falsche Richtung. Gewiß, es gibt einen Stabilitätspakt, der aber Sanktionsmöglichkeiten verlangt. Sanktionen setzen jedoch Zustimmung voraus. Wird die belgische Regierung gegen Frankreich stimmen? Oder gegen Italien? Das kann ich mir nicht vorstellen. Deshalb habe ich das Gefühl, daß wir anfangs für einen wirtschaftlichen Euro gestimmt, aber jetzt einen politischen Euro bekommen haben. Nun können Sie einwenden, wir hätten uns das besser und länger überlegen sollen. Das ist völlig richtig, und vielleicht hätten die Skepsis und das Bedauern, die ich heute ausdrücke, ganz am Anfang deutlicher gemacht werden sollen, aber selbst dann hätten wir den Prozeß wohl nicht aufhalten können.

Der Kern des Ganzen ist, daß wir uns inzwischen auf einem völlig anderen Spielfeld befinden als zu Beginn. Ich glaube nicht, daß die niederländische Regierung gegen die Mitgliedschaft Italiens stimmen wird, es sei denn, das Parlament zwingt sie dazu, was umstritten ist. Ich persönlich richte deshalb meine Hoffnung jetzt ganz auf die Deutsche Bundesbank und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

### **Stürmer**

Sie denken in der Tat nationübergreifend.

### **Bolkestein**

Unbedingt!

### **Sir Mallaby**

Im Jahr 1971 verließ ich ein Großbritannien, das vor allem durch die Macht der Gewerkschaften wirtschaftlich stagnierte, um für einige Zeit in New York zu leben. Auf der Fahrt vom Kennedy-Airport nach Manhattan nahm ich auf riesigen Neonanzeigen drei Dinge wahr: die Zeit, die Temperatur und den Dow-Jones-Index. Das fand ich sehr eindrucksvoll und aufregend und ganz anders als alles, was ich kannte.

Inzwischen hat sich Großbritannien aus dem Griff der Gewerkschaften befreit. Wir haben so etwas wie einen "Volkskapitalismus": Durchschnittsbürger besitzen Aktien - direkt oder indirekt durch Renten- und Investmentfonds und ähnliches mehr. Das ist eine gewaltige Veränderung, die mehr und mehr auch auf die anderen europäischen Länder zukommt. Wir befinden uns in einer Periode des Primats der Wirtschaft über die Politik, des Primats des Marktes über die soziale Vorsorge. Das ist keine Entscheidung für das eine oder das andere, aber das relative Gewicht der beiden hat sich zugunsten des Marktes verändert.

Großbritannien hat als erstes Land in Europa darauf reagiert, weil es die größten Probleme hatte. 1979 war sich die britische Bevölkerung bewußt, daß sie seit zwei oder drei Jahrzehnten einen relativen wirtschaftlichen Rückgang erlebte. Daher war sie bereit, die bittere Medizin zu schlucken, um die Krankheit zu heilen. Die französische und die deutsche Wirtschaft waren dagegen nie in einem so schlechten Zustand wie damals die britische. Deshalb ist es jetzt für die französische und deutsche Bevölkerung politisch viel schwieriger zu akzeptieren, daß auch ihre Wirtschaften krank sind und eine harte Kur benötigen. Die Einsicht wächst indes ebenso wie die Erkenntnis, daß wir uns an einem Wendepunkt befinden.

In einigen europäischen Ländern sieht sich die Demokratie also einer großen Herausforderung gegenüber, wie sie wirtschaftlichen Wandel und Reformen bewältigen soll bei eingeschränkten eigenen Handlungsmöglichkeiten; denn der Einfluß der Regierungen auf die Wirtschaft wird durch Privatisierung, Deregulierung und ähnliches zurückgehen. Die Internationalisierung erfordert diesen Kurswechsel, und wir sollten bitte nicht vergessen, daß ein großer Teil dabei durch das bewirkt wurde, was wir auf europäischer Ebene getan haben. Der Gemeinsame Markt ist eine der Ursachen für die Internationalisierung der Wirtschaft, und wir haben hier vernommen, daß der Euro diesen Prozeß noch verschärfen und die Wirtschaft zunehmend dem Einfluß der Regierung entziehen wird.

Ich denke jedoch, daß diese Phase des Primats der Wirtschaft und des Marktes, in die wir jetzt eintreten, nach einiger Zeit wieder von einer Gegenbewegung in anderer Richtung abgelöst wird, die stärker den sozialen Bedürfnissen Rechnung tragen und sich gegen die Vorrangstellung des Marktes richten wird. In einigen Jahren werden die sozialen Werte sicherlich wieder höher bewertet werden. Dann wird auch das "Soziale" in der "sozialen Marktwirtschaft" wieder an Gewicht gewinnen, wenn auch wohl nicht mehr in dem Maße, wie es in den letzten Jahrzehnten in Deutschland der Fall war. Zugleich werden wir erleben, daß die Politik gegenüber der Wirtschaft wieder an Einfluß gewinnt und die Verfassungen sich dem anpassen werden, um sich auf die neue Situation einzustellen.

### **Bütler**

Ich schicke voraus, daß ich als politischer Bürger der Schweiz ein Befürworter des EU-Beitritts meines Landes bin. Aber man muß die Realitäten sehen in einem Land, in dem die Demokratie eine außerordentlich große Rolle spielt, weil jeder Bürger aufgerufen wird, in Sachfragen mitzuentcheiden. Die Mühe, die die Schweiz hat, in der Europafrage schnellervoranzukommen, dürfte wesentlich durch die direkte Demokratie bei uns bedingt sein, in der der Bürger gewohnt ist, in politischen Dingen das

letzte Wort zu haben. Viele Bürger fragen sich, wieweit sie diese Entscheidungsrechte bei einem EU-Beitritt an Brüssel verlieren würden, und sind daher zurückhaltend.

Es gibt weiter den historischen Faktor, daß die Schweiz seit Jahrhunderten neutral war und damit eine Außenseiterstellung eingenommen hat, die aber politisch und wirtschaftlich sehr erfolgreich gewesen ist. Insofern ist es sicherlich verständlich, daß viele Schweizer sich schwertun, davon Abschied zu nehmen. Ich würde deshalb in der Frage eines EU-Beitritts der Schweiz auch keine Prognose wagen.

Im Zusammenhang mit unserer Diskussion dürfte aber das Verhältnis von direkter Demokratie und Wirtschaftsdemokratie bedeutsam sein, gerade wenn Herr Cartellieri etwa von einer Art Aktionärsdemokratie spricht und diese mit der politischen Demokratie in Verbindung bringt. Interessanterweise ist in der Schweiz die Vermischung von wirtschaftlichen und politischen Entscheiden nicht so weit gediehen wie in anderen Staaten. Gewerkschaftliche Vorstöße beispielsweise zur Mitbestimmung auf Unternehmensebene wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Mitbestimmung nach deutschem Vorbild fand in der politischen Demokratie der Schweiz keine Zustimmung.

Ein anderes Beispiel ist die Frage der Besteuerung. Die direkte Demokratie läßt zwischen den einzelnen Kantonen des schweizerischen Bundesstaates erhebliche Steuerunterschiede zu. Das heißt, wir haben bei uns in dieser Hinsicht einen ausgesprochenen Standortwettbewerb. Wenn man die durchschnittliche Steuerbelastung mit einhundert ansetzt, dann gibt es auf der Skala Abweichungen, die von 50 Prozent nach unten und 130 Prozent nach oben reichen. Dies wird wirtschaftlich durchaus als vernünftig angesehen und gibt dem Bürger die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, in welchem Kanton oder welcher Gemeinde er sich niederlassen will. Wenn ihm die Steuerbelastung in seiner Gemeinde zu hoch erscheint, zieht er eben um, falls ihm das wichtig erscheint und er es mit der Berufstätigkeit verbinden kann. Von daher ist bei uns die direkte Demokratie mit einer hohen Mobilität vereinbar und das, obwohl der Schweizer in seiner Grundeinstellung eher konservativ denkt.

Ein Vorzug bei uns dürfte die allgemeine staatliche Grundrente (AHV) für Pensionierte sein, die nach oben begrenzt ist. Sie stellt sich allerdings gegenwärtig als unsicherer heraus als die obligatorischen Pensionsfonds der Unternehmen, deren Gelder nicht im eigenen Unternehmen reinvestiert werden dürfen, sondern unabhängig verwaltet werden und bessere Verzinsung erreichen. Die Pensionskassen für die Staatsbeamten leiden darunter, daß ihr Kapital nur zwei Drittel dessen beträgt, was der Staat für die Renten aufbringen muß. Jeder private Arbeitgeber muß seine Beiträge im Unterschied zum Staat laufend voll einzahlen. Deshalb fehlt zum Teil das Kapital in den Pensionskassen für die kürzlich beschlossene Privatisierung von Post, Swisscom und so weiter; denn die Regierung sieht sich nicht in der Lage, das fehlende Drittel, etwa 10 Milliarden Schweizer Franken, in die Pensionskassen der bisherigen Staatsbeamten einzuzahlen. Nun heißt es, die privatisierten Unternehmen sollen selbst dafür sorgen, daß das Geld in die Kassen kommt.

Während also sämtliche Arbeitnehmer Anspruch auf die staatliche Grundrente und die Renten der obligatorischen Betriebspensionskassen haben, die auch finanziell gut abgesichert sind, sehen sich die Staatsbeamten der Betriebe, die jetzt privatisiert werden, einer gewissen Unsicherheit gegenüber. Mit einem Wort: Die Alterssicherung privater Arbeitnehmer ist heute interessanterweise mit dem Kapitaldeckungsverfahren der Betriebspensionskassen eher besser fundiert als jene der Angestellten des Staates, welche die erste und zweite "Säule" ihrer Altersvorsorge durch Finanzierungslücken und defizitäre Staatshaushalte eher in Frage gestellt sehen.

### **Stürmer**

Wir haben einen erstaunlichen Bogen von der Wirtschafts- und Währungsunion zu den großen politischen Fragen der Demokratie in Europa geschlagen, mit wichtigen Exkursionen nach Großbritannien und in die Schweiz.

Wir gehen damit zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik über. Die einleitenden Statements geben Herr Ischinger, Politischer Direktor im Auswärtigen Amt, Bonn, und Marten van Heuven, früher Diplomat im amerikanischen State Department, ein ausgesprochener Europa- und Deutschlandkenner, jetzt für die RAND Corporation in Washington tätig.

### **Ischinger**

Sie werden von einem politischen Praktiker sicher nicht erwarten, daß er in das übliche bashing einstimmt, wenn es um die GASP oder CFSP geht. Wenn Herr Stürmer also zu Beginn formulierte:

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - auf immer eine Illusion?, dann will ich in sechs Thesen versuchen darzulegen, warum die GASP jedenfalls nicht nur eine Illusion ist.

Erste These: Verglichen mit den anderen Bereichen der Europäischen Union steckt die GASP gewissermaßen noch in den Kinderschuhen; man sollte sie somit nicht mit den falschen Maßstäben messen. Die frühere EPZ, die erste förmliche Festlegung in dieser Richtung, ist gerade mal elf Jahre alt, und die im Maastrichter Vertrag verankerte GASP trat im November 1993 in Kraft. Im Vergleich dazu hat es immerhin 35 Jahre gedauert, bis der Gedanke des Binnenmarktes, der schon in den Verträgen von 1957 enthalten war, schließlich 1992 umgesetzt werden konnte. Wir sollten also nicht ungeduldig sein; diese Dinge brauchen ihre Zeit.

Zweite These: Die Einsicht in die Notwendigkeit der gemeinsamen Durchsetzung von außen- und sicherheitspolitischen Interessen ist in der Europäischen Union insgesamt gewachsen, und zwar selbst bei solchen Mitgliedsstaaten, die besonders darauf beharrt haben, daß sie neben der GASP noch eine eigene Außenpolitik betreiben wollen, wie etwa Großbritannien.

Vor wenigen Jahren war es noch möglich, daß die Europäische Union am gleichen Tag Albanien politisch verurteilte und gleichzeitig im Rahmen dessen, was wir heute die erste Säule der Gemeinschaftsbeziehungen nennen, einen Milliardenkredit gewährte. Inzwischen haben wir einen Mechanismus entwickelt, der es der Europäischen Union erlaubt, außen- und außenwirtschaftspolitisch trotz der Säulenstruktur des Maastrichter Vertrages ein gewisses Maß an Kohärenz zu entfalten.

Das zeigt sich beispielsweise im Bereich der GATT-Verhandlungen - zugegeben kein eigentliches GASP-Beispiel;-, wo die Union Dinge durchsetzen konnte, die keiner der Mitgliedsstaaten für sich alleine hätte gegenüber den anderen Verhandlungspartnern vollziehen können.

Ein weiteres Beispiel aus dem vergangenen Jahr ist die unter dem Stichwort "Konditionalität" zusammengefaßte Außen- und Außenwirtschaftspolitik der Union gegenüber den Staaten des früheren Jugoslawien.

Dabei bleibt allerdings eines richtig: Die GASP ist nicht auf das Prinzip Führung gegründet. Das heißt, es gibt in der Europäischen Union bewußt keine Führungsnation oder eine Art von Präsidentschaft, die Führung ausüben könnte. Von daher ist es zweifellos nicht einfach, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union zu entwickeln, die mit Akteuren zu tun hat, die über ein derartiges politisches Führungs- und Entscheidungszentrum verfügen.

Dritte These: Wie steht es um den Faktor "Sicherheit" bei der GASP? Zwar verfügt die Union in dieser Hinsicht heute nur über das, was man als "soft instruments" bezeichnen könnte; aber im Amsterdamer Vertrag und in der NATO wurden Möglichkeiten für die Europäische Union eröffnet, sich mit der Westeuropäischen Union - jedenfalls theoretisch - der NATO-Ressourcen zu bedienen in Fällen, bei denen die NATO nicht selbst handeln will, die Europäische Union aber ein Eingreifen politisch für notwendig hält.

Inwieweit dies politisch wirksam ist, könnte sich übrigens mit der deutschen Doppelpräsidentschaft im Jahre 1999 erweisen. Wir haben in der vergangenen Woche festgelegt, daß künftig dort, wo es möglich ist, die Präsidentschaften von EU und WEU harmonisiert werden. Das wird erstmals 1999 der Fall sein, wenn die Bundesrepublik Deutschland für ein halbes Jahr in beiden Organisationen die Präsidentschaftsrolle übernehmen wird.

Vierte These: Die Europäische Union hat sicher noch keinen besonders eindrucksvollen Beweis dafür geliefert, daß sie außenpolitisch handlungsfähig ist - siehe früheres Jugoslawien. Ich halte es jedoch für einen erheblichen außenpolitischen Beitrag der Union, daß sie sich um die Herstellung eines außen- und sicherheitspolitischen Stabilitätsraumes innerhalb ihrer Außengrenzen bemüht hat. Wenn sich heute, sagen wir, der deutsche mit dem französischen, britischen, holländischen oder auch polnischen Außenminister trifft, dann spielen die klassischen außenpolitischen Fragen im Sinne des Beilegens von Konflikten so gut wie überhaupt keine Rolle mehr. Das zeigt eine Statistik, die ich in den letzten Jahren geführt habe. Wenn sich die Außenminister heute bilateral oder trilateral treffen, behandeln sie zu 70 Prozent Fragen des Managements der Europäischen Union, und in den verbleibenden 30 Prozent geht es in der Tat um Außenbeziehungen: zu Jugoslawien, Rußland oder den Nahen Osten. Bilaterale Streitigkeiten: null Prozent.

Wir wollen deshalb im Auswärtigen Amt die klassischen Frankreich- oder England-Referate auflösen, weil diese in der bisherigen Form nicht mehr gebraucht werden. Die Konsolidierung des europäischen Stabilitätsraumes könnte dazu führen, daß sich Außenminister künftig vielleicht weniger mit dem

Management einer sich entwickelnden Europäischen Union beschäftigen müssen und sich dafür mehr einer sich hoffentlich weiterentwickelnden GASP zuwenden können.

Fünfte These - aus meiner Sicht als Praktiker die wichtigste: Die Europäische Union ist dabei - um Henry Kissinger aus den siebziger Jahren zu zitieren;-, sich eine Telefonnummer zu geben. Das heißt, sie entwickelt allmählich die Fähigkeit, Außenpolitik nicht nur deklaratorisch zu betreiben, sondern auch operativ zu definieren und zu gestalten. Ich nenne als Stichwort nur die Einsetzung eines Beauftragten der Europäischen Union für Nahostfragen, nämlich den spanischen Sonderbotschafter Moratinos. Ich meine, dadurch hat sich das Denken in der GASP grundsätzlich gewandelt.

Da ich diesen Punkt für äußerst wichtig halte, will ich kurz schildern, wie dies vor sich gegangen ist. An dem Tag, als der frisch ernannte Moratinos auf seiner ersten Mission nach Tel Aviv unterwegs war, saß der sogenannte Allgemeine Rat, also die Außenminister der Europäischen Union, in Brüssel zusammen und wollte über den Entwurf einer der zahlreichen Erklärungen zum Nahen Osten beraten. Zum Glück kam der britische Kollege auf die Idee, die Frage zu stellen, ob man eigentlich den gerade ernannten Nahostbeauftragten gefragt habe, ob er mit dem draft text einverstanden sei. Das war in der Tat nicht geschehen. Darauf wurde er in Tel Aviv angerufen. Als er den Entwurf gelesen hatte, war seine - vorhersehbare - Antwort: Wenn die Minister diese Erklärung verabschieden, brauche ich mich weder bei Minister Levi noch bei Ministerpräsident Netanjahu vorzustellen. Die Folge war, daß die Minister in Brüssel nach einigem Hin und Her einen Text verabschiedeten, der es Moratinos erlaubte, in seinen Gesprächen einige konkrete Fragen anzusprechen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Dieses Beispiel illustriert sehr gut, was ich mit dem schrittweisen Prozeß einer Operationalisierung der Außenpolitik meine.

Lassen Sie mich aber einen etwas skeptischen Hinweis hinzufügen - ich sage das bewußt in Gegenwart von Vertretern kleinerer EU-Staaten: Leider sind nicht alle europäischen Regierungen, insbesondere die der kleineren Staaten, imstande, operative Außenpolitik tatsächlich durchzuführen. Die Briten und die Franzosen sind dazu ohne weiteres in der Lage, und die Deutschen beginnen es allmählich wieder zu lernen. Doch die meisten Regierungen der kleineren Staaten haben sich sehr daran gewöhnt, zu Themen, die außerhalb ihres unmittelbaren Einflusbereiches liegen, nurmehr Erklärungen abzugeben. Es gibt eindrucksvolle Ausnahmen; ich spreche hier von einer Grundtendenz.

Sechste These: Natürlich stellt sich die Frage, die bereits im Zusammenhang mit der Währungsunion aufgeworfen wurde, auch für die GASP: Wie steht es um ihre längerfristige Perspektive? Gibt es eine weiterführende Vision? Denn wir müssen sicher zugestehen, daß der Vertrag von Maastricht, auch mit den Verbesserungen, die der Amsterdamer Vertrag bringt, noch keine Außen- und Sicherheitspolitik aus einem Guß ermöglicht.

Nun sollten wir, wie ich meine, die Verbesserungen des Amsterdamer Vertrags nicht zu gering einschätzen. Ich halte es durchaus nicht für unbedeutend, daß künftig der Generalsekretär des Europäischen Rates außenpolitische Aufgaben wahrnehmen kann. Damit ist dann tatsächlich jemand vorhanden, der über die Telefonnummer verfügt, die die Europäische Union im außen- und sicherheitspolitischen Bereich bisher nicht hat.

Daraus leiten sich aus meiner Sicht im wesentlichen zwei Fragen für die künftige Entwicklung ab. Erstens: Ist es vorstellbar, daß sich die Mitgliedsstaaten irgendwann darauf einigen können, in der Außenpolitik grundsätzlich mit Mehrheit zu entscheiden? Das würde bedeuten, in der Außenpolitik die Führung durch eine kommissionsartige, also dem ersten Pfeiler der Europäischen Union entsprechende Konstruktion zu akzeptieren. Da würde ich ein großes Fragezeichen setzen. Zweite Frage: Ist es vorstellbar, daß sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darauf verständigen können, entweder direkt oder über die WEU, so etwas wie eine europäische Armee zu konzipieren? Mir bleibt jetzt nicht die Zeit, auf diese beiden Fragen eine Antwort zu versuchen.

Abschließend will ich den Bogen zurück zur Wirtschafts- und Währungsunion schlagen. Die hier beschriebenen hochpolitischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion und die ebenso hochpolitischen Auswirkungen, ja historischen Dimensionen, des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union, sind zwei miteinander verflochtene Prozesse, die die Europäische Union in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen werden. Ich meine deshalb, die Frage nach einer Perspektive oder Vision für die politische Union, also die Weiterentwicklung der GASP, ist insofern zu eng gestellt, als diese beiden miteinander verkoppelten Prozesse zwangsläufig dazu führen werden - eben weil sie eine beträchtliche Dynamik freisetzen werden;-, daß die beiden Fragen, die ich am Schluß gestellt habe, auf der Tagesordnung bleiben werden.

Jack Galvin, der frühere Oberkommandierende in Europa, erzählt gern die folgende Geschichte. Als junger Offizier machte er mit seiner Frau und seinen Kindern in einem kleinen VW einen Kurzurlaub in Deutschland. Abends fanden sie ein nettes Hotel mit der Bezeichnung "Hotel Garni", wo sie die Nacht verbrachten. Als er am nächsten Morgen die Rechnung bezahlte, stand hinter der Rezeption ein stattlicher Herr, der offensichtlich der Besitzer war. Galvin wandte sich an ihn und sagte: "Herr Garni, wir haben hier eine sehr angenehme Nacht verbracht, vielen Dank." Dann fuhren sie weiter und sahen fünf Minuten später ein weiteres "Hotel Garni" und einige Zeit darauf noch eines, worauf Galvin zu seiner Frau sagte: "Dieser Mann besitzt offensichtlich eine ganze Hotelkette."

Ich soll hier als Amerikaner über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union sprechen, und mir könnten leicht ähnliche Fehler unterlaufen wie Jack Galvin. Haben Sie also bitte Geduld mit mir. Ich möchte aber auch eine Warnung aussprechen: Ich werde Kritik üben, auch wenn es sich in Ihren Ohren nicht so anhören mag, und ich könnte gut verstehen, wenn Sie als Europäer mich Ihrerseits auf einige Defizite gemeinsamer amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik hinweisen würden.

Wir haben nämlich auch in den Vereinigten Staaten eine GASP. Sie wird durch die Verfassung definiert. Dem Präsidenten kommt zwar in der Außenpolitik eine führende Rolle zu, aber ohne den Kongreß kann er faktisch außenpolitisch nicht wirksam werden. Normalerweise funktioniert dieses System recht gut, aber in den letzten Wochen hat es bei drei wichtigen Fragen versagt: bei der NATO-Erweiterung, den ausstehenden UNO-Beiträgen und der Stärkung des IWF.

Wir Amerikaner wollen ein freies, demokratisches und prosperierendes Europa, das selbstbewußt und handlungsfähig ist. Daher befürworten wir die Idee der europäischen Integration. Das war unter allen bisherigen Administrationen der Fall, und ich gehe davon aus, daß es so bleiben wird. So wie ich die Haltung Washingtons einschätze, hat man erkannt, daß die Vereinigten Staaten Verbündete brauchen, um die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen wir tagtäglich konfrontiert werden. Deshalb spricht man in Washington von einer neuen Partnerschaft, für deren Erfolg es jedoch zwei Voraussetzungen gibt: Erstens muß Europa in stärkerem Maße Verantwortung übernehmen, und zweitens müssen die USA bereit sein, die Entscheidungsmacht mit Europa zu teilen.

Daraus folgt, daß eine wirksame europäische Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Interesse Amerikas liegt; aber es ist sicher nicht unsere Aufgabe, diese zustande zu bringen. Wir nehmen die Situation so, wie sie ist. Die USA unterhalten Beziehungen zu den einzelnen europäischen Staaten ebenso wie zur EU; wir sind in den Hauptstädten genauso vertreten wie bei der Kommission. Und unsere Beziehungen zu einzelnen Ländern, etwa zu Deutschland, beschränken sich nicht auf das Außenministerium, sondern schließen zum Beispiel das Bundeskanzleramt mit ein. Wir sind überall dort präsent, wo Außenpolitik gemacht wird.

Nun hört man über die GASP, daß es eine gemeinsame Politik gibt oder zumindest bald geben wird. Ich habe in der Tat schon erlebt, daß die EU bei den Vereinten Nationen durch ihren Kommissionspräsidenten mit einer Stimme spricht. Es gibt dort ein einheitliches EU-Abstimmungsverhalten. In Wahrheit gibt es aber bisher keine europäische GASP, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Die GASP ist wie der Heilige Gral. Ich will die GASP mit diesem Vergleich nicht schlechtmachen; denn ein Gral ist sehr nützlich, auch wenn man ihn niemals erreicht. Er verheißt ein Ziel, das eine Art Orientierung verleiht. Man weiß, ob man auf dem richtigen oder dem falschen Weg zum Gral ist.

Nicht einmal in Krisenzeiten, in denen man erwarten konnte, daß alle in Europa am gleichen Strang ziehen würden, gab es eine gemeinsame Politik. Ich denke an Bosnien. Mit anderen Worten, zwischen der europäischen Rhetorik über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Realität klafft eine Lücke. Und mit solcher Rhetorik erweist sich Europa keinen guten Dienst. Es täuscht Betrachtern von außen ebenso wie der eigenen Öffentlichkeit vor, daß da etwas existiert, was es gar nicht gibt.

Trotzdem habe ich den Eindruck, daß sich die EU bewegt. Das EU-Dokument, die sogenannte "Agenda 2000", spricht von einem gemeinsamen Vorgehen in den Außenbeziehungen. Es betont die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Kommission und Rat sowie die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen. Nach diesem Dokument hat es den Anschein, daß sich die GASP weniger auf die aktuelle Politik als vielmehr auf einen Prozeß bezieht, der sich bereits zeigt und der seine Bedeutung hat, wie mein Freund und Kollege Wolfgang Ischinger eben deutlich gemacht hat.

Europa und die Europäische Union sind sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen. Gerade gestern ist mir in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen wieder einmal deutlich gemacht worden, wie wichtig es ist, daß die EU erst einmal mit sich selbst ins reine kommt, bevor sie sich erweitert.

Meiner Ansicht nach geht der Prozeß der GASP aber nicht nur die jetzigen EU-Länder an, sondern auch die fünf Länder, mit denen die EU über einen Beitritt verhandelt und die der Union bald beitreten werden - wenn auch aus amerikanischer Sicht nicht schnell genug.

Es gibt eine Reihe weiterer Länder, die der EU ebenfalls beitreten wollen und die der jetzige Prozeß auch bereits betrifft. Das gilt sogar für Rußland. Vor kurzem sprach ich in Moskau mit Nadia Arbatova, und ich möchte sie mit einem Satz zitieren, den sie unlängst geschrieben hat: "Es wird kein demokratisches Rußland ohne Europa geben und kein stabiles Europa ohne Rußland." Wir haben es hier also - in dem Europa, das wir anstreben notwendigerweise mit einem Prozeß zu tun, der für die Bürger transparent sein und eine umfassende Beteiligung zulassen muß, das heißt, er muß demokratisch sein. Damit mag er nicht unbedingt effizienter sein, aber anders ist er meiner Meinung nach nicht langfristig durchzuhalten.

Wir müssen in Zukunft stärker berücksichtigen, daß die Unterscheidung zwischen Innen und Außenpolitik immer künstlicher wird. Die amerikanische Außenpolitik wird von innenpolitischen Erwägungen zum Beispiel zu Themen wie Kuba, Einwanderung und sogar NATO-Erweiterung mitbestimmt. Ich denke, das ist in Europa nicht sehr viel anders. Es wird Sie in diesem Zusammenhang vielleicht interessieren, daß die kanadische Botschaft in Washington ihre politische Abteilung abgeschafft hat. Statt dessen gibt es dort jetzt eine Abteilung für die Beziehungen zum Kongreß. Auch der Platz, an dem die Kanadier ihre neue Botschaft errichtet haben, zeigt, daß sie zu dem Schluß gekommen sind, der Weg zum Kapitol ist kürzer als zum Außenministerium.

Dieser Prozeß, der meiner Meinung nach die GASP ausmacht, verlangt nach Führung. Die größeren Länder tragen in Europa natürlich auch größere Verantwortung, aber ich halte die Idee einer Achse Bonn-Paris oder eines Duumvirats für unglücklich, weil ich annehme, andere Länder werden dies ablehnen. Mein Eindruck ist, das wird in Deutschland auch sehr genau verstanden. Daher scheint mir die kürzlich aufgekommene Idee, eine Person für die Außenpolitik der EU sprechen zu lassen, nützlich. Natürlich können Sie einwenden, daß Hans van den Broek jemand ist, der das in gewisser Weise bereits tut, aber meist sehen wir ihn doch in Begleitung anderer Minister und der Troika.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu den Streitkräften sagen. Erstens ist ihre Anzahl heute viel kleiner, als wir es aus den letzten Jahrzehnten kannten. Überall wird reduziert, und dieser Prozeß wird sich in den europäischen Ländern noch fortsetzen. Daraus könnte man schließen, daß damit auch die Einsatzfähigkeit abnimmt, wenngleich das langfristige Ziel größere Flexibilität mit geringeren Streitkräften ist. Darauf wird es wohl hinauslaufen. Unsere Öffentlichkeit hat jedoch auch eine Abneigung gegen den Einsatz von Truppen, vor allem dann, wenn die Gefahr besteht, daß sie tatsächlich kämpfen müssen.

Ich kann mir jedenfalls keine Situation vorstellen, wo Europa Truppen auf oder nahe dem Kontinent außerhalb der NATO einsetzen würde. Ich habe alle möglichen Szenarien durchgespielt, aber mir fällt keine Konstellation ein, wo das der Fall sein könnte. Die gegenwärtige Situation, in der sich die europäischen Länder auf die gemeinsame militärische Schlagkraft der NATO verlassen können, ist doch zufriedenstellend. Ich hoffe, daß der europäische Pfeiler der NATO verstärkt wird. Es kann in Europa leicht dazu kommen, daß Kampfeinsätze erforderlich sind - wenn auch nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen, aber im Sinne einer präventiven Diplomatie;-, die die europäischen Streitkräfte mit geringer oder ganz ohne amerikanische Hilfe bewältigen. So kann ich mir, sagen wir, in zehn Jahren eine Situation auf dem Balkan vorstellen, wo die Europäer eine relativ größere Rolle spielen als die Amerikaner.

Was ich Ihnen vorgetragen habe, war eine wohlwollende Beurteilung der GASP, die ich jedoch eher als Prozeß denn als politische Realität bezeichnen möchte. Wenn dieser Prozeß in absehbarer Zeit in bestimmten Fällen zu einer gemeinsamen Politik führt, ist das um so besser. Das setzt aber in jedem Falle die harte Arbeit des Verhandeln und der Abstimmung unter Partnern voraus und kann jedenfalls nicht theoretisch erreicht werden.

## **Stürmer**

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik soll ja einen tragenden Teil des politischen Rahmens für die Büro-Politik bilden, und sie steht mit der Außenwirtschaftspolitik in enger Verbindung; Herr Ischinger hat zu Recht die GATT-Verhandlungen erwähnt. Indessen ist die bisherige Entwicklung der GASP, die kaum über Instrumente verfügt, sicher alles andere als zufriedenstellend. Neben Hans van den Broek gibt es drei weitere Kollegen und noch den Kommissionspräsidenten, die alle für außenpolitische Fragen zuständig sind. Wenn ein Ressort unter vier oder fünf Leute aufgeteilt ist, verbringen sie unausweichlich einen wesentlichen Teil ihrer Zeit mit Zuständigkeitsfragen.



**Heisbourg**

Wolfgang Ischinger hat nach der Möglichkeit von Führung in der EU gefragt und ob Mehrheitsentscheidungen dazu ein Weg sein können. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit muß die Antwort "nein" lauten.

Wahrscheinlich waren Sie beim Erfurter Ministertreffen der WEU dabei und haben erlebt, wie der Vorschlag der positiven Stimmenthaltung aufgenommen wurde, bei dem es nur um eine sehr verwässerte Version des Mehrheitsprinzips ging. Wir kennen auch das Ergebnis des Vertrages von Amsterdam, was die Ernennung eines "Herrn" oder einer "Frau GASP" angeht und das sicher weit entfernt war von Marten van Heuven's Hoffnung auf eine starke, schlagkräftige Führung.

Sie haben weiter gefragt, ob es auf lange Sicht eine europäische Armee geben werde. 1997 konnten wir uns noch nicht einmal darauf einigen, worüber wir uns vor einigen Jahren bereits geeinigt hatten, nämlich europäische Einsätze unter einer europäischen Fahne zu führen. Das Beispiel ist Albanien. Vor zehn Jahren hatten wir es immerhin geschafft, eine WEU-Fahne auf den Schiffen zu hissen, die Konvoi-Einsätze im Persischen Golf leisteten. Auch bei der Überwachung des Embargos in der Adria gab es eine Form von WEU-Beflaggung. Aber heute sind wir nicht einmal mehr dazu in der Lage. Wir haben uns nicht nur nicht vorwärts bewegt, sondern gehen tatsächlich rückwärts. Über eine gemeinsame europäische Armee brauchen wir nicht zu reden, solange wir uns nicht einmal bei einem rein europäischen Einsatz einigen können, den die Amerikaner uns nur zu gerne überlassen haben und zu dem wir die Mittel hatten und der im übrigen recht erfolgreich verlief. Es ist uns aber nicht gelungen, ihm ein multilaterales europäisches Erscheinungsbild zu verleihen.

Was wird also dabei herauskommen? Michael Stürmer hat darauf hingewiesen, daß es wohl der Euro sein wird, der den Charakter der EU-Außenpolitik bestimmen wird. Die Union hat ja bereits eine Form von Außenpolitik, nämlich die Handelspolitik, die sich über die Jahre zu einer Fusions- und Erwerbspolitik ausgeweitet hat. Europäische Wettbewerbsbehörden agieren auf globaler Ebene genauso wie die amerikanischen Wettbewerbshüter. Das ist ein kleiner, aber wichtiger Bereich der Außenpolitik, der sich mit dem Euro erweitern wird, und zwar durch die Entwicklung einer wirtschaftlichen Führungsstruktur in Europa, einer europäischen Koordination. Das wird fester Bestandteil der Union sein, weil die Kommission dabei eine führende, wenn nicht die Hauptrolle spielen kann. Damit haben wir dann eine De-facto-Führung, allerdings auf dem Feld einer breit angelegten Wirtschaftspolitik und nicht auf dem Gebiet der politischen Diplomatie.

Wenn das erfolgreich ist, werden wir vielleicht in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren zu etwas gelangen, was dem entspricht, wovon Marten van Heuven sprach. Der Vertrag von Amsterdam ist jedoch kein Anfang, sondern er stellt das Maximum dessen dar, was im Rahmen einer multilateralen Diskussion zwischen den fünfzehn Mitgliedsländern der EU erreicht werden konnte. Mit achtzehn oder zwanzig Mitgliedern wäre es noch schwieriger. Der Berg hat gekreißt und eine Maus geboren, und wir können das nicht ändern. Wenn wir uns vorwärts bewegen wollen, wird es mit anderen Mitteln geschehen müssen, und das einzige Mittel, das uns zur Verfügung steht, ist in der Tat der Euro.

**Stürmer**

Wenn alle Möglichkeiten vorhanden waren, einen Einsatz unter europäischer Flagge durchzuführen, wer außer wir selbst hat uns daran gehindert?

**Heisbourg**

Vielleicht können die hier anwesenden Diplomaten darauf eine Antwort geben.

**Stürmer**

Jedenfalls müssen wir diese Probleme sehr ernst nehmen, und ich denke, Ihre Haltung ist nicht einmal pessimistisch, sondern nur allzu realistisch. François Heisbourg und ich hatten das Privileg, eine Zeitlang in Brüssel an Konferenzen teilzunehmen, die Struktur und Zielrichtung der GASP verbessern sollten. Auf dem Papier ist alles zu regeln; in der Wirklichkeit nicht.

Die Europäer müssen nicht nur die beiden Erweiterungsprozesse bewältigen, sondern sich auch mit einer Menge anderer Probleme beschäftigen in einer Welt, die sich nicht im Gleichmaß, sondern in einem dynamischen Durcheinander befindet - von den Finanzmärkten bis zur Weiterverbreitung von Atomwaffen. Europa kann nicht einfach stumm und dumm beiseite stehen ohne eine Außenpolitik, die auf etwas mehr hinausläuft als auf die zwar erfolgreiche, aber unzureichende Außenwirtschaftspolitik, die wir gegenwärtig haben - und dazu die Verabschiedung von zahllosen wohlmeinenden Resolutionen.

## Janning

Die beiden Einführungen haben gezeigt, in welchem Dauerspagnet wir uns bei der GASP befinden. Auf der einen Seite versucht man, gewissermaßen an den Stellschrauben des Prozesses zu optimieren; auf der anderen Seite werden wir mit der strategischen Weltsicht unseres wichtigsten Partners, den Vereinigten Staaten, konfrontiert. Und das eine hat, wie wir gesehen haben, nicht notwendigerweise mit dem anderen etwas zu tun. Ich halte es jedenfalls für schwierig, die Prozeßqualität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu beurteilen, ohne dabei über die eigentlich in Rede stehenden Fragen und Herausforderungen zu sprechen. Ich will deshalb nur einige Fragen aufgreifen, die sich in der näheren Zukunft der EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stellen, und diese dann mit den institutionellen Gegebenheiten konfrontieren.

Als Kernfragen der außenpolitischen Agenda sehe ich: Wie sollen die Europäer mit einem Rußland verhandeln, das in Machtkategorien denkt, wenn es um die Erweiterung der EU geht, die in die russische Einflußsphäre eingreift? Wie können die Europäer verhindern, daß die Räume von Wirtschaft, Politik und militärischer Sicherheit auseinanderfallen? Wie können die Europäer ihre Interessen und Normen und den Frieden auf dem Balkan und darüber hinaus sichern? Wie können die Europäer die politisch-soziale Arbeitsspirale in Nordafrika und in großen Teilen der arabischen Welt stoppen?

An solchen Punkten müßte sich die Prozeßqualität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik letztlich bewähren. Ich habe große Zweifel, ob wir auf diese Fragen bereits zureichende Antworten geben können angesichts eines Systems bewußter Führungslosigkeit, wie es Herr Ischinger zutreffend bezeichnet hat. Dabei geht es doch nicht nur darum, wie partnerschaftsfähig ein solches "System ohne Führung" ist, sondern, ob es nach außen überhaupt handlungsfähig ist. Ich meine, auf die Dauer kann Macht ohne Führung nicht verantwortlich wahrgenommen werden. Das hat sich in den letzten Jahren nicht nur in Europa deutlich gezeigt. Davon ist der GASP-Prozeß aber noch weit entfernt. Was wir sehen, ist lediglich der Versuch, eine Beratungsmaschinerie zu optimieren, ohne daß sich das Moment politischer Führung deutlicher herauskristallisiert.

Es gibt verschiedene Ansätze, Führung in diesen Prozeß einzubauen. Die Regierungskonferenz hat einige Optionen durchgespielt, und der Amsterdamer Vertrag dürfte in der Tat das gegenwärtig erreichbare Maximum in diesem Beratungsprozeß formuliert haben. Es ist beispielsweise nicht gelungen, die notwendige Flexibilität im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu erhöhen, wenn man einmal von dem Prinzip der Enthaltung absieht, wobei sich erst noch zeigen muß, ob dies eine konstruktive Enthaltung sein wird. Das, was zuvor unter dem Stichwort "coalitions of the willing" diskutiert wurde, hat in Amsterdam kein Mandat erhalten und dürfte für die nächsten Jahre gescheitert sein.

Im Amsterdamer Vertrag wurde dann die alte Troika, deren Führungsqualität durchaus in Zweifel stand, in einem ersten Schritt durch ein neues Konzept, das aus vier Akteuren besteht, abgelöst. Aber wir sind weit entfernt von führungsstärkeren Lösungen, die im Vorfeld ebenfalls diskutiert wurden, etwa die Einrichtung einer GASP-Präsidentschaft oder die Überlegung, die Führung der Außenpolitik der Union in die Hände eines Mitgliedsstaates zu legen, was immerhin die Chance bieten würde, außenpolitisch sichtbare und respektierte Akteure in eine Führungsrolle zu bringen. Wir sind auch weit davon entfernt, das Troikasystem etwa durch eine Wahlpräsidentschaft zu ergänzen.

Was bleibt, ist der Versuch, eher technische Optionen wahrzunehmen und über die Veränderung der Prozeßnormen und -Strukturen das notwendige Maß an politischem Willen zu schaffen. Ich meine, um das politische Momentum zu stärken, müßte man die in die GASP eingebaute Krönungsthese umkehren. In Amsterdam wurde der Dreiklang von Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsamer Verteidigungspolitik und gemeinsamer Verteidigung noch einmal bekräftigt, so wie wir es jahrelang auch im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert haben. Vielleicht würden wir in Europa eine andere Führungskonstellation erreichen, wenn wir zunächst über eine Art Sicherheits- und Verteidigungsunion nachdenken würden. Dafür sprechen strategische, wirtschaftliche und finanzielle Gründe, aber auch die latente Konkurrenz, die zwischen EU-WEU auf der einen und NATO auf der anderen Seite besteht.

Wir stoßen hier auf ein Problem, das Herr van Heuven angesprochen hat, daß nämlich das Duumvirat von Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht unglücklich ist. Denn es fehlt der wesentliche strategische Akteur für eine solche Verteidigungsunion, Großbritannien.

## Brands

Wir sollten in der Tat nicht über die GASP herziehen. Für mich ist die entscheidende Frage, wie wir den Prozeß unterstützen können, um eine solche Politik zu erreichen. Deshalb einige Fragen und Bemerkungen zu den beiden Referaten.

Erstens: Zu Herrn Ischingers "Kleinkind-These" möchte ich anmerken, daß wir da über zwei völlig verschiedene Dinge sprechen, nämlich die Errichtung des Binnenmarktes und den Aufbau einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Beides kann man nicht miteinander vergleichen. Erstens geht es hier um total unterschiedliche Politikfelder. Zweitens berühren sie ganz verschiedene Gebiete nationaler Souveränität, und drittens wirken sie sich auf das demokratische System der Nationalstaaten verschieden aus.

Hier kommen wir an einen zentralen Punkt, auf den Herr von Weizsäcker bereits hingewiesen hat. Die Demokratien in der EU sind nach wie vor auf den Nationalstaat ausgerichtet. Deshalb erscheint vielen Ländern die Vorstellung sehr gefährlich, Teile der nationalen Souveränität, die ja noch vorhanden ist, abzugeben. Es geht hier um ein ganz anderes Verhältnis als bei der Währungsunion. Man kann auch schon Gegenreaktionen feststellen in dem Sinne: Wir haben schon sehr viel aufgegeben und sollen jetzt - wie wir gehört haben - für die Währungsunion noch mehr aufgeben.

Aus all diesen Gründen kann ich dem Vergleich zwischen dem Aufbau eines Binnenmarktes und einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nichts abgewinnen.

Zweitens: Ist nicht der wichtigste Punkt, aber auch die größte Schwierigkeit beim Aufbau einer solchen Politik, daß die Abstimmung der Sicherheitsinteressen erst ganz am Anfang steht? Wir können täglich feststellen, wie Risiken in unserem Umfeld von den einzelnen Mitgliedsländern sehr unterschiedlich wahrgenommen werden. Wir brauchen nur auf den Nahen Osten zu sehen, von Algerien oder Rußland ganz zu schweigen. Solange wir bei dieser Abstimmung keine Fortschritte machen und unsere Sicherheitsinteressen nur durch geopolitische Faktoren bestimmt werden, wird eine gemeinsame Sicherheitspolitik äußerst schwierig bleiben.

Drittens: Sie haben einen Punkt angesprochen, der für einen Holländer sehr wichtig ist, nämlich die unterschiedliche Bereitschaft bei den kleinen und den großen Nationalstaaten. Aber geht es hier nicht auch um etwas anderes, nämlich die unübersehbare Tendenz in der EU, daß sich in kritischen Momenten und besonders bei außenpolitischen Themen die großen Staaten untereinander zu einigen versuchen und die kleineren sich oft übergangen fühlen, auch wenn sie zu dem Problem etwas beitragen könnten? Im Falle Jugoslawiens oder was die Kontaktgruppe angeht, haben wir durchaus einige Erfahrung einzubringen; denn wir haben gleich am Anfang Truppen dorthin entsandt, die Deutschen jedoch nicht. Aber die Niederlande waren nicht Mitglied der Kontaktgruppe, während die Deutschen dazugehörten.

Ein vierter Punkt, Herr van Heuven: Natürlich sollte dies alles für die Bürger sehr viel transparenter sein, damit sie dieses Abenteuer, wie es genannt wurde, unterstützen. Aber hier stoßen wir auf ein Problem, das fast noch schwieriger zu lösen ist als die Quadratur des Kreises. Wie kann man ein System, für das Amsterdam die Weichen gestellt hat und das in Zukunft noch sehr viel komplexer sein wird, für die Bürger transparenter gestalten? Das ist keine Entschuldigung, um darauf zu verzichten, den Bürgern zu erklären, worum es geht. Aber es wird oft gesagt, das Heilige Römische Reich sei im Vergleich zu dem Europa, das wir zu bauen versuchen, eine sehr einfache Konstruktion gewesen.

### **Stürmer**

Sie sagen, Herr Brands: Wir Niederländer haben bereits soviel von unserer nationalen Souveränität abgegeben, daß wir jetzt einen kritischen Punkt erreicht haben. Das wird in Deutschland und anderen Ländern ähnlich gesehen. Was würden eigentlich die Niederländer sagen, wenn sich die Deutschen - Euro hin, Euro her - wieder mehr auf ihre nationalen Interessen besinnen wollten, die ja nicht ohne Rest von NATO und Europäischer Union abgedeckt werden?

### **Brands**

Die Bundesrepublik und Holland zählen ja seit langem zu den Maximalisten in Sachen Europa. Dieser "Euro-Maximalismus" wird gegenwärtig in beiden Ländern zumindest anders diskutiert, als das früher der Fall war. Herr Bolkestein hat diese Diskussion in den Niederlanden mit der Frage angestoßen, welches Endziel wir mit der Integration eigentlich verfolgen. Diese Diskussion gab es zuvor in den Niederlanden nicht. Herr Bolkestein hat sie ausgelöst, weil viele Bürger es für ein sehr riskantes Abenteuer halten, in das wir da hineingeraten. Übereinstimmung gibt es bereits dahingehend: Wir sollten nicht versuchen, uns hinter Maastricht zu verstecken, sondern die Regierung eindeutig

auffordern, uns zu sagen, welche neuen Schritte sie unternehmen will, über die wir dann diskutieren werden.

### **Vernet**

Ich möchte drei Bemerkungen machen. Erstens: Wenn die Außenpolitik auf Tradition, Vision und Interessen beruht, dann fehlen eben diese Voraussetzungen für eine gemeinsame Außenpolitik in der Europäischen Union. Es fehlt eine gemeinsame Tradition und wohl auch eine gemeinsame Vision. Möglicherweise bringt der Euro, wie wir gehört haben, die verschiedenen Interessen der Mitgliedstaaten enger zusammen, die es dann gemeinsam zu verteidigen gilt.

Ist es also realistisch, von einer gemeinsamen Außenpolitik zu sprechen? Wäre es nicht vernünftiger, gemeinsame Elemente einer Außenpolitik auszumachen? Das heißt, in absehbarer Zukunft wird die Gemeinschaft kaum in der Lage sein, eine umfassende gemeinsame Politik zu führen; vielmehr könnte sie in bestimmten Bereichen gemeinsame Positionen, vielleicht sogar gemeinsame Aktionen beschließen.

Meine zweite Bemerkung betrifft das Verhältnis zwischen solchen gemeinsamen Aktionen auf europäischer Ebene und der nationalen Außenpolitik der Mitgliedsstaaten. Das würde bedeuten, daß wir in bestimmten Bereichen außenpolitischen Aktionen der Gemeinschaft zustimmen, während die Mitgliedsstaaten in anderen Bereichen ihre traditionelle nationale Außenpolitik weiterführen. Die Frage ist aber, ob die Nationalstaaten in den Bereichen, in denen dann eine gemeinsame Politik betrieben wird, auch weiter national aktiv sein dürfen. Wie läßt sich mit anderen Worten eine gemeinsame europäische Außenpolitik mit Aktivitäten wie zum Beispiel der deutsch-französischen Achse oder der Kontaktgruppe für Bosnien oder dem Weimarer Dreieck oder dem neuen Straßburger Dreieck zwischen Kohl, Chirac und Jelzin vereinbaren? Das betrifft in der Tat die Frage der Führung in der Gemeinschaft, ob also eine Gruppe von Staaten - die je nach Situation unterschiedlich aussehen kann - in bestimmten Fällen die Führung in der Außenpolitik übernehmen kann.

Meine dritte Bemerkung gilt dem Teufelskreis von Mitteln und Willen. Mitunter heißt es, Europa fehlen die Mittel, um handeln zu können, während es in anderen Fällen Europa an dem politischen Willen gebricht. So war es beispielsweise im September 1991, als Frankreich und Deutschland vorschlugen, im Rahmen der WEU Soldaten nach dem damaligen Jugoslawien zu entsenden. Einige Mitgliedsstaaten waren dagegen mit dem Argument, die WEU verfüge nicht über die notwendigen Mittel, um eine solche Aktion durchzuführen. Vielleicht traf dies damals sogar zu. In Albanien aber hätte die WEU durchaus die Mittel, um dort eine Operation erfolgreich zu führen, was jedoch einige Mitgliedsstaaten aus politischen Gründen ablehnen. Wie läßt sich dieser Teufelskreis durchbrechen?

Widersprüche gibt es nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in den verschiedenen Staaten selbst, wenn ich etwa an Frankreichs Haltung gegenüber der NATO und den Vereinigten Staaten denke.

### **Stürmer**

Herr Kohnstamm, Sie waren - mit Dean Acheson zu reden - "present at the creation", also bei Gründung der Europäischen Gemeinschaft dabei. Wie sehen Sie die Chancen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik?

### **Kohnstamm**

Die sogenannten Väter der Europäischen Gemeinschaft haben zweifellos in politischen Kategorien gedacht; Jean Monnet hatte sogar von Anfang an eine über Europa hinausführende weltpolitische Vision. Als sich aber während der Verhandlungen über die Kohle und Stahl-Gemeinschaft die Frage der deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft stellte, führte dies zur ersten schweren Niederlage im europäischen Einigungsprozeß. Danach hat sich Europa, was die Außenpolitik angeht, praktisch vierzig Jahre in eine Art sabbatical begeben - sieht man einmal ab von gewissen Erörterungen über die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten, wobei immer klar war, wer dabei die Führung ausüben würde. Seit 1989 sehen wir uns jedoch einer völlig neuen Lage gegenüber und können nicht einfach so weitermachen wie bisher.

In diesem Zusammenhang erinnere ich eine Anekdote, die dem niederländischen Außenminister während des Krieges in London zugeschrieben wird, der, als man ihm anbot, auch die Wirtschaftspolitik seines Landes mit zu vertreten, geantwortet haben soll: Je ne veux pas parler du fromage. Mein Eindruck ist, daß wir alle nicht über Käse reden wollen.

Das erklärt zum großen Teil die Verwirrung, in der wir uns gegenwärtig befinden. Denn Europa betreibt auf dem Gebiet der Wirtschaft nachhaltig Außenpolitik. Wenn wir in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren zehn oder fünfzehn neue Mitgliedsstaaten in die Union aufnehmen werden, dann ist dies das größte außenpolitische Projekt, das es gegenwärtig überhaupt auf der Welt gibt, und wir wissen, daß die wirtschaftlichen Aspekte dabei ausschlaggebend sind. Die Gemeinschaft ist also bis auf weiteres insbesondere wirtschaftlich begründet, was verstärkt werden könnte und sollte.

Aus meiner Sicht wäre ein erster Schritt für eine bessere gemeinsame europäische Außenpolitik, wenn sich unsere Außenminister nur zu den Dingen äußern, die sie direkt beeinflussen können - und ansonsten schweigen würden. Was sollen Erklärungen, die den Ausgang der Wahlen in Nicaragua begrüßen? Und wir sollten auch die Vorstellung aufgeben, daß Europa schon bald eine gemeinsame Außenpolitik betreibt, die auf militärische Macht zurückgreifen kann.

Ich meine also, wir sollten im Sinne einer gemeinsamen Außenpolitik den wirtschaftspolitischen Einfluß der Gemeinschaft stärken - obwohl mein Freund Maarten Brands sagt, daß die Skepsis gegenüber der Gemeinschaft in den Niederlanden gewachsen ist. Aber gerade die holländische Regierung hat sehr dafür gekämpft - leider vergeblich;- , daß die Befugnisse der Gemeinschaft in der Außenwirtschaftspolitik erweitert werden. Ich sehe darin jedenfalls einen Ansatz, um Europas Stellung in der Welt zu stärken.

Auf der anderen Seite sollten wir bei der Frage einer Telefonnummer für die GASP äußerst vorsichtig sein. Ich kann mir lebhaft ausmalen, wie das ablaufen wird. In neun von zehn Fällen wird derjenige, der den Hörer auf europäischer Seite abnimmt, mit Bedauern daraufhinweisen müssen, daß er in der jeweiligen Frage nicht zuständig sei: "Sprechen Sie darüber mit meinem Kollegen Soundso." Darauf wird der Anrufer fragen: "Habe ich denn die falsche Telefonnummer gewählt?" "Nein, nein, die Nummer ist schon richtig, aber ich habe in der betreffenden Sache keine Zuständigkeit." Mit der Telefonnummer ist es nicht getan, obwohl diese Festlegung im Amsterdamer Vertrag insofern zu begrüßen ist, als die Kommission jetzt einsehen muß, daß man auch Außenwirtschaftspolitik nicht mit vier oder fünf verschiedenen Kommissaren führen kann. In der nächsten Kommission wird es einen Vizepräsidenten geben, der für dieses Gebiet insgesamt zuständig sein wird.

Ich meine, dort wo es um machtpolitische Fragen mit militärischen Elementen geht, hat die Union in ihrer jetzigen Verfassung keine Rolle zu spielen, auch wenn sie über wirtschaftliche Einflußmöglichkeiten verfügt. Auch eine erweiterte WEU wird dazu nicht in der Lage sein.

Wie steht es um eine coalition of the willing? Es ist doch unsinnig zu glauben, wir könnten anderen Vorhaltungen machen in Dingen, wo wir ohne jede Souveränität sind. Wenn es um machtpolitische militärische Einsätze geht, dann müssen die Staaten, die dazu bereit und in der Lage sind, eigenständig handeln und sollten sich über die Zustimmung von 15 oder später 25 Staaten nicht allzu viele Gedanken machen.

Mein Fazit ist also: Nichts ist gefährlicher für die Union, als Dinge vorzuspiegeln, die sie gar nicht leisten kann. In der Wirtschaftspolitik hat man die Mittel und auch die entsprechenden Strukturen, die man stärken könnte. Keineswegs sollte man dies aber mit machtpolitischen Fragen vermischen. Zu meinen, man könnte qua Mehrheitsentscheidungen holländische oder dänische Soldaten gegen den Willen der nationalen Regierungen in Kriegseinsätze schicken, ist völliger Unsinn. Sicherlich werden die großen Staaten auch außerhalb des Unionsbereichs machtpolitisch aktiv werden und wohl auch dafür sorgen, daß man sich dabei nicht allzusehr voneinander entfernt.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik dagegen kann Europa sich verstärkt einbringen. Vergessen wir nicht, daß in der heutigen Weltwirtschaftspolitik ein erhebliches Element von Außenpolitik steckt - da braucht man sich nur die amerikanische Außenpolitik unter Clinton anzusehen. Und ich wiederhole: Die Erweiterung der EU, die primär wirtschaftlich bedingt ist, ist das größte außenpolitische Vorhaben überhaupt. Aber wo es um militärische Macht geht, haben wir als Gemeinschaft derzeit nichts zu suchen.

Einen Punkt will ich in dem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, und der betrifft die europäische Rüstungsindustrie, die mit Hilfe der Regierungen gestützt werden muß. Wenn dies verlorengeht, brauchen wir uns auch in Zukunft keine Gedanken über eine eigenständige europäische Machtpolitik zu machen. Das ist natürlich ein unerhört schwieriges Gebiet. Die Stärke der amerikanischen Rüstungsindustrie ist ja, daß es nur eine Stelle gibt, die die Aufträge vergibt, während wir in Europa 15 Auftraggeber haben. Aber dieses Gebiet dürfen wir nicht vernachlässigen.

**van Eekelen**

Ich meine, wir müssen zwischen Verteidigung und Polizeiaufgaben unterscheiden. In gewisser Weise entspricht die Rolle der Polizei im Inneren dem Verteidigungsbereich der Gemeinschaft nach außen. In beiden Fällen gilt es, möglichen Aggressionen und Gesetzesbrüchen vorzubeugen oder zu begegnen, so wie es beispielsweise in Bosnien notwendig war, militärisch einzugreifen. Für die Verteidigung an sich ist nach wie vor die NATO zuständig; darin sind wir uns im wesentlichen alle einig. Zum Glück ist ein derartiger Verteidigungsfall derzeit und wohl auch auf mittlere Sicht nicht gegeben.

Was die Europäer meines Erachtens tun sollten, ist, zumindest begrenzte militärische Mittel für die Fälle bereitzustellen, in denen sich die Amerikaner nicht engagieren wollen. In der Hinsicht sollten wir nicht so strikt die Alternative formulieren: Entweder gibt es dafür eine entsprechende Organisation oder eine "coalition of the willing". Es kann sehr wohl eine coalition of the willing innerhalb der NATO oder innerhalb der Westeuropäischen Union geben. De facto sind die wichtigsten Aufgaben der Westeuropäischen Union bereits im Amsterdamer Vertrag festgelegt, und ich sehe nicht, daß die WEU auf Dauer eine autonome Organisation bleibt. Hier wird die GASP in Zukunft die führende Rolle spielen.

Herr Janning hat zu Recht beklagt, daß der Flexibilität in Amsterdam nicht genügend Rechnung getragen wurde, die eben auch als coalition of the willing innerhalb der GASP wirksam sein könnte. Und Herr Kohnstamm hat völlig recht, wenn er sagt: Gegen den Willen eines Staates wird es nie möglich sein, dessen Soldaten in kriegerische oder andere Operationen zu entsenden. Aber wir können doch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Soldaten der Länder eingesetzt werden, die dazu bereit sind.

### **Stürmer**

Sie sagen, Herr van Eekelen, die Europäer müßten in der Lage sein, auch dann zu handeln, wenn die Amerikaner einmal nicht wollen. Es kann jedoch auch sein, daß die Amerikaner einmal nicht können, aber gehandelt werden muß. Das ist leicht denkbar in Fällen, wo die Amerikaner mit zweieinhalb Krisen gleichzeitig konfrontiert werden.

### **Skubiszewski**

Herr Vernet erwähnte den Weimarer Bogen, und Herr Ischinger sagte, daß sich die Außenpolitik in Europa besonders bei den Ministertreffen grundlegend verändert habe. Zweifellos erweitert die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit, vor allem auf der Ebene der Ministertreffen, die Möglichkeit der Kooperation in einem Raum, der traditionell durch Kriege und Konflikte größten Ausmaßes gekennzeichnet war. Auf diese Weise wird also das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl verstärkt. Diese trilaterale Zusammenarbeit ist ein Novum in der europäischen Diplomatie.

Ich stimme somit Herrn Ischinger durchaus zu, und vielleicht war Herr van Heuven in diesem Punkt etwas zu kritisch. Ich denke beispielsweise, daß es Elemente einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber Rußland gibt, auch wenn Herr Brands diese Ansicht nicht zu teilen scheint. Die Frage der Option in der russischen Außenpolitik ist von entscheidender Bedeutung, und alle europäischen Länder sind daran interessiert, daß es sich dabei nicht um eine neoimperiale Option handelt. In der Europäischen Union scheint man sich einig zu sein, Rußland in möglichst viele europäische Vereinbarungen und Aktivitäten miteinzubeziehen. Wenn Rußland im Alleingang Entscheidungen treffen würde, die eher auf Konfrontation als auf Kooperation ausgerichtet sind, gäbe es eine schwere Krise in Europa.

Dabei denke ich jedoch nicht an eine Mitgliedschaft Rußlands in der Europäischen Union. Nach meinem Verständnis ist die Europäische Union nicht gedacht für Länder von kontinentaler oder transkontinentaler Größenordnung. Solche Staaten brauchen keine Integration.

Wenn ich es richtig sehe, betreibt die Europäische Union in dieser Hinsicht eine durchaus positive Politik. Allerdings hat sich Rußland im Augenblick noch nicht endgültig entschieden, ob es eine imperiale Erneuerung anstrebt oder sich in Richtung auf einen Bundesstaat entwickelt, der auf einer demokratischen Föderation aufbaut. Die Krise in Tschetschenien hat jedenfalls in tragischer Weise gezeigt, daß dies noch eine offene Frage ist. Diese Krise hat die Alternative überdeutlich gemacht. Die Europäische Union könnte dabei helfen, das Dilemma zwischen territorialer Integrität und dem Recht auf Selbstbestimmung zu lösen.

Des weiteren gibt es Elemente einer gemeinsamen europäischen Politik im Hinblick auf die Rolle der NATO oder der Europäischen Union beim Aufbau eines Sicherheitssystems in Europa. Aus der Sicht

der kleinen und mittleren ost- und mitteleuropäischen Länder hat Herr Kohnstamm zu Recht den politischen Charakter der Europäischen Gemeinschaft betont. Für diese Länder, von denen einige sehr bald in Beitrittsverhandlungen eintreten werden, spielt die EU durch ihre bloße Existenz und ihre Funktionsfähigkeit eine politische und sicherheitspolitische Rolle. Der Westen einschließlich der Europäischen Union definiert Mitteleuropa heute jedenfalls nicht mehr in Begriffen, die auf der Vorstellung einer neutralen oder Pufferzone basieren. Hier kommt ein weiteres Element gemeinsamer Politik zur Geltung. Dieser Teil Europas, der Deutschland und Rußland trennt, sollte nicht auf ein strategisches Vorfeld reduziert werden. Ich hoffe, daß es in dieser Hinsicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gibt.

Herr van Heuven hat von Jugoslawien gesprochen. Das Abkommen von Dayton hat zweifellos einen gewissen Erfolg gebracht. Es wäre jedoch nicht zustande gekommen ohne vorherige Versuche der EU, die Krise in Jugoslawien zu lösen, obwohl diese Versuche letztlich gescheitert sind. Sie konnten die kriegerischen Auseinandersetzungen nicht verhindern, die teils Bürgerkriege, teils internationale Konflikte waren. Solche Konflikte bereiten zusätzliche Schwierigkeiten, damit fertig zu werden. Aber Dayton hatte durch die europäischen Erfahrungen größere Erfolgsaussichten.

Wenn hier die Möglichkeiten präventiver europäischer Diplomatie angesprochen wurden, so will ich mich darauf beschränken zu sagen, daß dies wohl die schwierigste Form der Diplomatie ist.

Schließlich denke ich, daß die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige Aufgabe ist. Deshalb finde ich Herrn Ischingers Vergleich mit einem Kleinkind zutreffend. Diese Aufgabe ist höchst revolutionär, zumindest so revolutionär wie die Währungsunion.

In den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts werden die Beziehungen zwischen integrierten Gruppen von Staaten immer wichtiger werden - soweit sie eine gemeinsame Kultur haben. Diese Beziehungen werden sich parallel zum Bilateralismus und zur Kooperation in zwischenstaatlichen Organisationen entwickeln, was sich auf eine gemeinsame Außenpolitik positiv auswirken wird. Aber das braucht Zeit.

Als außenstehender Beobachter würde ich die Bemühungen in der Europäischen Union, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen, als einen Prozeß bezeichnen, der nicht nur darauf abzielt, gemeinsame Aussagen zu bestimmten Problemen zu machen. In der Hinsicht stimme ich Herrn van Heuven zu, daß da noch nicht viel erreicht worden ist. Ich meine aber, daß es dabei um mehr geht. Diese gemeinsame Politik sollte auch darin bestehen, einheitliche Standards einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu definieren. Solche Standards wären in der Tat hilfreich, um den Schwierigkeiten mit der Souveränität und den daraus entstehenden Beschränkungen zu begegnen.

## **Calleo**

Vorhin haben wir über die GASP als Institution gesprochen und die Frage gestellt, welche Strukturen in Europa eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ermöglichen würden. Ich vermute jedoch, daß eine erfolgreiche Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik weniger von Institutionen abhängt als davon, ob die Europäer gemeinsame Perspektiven ihrer nationalen Interessen entwickeln können. Haben die Europäer zum Beispiel gemeinsame Ansichten über den Nahen Osten, Rußland, Osteuropa, Nordafrika oder die verschiedenen militärischen Bedrohungen, die uns möglicherweise in Zukunft erwarten? Das sind die eigentlichen Themen, und Institutionen werden wenig nützen, wenn es in den grundlegenden Fragen keine Übereinstimmung gibt.

Zweifellos können Institutionen helfen, Probleme besser zu diskutieren. Die europäischen Staaten werden sich schneller näherkommen, wenn sie sich zunächst mit den nationalen Interessen und Perspektiven der anderen Länder und mit deren wahrscheinlichen Reaktionen in bestimmten Situationen vertraut machen. Es war doch höchst erstaunlich, zumindest für Außenstehende, wie die europäischen Staaten von der Krise in Jugoslawien überrascht wurden. Dabei hatten viele Leute so etwas schon seit Jahren vorhergesagt. Aber zwischen den europäischen Regierungen hatte es offenbar keine ernsthaften Gespräche darüber gegeben, wie die einzelnen Länder damit umgehen würden, ganz zu schweigen von einer gemeinsamen Aktion. Hier wären Institutionen wohl nützlich gewesen, um eine Übereinkunft in den grundlegenden Fragen wahrscheinlicher zu machen.

Während des kalten Krieges füllte die Führungsrolle der Vereinigten Staaten das europäische Vakuum in Sicherheitsfragen. Wenn man weiterhin die europäischen Streitkräfte in der NATO zusammenfaßt, räumt man den USA faktisch ein Vetorecht bei kollektiven europäischen Einsätzen ein. Die USA haben aber sicherlich kein Interesse daran, dieses Privileg im Gegenzug auch den Europäern zuzugestehen. Das Ergebnis wäre dann eine Außen- und Sicherheitspolitik, die zwar gemeinsam,

aber nicht mehr zwangsläufig europäisch ist. Da muß man sich schon fragen, ob das auf lange Sicht ein vernünftiges Übereinkommen für die Europäer selbst ist.

### **van Eekelen**

Das ist das sogenannte "double-hatting" der Streitkräfte, die zwar der NATO zur Verfügung stehen; aber das eigene Land kann im Bedarfsfalle souverän über sie verfügen. Wenn sie das gemeinsam betreiben wollen, ist es durchaus möglich, Streitkräfte unterzwei oder sogar drei Hüten für Sicherheitsbelange einzusetzen. Nichts im NATO-Vertrag schließt das aus.

### **Stürmer**

Wir sind hier an einem wichtigen Punkt, der in gewisser Weise zu unserem nächsten Thema überleitet: Wie abhängig wollen die Europäer von den Vereinigten Staaten sein? Man muß nicht antiamerikanisch sein, um zu sagen, daß das weder für die Europäer noch für die Amerikaner gut ist. David Calleo hat uns ja davor gewarnt, zu abhängig von den Amerikanern zu werden. Aber sind wir das nicht? Wim van Eekelen, Sie kennen die Situation als Insider: Wie unabhängig ist die WEU, einmal abgesehen von eher harmlosen Angelegenheiten? Aber nicht einmal in solchen Fällen sind wir aktiv geworden.

### **van Eekelen**

Bei der Bosnien-Krise war ich der Ansicht, Europa hätte diesen Konflikt auch ohne die Vereinigten Staaten bewältigen können. Wir hatten aber dazu nicht den entschiedenen Willen. Was Europa fehlt - doch das ist keine Sache der NATO, sondern der USA;- , sind real-time intelligence und strategische Transportsysteme. Im Falle Bosniens hätten wir über Straße und Bahn dorthin gelangen können, aber uns fehlte die real-time intelligence. Deshalb frage ich mich, ob wir in Zukunft nicht zusätzlich Satelliten benötigen. Auch mit den "drones", den unbemannten Flugzeugen, kann man viel in einer Situation wie in Bosnien erreichen. Mit dem entsprechenden Willen hätten wir also in Bosnien einiges tun können; aber daran fehlte es.

Ich möchte in diesem Bereich noch einen weiteren Punkt ansprechen, nämlich die Bedeutung multinationaler Einheiten, die ich für ein ganz wichtiges neues Element in Europa halte. Deutschland zum Beispiel hat seine sämtlichen Streitkräfte, mit Ausnahme eines Corps, zusammen mit einem oder mehreren Ländern in multinationale Einheiten eingebracht. Die niederländische Armee ist auch in Friedenszeiten vollkommen in einem solchen Corps, nämlich dem Deutsch-Niederländischen Corps, integriert. Das Corps ist in Münster stationiert - eine großartige Sache, die gut funktioniert. Der Oberbefehlshaber hat auch die Kommandogewalt über die anderen Streitkräfte, und das ist bisher beispiellos.

Natürlich ist auch die NATO multinational, aber auf einer weit höheren Ebene. Für die Art von Einsätzen, die uns erwarten, ist die Multinationalität geradezu essentiell; denn nur so kann man eine Situation wie in Srebrenica verhindern, wo ein Land die ganze Last und das volle Risiko trug. Jetzt dagegen teilen sich mehrere Länder Präsenz und Verantwortung.

### **Heisbourg**

Das Hauptproblem ist nicht, daß uns die Technologie oder die technischen Möglichkeiten fehlen, die uns durchaus zur Verfügung stehen - sicher in unserer Rüstungsindustrie und meist auch einsatzbereit beim Militär. Wir denken nur nicht daran, sie machtbewußt einzusetzen.

Ich möchte Ihnen eine Anekdote erzählen. Während der Verhandlungen zum Dayton-Abkommen spielte Richard Holbrooke mit einem wunderbaren Apparat, der glaube ich "Power Scene" hieß. Es handelte sich dabei um ein Computerterminal, mit dem man dreidimensionale Landkarten des bosnischen Territoriums in unterschiedlichem Maßstab erstellen konnte. Eine intelligente Software errechnete dabei automatisch die prozentuale Aufteilung der Bevölkerung, des Territoriums, des Wohlstandes und anderer Daten in Funktion zu den sich am Boden bewegenden Linien. Das Gerät erwies sich als ein außerordentlich nützliches Verhandlungsinstrument, und Richard Holbrooke gebrauchte es häufig, um abwechselnd Tudjman, Milosevic und Izetbegovic vor den kleinen Bildschirm zu führen. Die französischen Vertreter waren recht frustriert, weil sie nicht entsprechend ausgestattet waren, und soweit ich weiß, ging es den Deutschen ähnlich.

Ich habe dies erst nach Dayton erfahren und dann einige Nachforschungen angestellt. Ich fand dabei zwei Dinge heraus. Das eine war nicht überraschend; das andere ein wenig mehr. Was mich nicht erstaunte, war, daß wir unsere Delegation natürlich mit ähnlichen High-Tech-Geräten hätten



ausstatten können - wenn sie danach gefragt hätte. Aber so etwas kommt uns gar nicht in den Sinn, weil wir nicht in solchen Bahnen denken. Wir spielen eben keine Führungsrolle. Ich glaube nicht, daß der Vertreter Frankreichs auch nur für einen Moment daran gedacht hat, daß er eine führende Rolle in den Verhandlungen spielen würde - obwohl er das natürlich beklagte. Das gilt für die anderen Europäer genauso. Wir verlassen die Szene immer als Verlierer.

Der andere Punkt war etwas überraschender. Die Amerikaner taten nämlich etwas Amüsantes: Die auf dem Bildschirm von "Power Scene" simulierten Satellitenbilder durften natürlich kein Geheimmaterial sein; denn die Amerikaner hatten ja nicht die Absicht, Leuten wie Milosevic geheime Informationen zu präsentieren. Also mußten sie sich nichtgeheimes Material beschaffen, das im Handel zu haben ist. Und das taten sie so: Die US Air Force, die der größte Kunde eines Unternehmens namens "Spot Image" ist, kaufte französische Satellitenbilder, die der "Spot"-Satellit produziert hatte. Diese Anekdote ist sehr typisch für die Art und Weise, in der wir denken und wie wir auf strategische Herausforderungen reagieren.

Natürlich gibt es teure Neuerungen, für die wir zwar die nötige Technologie haben, die wir uns aber nicht leisten können. Ich bin in der Tat der Meinung, daß die Europäer die erheblichen Investitionen in weitreichende Transportsysteme nicht aufbringen können; denn das ist ein unerhört kostenträchtiger Bereich. Gleichzeitig geben wir immens viel Geld für den Unterhalt einer Militärstruktur aus, die man nur noch absurd nennen kann. Die europäischen NATO-Mitglieder haben fast zehn Jahre nach Ende des kalten Krieges noch immer zwei Millionen Mann unter Waffen, während es in den Vereinigten Staaten, deren Militärbudget fast doppelt so hoch ist wie das der europäischen Länder, insgesamt nur 1,4 Millionen Soldaten sind. Man muß kein Polytechnikum besucht haben, um zu dem Schluß zu kommen, daß wir viel Geld für das falsche Produkt ausgeben.

Natürlich bedingt die Tatsache, daß wir mehrere Nationalstaaten sind, bestimmte Strukturen und Funktionen, die nur von den einzelnen Ländern wahrgenommen werden können und von ihnen auch finanziert werden müssen. Sie lassen sich nicht auf einer höheren Ebene zusammenfassen. Deshalb dürften unsere Verteidigungsausgaben immer etwas höher liegen als bei den Amerikanern. Daß wir jedoch 60 Prozent mehr Soldaten haben als die Amerikaner, für unser Militär aber nur die Hälfte ausgeben, kann nur zu solch absurden Situationen führen wie in Deutschland, wo lediglich 20 Prozent des Verteidigungsbudgets noch für die Ausrüstung der Streitkräfte zur Verfügung stehen. Das mag zur Zeit noch erträglich sein; denn die Deutschen haben zur Zeit des kalten Krieges viel in Ausrüstung und Material investiert, das nicht so schnell veraltet. Aber wie wird es bei der Bundeswehr in zwanzig Jahren aussehen? Das gleiche gilt in unterschiedlichem Maße auch für die anderen europäischen Streitkräfte. Nur die Briten haben es in dieser Hinsicht halbwegs richtig gemacht.

### **Sir Broomfield**

Die britischen Verteidigungsausgaben befinden sich gegenwärtig auf dem niedrigsten Stand in den letzten sechzig Jahren. Seit 1990 haben wir unsere Streitkräfte um 32 Prozent, unsere Panzer um 45 Prozent und unsere Flugzeuge um 30 Prozent reduziert. So sieht es in der Tat bei den Verteidigungsausgaben in Europa aus.

Ich glaube nicht, daß die Europäer Jugoslawien hätten allein angehen können, vielleicht in den ersten sechs Monaten. Danach entwickelte es sich in einer Weise, die weit von dem entfernt war, was die Europäer realistisch mit Aussicht auf einen wahrscheinlichen Erfolg hätten anpacken können. Im Falle eines Mißerfolges wären nämlich einige europäische politische Köpfe gerollt, und es hätte wie das amerikanische Abenteuer in der iranischen Wüste enden können.

Bevor wir uns zu sehr auf den Bereich Verteidigung in der GASP konzentrieren, sollten wir uns fragen, ob in Europa überhaupt irgendeine Partei oder ein Politiker einen Wahlkampf mit der Forderung, das Verteidigungsbudget zu erhöhen, bestreiten könnte. Wenn die Vorstellung unrealistisch ist, sollten wir etwas eingehender darüber nachdenken, was es heißt, "ohne die Amerikaner" zu handeln und ohne Rückgriff auf Teile der amerikanischen Ausrüstung, für die Investitionsmittel zu einer Zeit zur Verfügung standen, als es aufgrund tatsächlicher Bedrohung noch möglich war, dafür öffentliche Unterstützung zu mobilisieren.

### **Welle**

Zwei Begriffe, die hier bereits mehrfach angeklungen sind, halte ich für die ganze Europa-Debatte, insbesondere aber für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für zentral, nämlich: Souveränität und Euroskepsis. Ich meine, die Welt stellt sich für uns so dar, wie wir sie uns denken, das heißt, mit welchen Modellen und Begriffen wir an die Wirklichkeit herangehen.

Beim Souveränitätsbegriff gibt es letztlich zwei Modelle, die zu ganz unterschiedlichen politischen Konsequenzen führen. Der eine denkt Souveränität im Sinne eines Nullsummenspiels; das heißt, was die eine Seite an Souveränität hinzugewinnt, büßt die andere ein. Souveränität läßt sich aber auch im Sinne von potential gains, also von möglichen Zugewinnen denken, die durch Kooperation entstehen.

Im Grundsatz basiert die gesamte europäische Einigung auf der Annahme, daß es ungenutzte potential gains gibt, die sich durch Zusammenarbeit erschließen lassen. Deshalb ist auch im Bereich der Außenpolitik die entscheidende Frage: Gibt es hier potential gains, also die Möglichkeit, durch Kooperation Zugewinne zu erzielen, oder ist das in der Außenpolitik nicht gegeben?

Wir müßten uns in dem Zusammenhang fragen, ob die Nationalstaaten in ihrer Außenpolitik heute tatsächlich noch in der Lage sind, souverän zu handeln. Ich meine, es gibt gute Gründe für die Feststellung, daß die Nationalstaaten - und zwar nicht nur die kleinen, sondern auch die großen - in weiten Bereichen der Außenpolitik schon lange nicht mehr souverän sind. Das gilt natürlich für kleine Länder ganz besonders.

Das Modell, auf das man im Rahmen der Kontaktgruppe für Bosnien-Herzegowina wieder zurückgegriffen hat, zeigt, letztlich müßten alle europäischen Staaten ein Interesse daran haben, daß in solchen Fragen der Außenpolitik gemeinsam entschieden wird. Die einzelnen Nationalstaaten weisen Funktionsdefizite auf, die nur über eine europäische Zusammenarbeit ausgeglichen werden können. Mit anderen Worten: Die Zukunftsfähigkeit der Nationalstaaten hängt entscheidend von der Wirksamkeit der Europäischen Union ab - die aber ihrerseits auf die Nationalstaaten angewiesen ist, weil nur diese ihr die entsprechende Legitimität vermitteln können. Beides gehört zusammen, und es ist wenig sinnvoll, die eine gegen die andere Seite auszuspielen.

Dann zum Begriff Euroskepsis. Ich frage mich mitunter: Wie war eigentlich die Stimmung in den 50-er Jahren in Europa, als die Französische Nationalversammlung die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ablehnte? Wie war es in den 60-er Jahren, als de Gaulle die Politik des leeren Stuhls in der NATO praktizierte, und in den 70-er Jahren, als ganz Europa von der Euroskepsis befallen schien? Nicht zu vergessen die frühen 80-er Jahre, als die Europa-Debatte von Margaret Thatchers Ausspruch "I want my money back" geprägt wurde. Wir sollten also nicht so tun, als sei die Vergangenheit viel stärker von einer proeuropäischen Politik getragen worden, während heute die Probleme überwiegen.

Ich sehe in diesem Zusammenhang aber einen grundsätzlichen Unterschied: Wenn ich als deutscher oder britischer Staatsbürger mit der Politik meiner Regierung nicht zufrieden bin, dann werde ich nicht deutschland- oder großbritannienskeptisch, sondern ich gebe meiner Unzufriedenheit dadurch Ausdruck, daß ich die Regierung abwähle. Genau das haben die Briten jetzt praktiziert und damit die Chance für eine neue Politik eröffnet. Das liegt jedoch auf europäischer Ebene ganz anders; denn die Verbindung zwischen Wählervotum, Parlaments mehrheiten und Zusammensetzung der Kommission ist in der Form nicht gegeben. Das heißt, wenn die Mehrheiten im Europäischen Parlament wechseln, weil die Bürger ein entsprechendes Signal geben, heißt das keineswegs, daß sich dies auch auf die Zusammensetzung der Kommission und eine Änderung der Politik auswirkt. Wenn man die Euroskepsis bekämpfen will, muß man auf dieses Defizit europäischer Politik eine Antwort finden.

### **Groebe**

Ich sehe in Europa ein mögliches Paradoxon zwischen zunehmender Einheit und gleichzeitig wachsender Unsicherheit. Meine Hypothese ist, daß die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit mehr und mehr konvergieren werden. In den größeren europäischen Städten gibt es heute schon erhebliche soziale Verwerfungen und ein zunehmendes Konfliktpotential, was dazu führt, daß innere und äußere Sicherheit sich immer weniger klar trennen lassen. Das heißt, äußere Konflikte wirken unmittelbar auf innere Konflikte zurück.

Das zeigt sich etwa bei den ethnischen Wanderungsbewegungen in Europa, aber auch von außen nach Europa. Das wird zweifellos Konsequenzen für die Neuorientierung der Sicherheitspolitik haben müssen. Das geht dann nicht nur in Richtung einer europäischen Armee, die im Rahmen einer globalen Politik zur Befriedung außergewöhnlicher Konflikte herangezogen wird, sondern betrifft auch neue Konflikte, die zwischen den europäischen Staaten selbst entstehen können.

Ein europäisches Sicherheitskonzept müßte diese unterschiedlichen Konfliktebenen und -strukturen, die teilweise heute schon erkennbar sind, mit bedenken, so daß hier gewissermaßen zwischen innerer und äußerer Sicherheit eine dritte Dimension entsteht, die den zum Teil sehr unterschiedlichen Interessen der europäischen Staaten, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, Rechnung trägt.

## Heuven

Ich habe die GASP vornehmlich als einen Prozeß beschrieben, und Herr Jannings fragte, welche realen Möglichkeiten bestehen, diesen Prozeß tatsächlich zu nutzen. Ich bin da gar nicht so pessimistisch. Wenn man flexibel an die Dinge herangeht, kann Europa eine ganze Menge erreichen. Das hängt natürlich von den Umständen, von der Einschätzung der Interessenlage und von der Führungsfähigkeit ab; aber es ist denkbar.

Ich erwähnte das EU-Dokument "Europa 2000", das mich etwas beunruhigt; denn zum Thema "Die Union in der Welt" gibt es zwei Kommentare. Der eine fordert, die Union müsse ihren Einfluß in der Welt verstärken, und eine Seite weiter heißt es, eine Erweiterung der EU sei notwendig, um Europas Gewicht in der Welt zu erhöhen. Das sind wichtige globale Zielsetzungen, gegen die ich an sich nichts einzuwenden habe. Ich neige jedoch eher zu der Ansicht jener Leute, die für einen stärkeren regionalen Ansatz plädieren; denn unter den gegenwärtigen Umständen kann Europa innerhalb seiner eigenen Region sicherlich effektiver handeln als außerhalb.

Ich meine, die EU könnte sich drei Ziele setzen. Das eine ist, Europa erfolgreich zu vereinen. Damit meine ich nicht nur die EU, sondern ganz Europa. In Westeuropa zeigt sich eine gewisse Tendenz, die mehr als hundert Millionen Menschen zu vergessen, die gerade einige Freiheit gewonnen haben, die sie viele Jahre lang nicht hatten und die sich als richtige Europäer verstehen und an dem Prozeß teilhaben wollen. Das zweite betrifft eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Rußland und Europa, und ich bin Krzysztof Skubiszewski dankbar, daß er beide Punkte angesprochen hat.

Drittens wäre es sicher vernünftig, wenn Europa in seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auf Synergieeffekte setzen würde. Aber in dem bereits erwähnten 79-seitigen Dokument findet sich erstaunlicherweise nur ein einziger Satz, der sich auf die USA bezieht, des Inhalts, daß die Union ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten intensivieren sollte. Wenn man bedenkt, welche Rolle die USA beim Wiederaufbau Europas und in der europäischen Politik gespielt haben - einschließlich der Veränderungen in den letzten zehn Jahren;- , dann ist es schon überraschend, daß dies in einem grundlegenden Papier nicht stärker Anerkennung findet. Ich habe bereits gesagt, daß die Vereinigten Staaten Europa brauchen und in vielen Fällen nicht in der Lage sind, ohne Freunde und Verbündete effektiv zu handeln. Das dürfte umgekehrt ebenso der Fall sein.

Herr Brands fragte vorhin: "Wie kann man diesen Prozeß zugleich transparent machen und erfolgreich betreiben?" Nun, niemand hat behauptet, das wäre einfach. Ich bin aber davon überzeugt, daß dieser Prozeß, in dem es darum geht, Ziele zu definieren und diese dann versuchen umzusetzen, gelingen kann, wenn man Abgeordnete, Nicht-Regierungsorganisationen, Bürgergruppen und die Presse mit einbezieht. So vorzugehen, mag umständlich und ziemlich chaotisch sein, aber in unserem Land und wohl auch in unserem Gastgeberland, den Niederlanden, wird dies mit einigem Erfolg praktiziert.

Abschließend noch eine kurze Bemerkung über den politischen Stil, in dem sich unsere gegenwärtige amerikanische Außenministerin und ihr Vorgänger unterscheiden. Sie haben sicherlich bemerkt, wie sehr sich Frau Albright bemüht, unsere Außenpolitik transparent zu machen. Die Aufgabe ihres Stabes und des gesamten Außenministeriums ist es, dafür zu sorgen, daß die Ministerin gesehen und gehört wird, und sie spielt diese Rolle ganz bewußt. Wie gut, kann ich noch nicht beurteilen; aber man merkt sofort, daß Außenpolitik nicht nur vom Nationalen Sicherheitsrat oder dem siebten Stock des Außenministeriums betrieben wird, sondern daß das ganze Land einbezogen ist. Ich meine, in dieser Hinsicht unterscheidet sich Europa nicht von uns. Deshalb möchte ich Herrn Brands ermutigen, in seinen Bemühungen fortzufahren.

## Ischinger

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich stimme François Heisbourg durchaus zu, daß in Amsterdam das erreicht wurde, was unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen möglich war. Man mag bedauern, daß nicht mehr drin war; aber so ist es.

Was die Perspektive einer tragfähigeren gemeinsamen Außenpolitik angeht - ich nannte die beiden Stichworte "europäische Armee" und Unterwerfung der Nationalstaaten unter eine gemeinschaftlich geführte Außenpolitik, deren Entscheidungsmechanismus zumindest auf Mehrheitsentscheidungen beruht;- , so bin ich mir schon bewußt, daß dafür zur Zeit die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Aber wenn man in der gemeinsamen Außenpolitik wirklich weiterkommen will, muß man in diese Richtung denken, und dann ist es eine Frage des politischen Willens, ob es gelingt oder nicht.

Ein Teil des Problems liegt sicher in dem fehlenden außenpolitischen Profil der Europäischen Union und ihrer mangelnden Fähigkeit, sich richtig darzustellen. Unsere Selbstdarstellung ist unterentwickelt, was nicht zuletzt auch eine Frage des politischen Willens ist.

Lassen Sie mich dafür ein Beispiel geben. Als ich im September dieses Jahres wieder einmal nach Sarajevo kam, erfuhr ich zufällig, daß der dortige Flughafen an jenem Tag für den kommerziellen Flugverkehr wieder eröffnet werden sollte. Der deutsche und andere europäische Botschafter waren zu diesem Ereignis eingeladen, und ich konnte mich ihnen anschließen. Dort lief dann folgendes Szenario ab: Es wurden drei Reden gehalten: die erste von einem amerikanischen Vertreter der damaligen IFOR-Truppe; die zweite vom bosnischen Präsidenten Izetbegovic und die dritte vom amerikanischen Außenminister Warren Christopher, der gerade Bosnien einen Besuch abstattete. Das Fest war mit mindestens fünfzig amerikanischen Flaggen drapiert.

Der Eindruck, der daraus von den Fernsehanstalten nicht nur in Bosnien, sondern in Europa und weltweit vermittelt wurde, war, daß die Wiedereröffnung des Flughafens der großartigen amerikanischen Leistung zu danken war; so hieß es auch in den Reden. Tatsächlich aber stammten 85 Prozent der finanziellen Mittel, die für die Wiederherstellung des Flughafens erforderlich waren, von der Europäischen Kommission beziehungsweise von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Während aber die Europäische Kommission nur durch einen Botschaftsrat vertreten war, der nicht einmal vor der roten Kordel stehen durfte, präsentierte sich die amerikanische Regierung, die so gut wie keinen materiellen Beitrag geleistet hatte, durch ihren Außenminister, der die Fernsehkameras auf sich zog.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Das ist kein Vorwurf an die amerikanische Seite; sondern wir Europäer müssen uns an die eigene Nase fassen, daß wir es auch nach vier Jahren unseres politischen und militärischen Engagements in Bosnien immer noch nicht verstanden haben, unsere Rolle dort angemessen herauszustellen.

Ich bin nun nicht der Meinung, daß diejenigen im Recht sind, die allzusehr ein Versagen der Europäer im früheren Jugoslawien betonen, wie das auch hier verschiedentlich deutlich wurde. Es ist zwar legitim, die Frage nach der Fähigkeit zum militärischen Eingreifen zu stellen, sie betrifft aber nur einen extremen Fall in dem Spektrum der Handlungsoptionen im Bereich der Außenpolitik, die ja keineswegs auf militärisches Eingreifen beschränkt ist. Wer das Versagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik daraus ableitet, daß wir nicht in der Lage waren und sind, militärisch einzugreifen, der verkennt, daß der ganze Erweiterungsprozeß zur Vollendung der Europäischen Union nur auf der Grundlage einer breiter definierten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik denkbar ist, die entscheidend zur Lösung einer ganzen Reihe von territorialen, Grenz- und Minderheitenproblemen in Europa beigetragen oder diese zumindest kanalisiert hat. Daß es beispielsweise zwischen Rumänien und Ungarn jetzt vertragliche Lösungen gibt, war keineswegs das Ergebnis amerikanischer Bemühungen, sondern ist eine europäische Leistung, und zwar keine kleine. Es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen.

Sicher, in der Albanienkrise im Frühjahr dieses Jahres hätten die Europäer die WEU einsetzen können. Aber kein Mitglied der WEU hat in diesem Sinne votiert. Vermutlich hätte ein solcher Vorstoß auch keine Erfolgsaussichten gehabt. Das dürfte sich aber in zwei oder drei Jahren, wenn der Amsterdamer Vertrag in Kraft getreten ist, anders darstellen. Denn der Amsterdamer Vertrag gibt den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und das ist nun einmal die entscheidende Ebene, wenn es um den Einsatz militärischer Macht und damit letztlich auch um das Leben von Soldaten geht - die Möglichkeit, mit Hilfe der im Vertrag verankerten sogenannten Leitlinienkompetenz die Westeuropäische Union zu beauftragen, in entsprechenden Situationen aktiv zu werden. Hier sind also die Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Was die Eingriffsmöglichkeiten der Europäischen Union und der WEU in militärischen Konfliktsituationen angeht - ein Thema, das Willem van Eekelen und andere angesprochen haben;- , so sollten wir aber eine Lehre aus den Erfahrungen mit dem früheren Jugoslawien ziehen, nämlich: Im Falle einer Krise, an deren Bewältigung nicht nur die Europäer, sondern auch die USA politisch interessiert sind, müssen unbedingt beide Seiten Truppen stellen. Andernfalls führt dies automatisch dazu, daß die Handlungsoptionen verschieden interpretiert werden, was verheerende Konsequenzen für das Bündnis hat. Das war beispielsweise das Problem von UN-PROFOR, ohne daß ich das jetzt vertiefen kann.

Mit anderen Worten: Wenn ein Problem transatlantische Dimensionen hat und die USA an seiner Bewältigung interessiert sind, ist dies ein Fall für die NATO. Wenn die USA sich nicht selbst militärisch engagieren wollen, dann eröffnet der Amsterdamer Vertrag jetzt, zumindest theoretisch, die Möglichkeit, daß die Europäer qua WEU NATO-Ressourcen also auch amerikanische Ressourcen - in Anspruch nehmen können, um in einer solchen Krise handlungsfähig zu sein. Dabei ist verständlich, daß die USA hinsichtlich ihrer Ressourcen ein Vetorecht haben.

Dieses Vetorecht besteht dann nicht, wenn die Europäer meinen, sie könnten die Krise tatsächlich mit eigenen europäischen Mitteln bewältigen. Das setzt aber voraus, daß sich die USA nicht nur militärisch nicht beteiligen, sondern auch politisch enthalten wollen. Sonst geraten wir unweigerlich in einen Konflikt, bei dem wir keine guten Karten haben. Nur wenn sich die USA tatsächlich völlig heraushalten wollen, ist aus meiner Sicht ein isoliertes europäisches Vorgehen sinnvoll und machbar. Das grenzt in der Tat die Bandbreite möglicher derartiger Krisenszenarien für die Europäer ein. Beispielsweise ist die Frage, ob die Europäer in Albanien - von der Infrastruktur, der Logistik, der Intelligence her gesehen - in der Lage gewesen wären, einzugreifen und unsere Parlamente zu überzeugen, daß wir dies ohne die USA auch wirklich leisten können. Da kann es berechnete Zweifel geben.

### **Stürmer**

Da mit dem Euro ab 1998 Ernst gemacht wird, wird man den Bevölkerungen die Rolle Europas auch in den Medien deutlicher vermitteln müssen. Zurückhaltung ist in so eingreifenden Fragen, für die man die Bevölkerung gewinnen muß, mitunter eher kontraproduktiv. Gegen die Zweifel am Euro wurde ja das Argument ins Feld geführt, er helfe den Frieden in Europa zu bewahren. Es wäre sicher schädlich, wenn der Euro den Zusammenhalt der Europäer stärkt, aber gleichzeitig die europäische Sicherheitspolitik nicht zustande kommt oder nur noch in den Händen der Amerikaner liegt. Das kann dem europäischen Gedanken nicht förderlich sein.

Also GASP auf immer eine Illusion oder nur eine Hoffnung? Ich würde mehr auf die Hoffnung setzen; aber dazu bedarf es erheblicher Anstrengungen.

Wir wollen uns jetzt explizit der NATO- und EU-Erweiterung zuwenden. Es ist schon erstaunlich, wie wir gehört haben, daß im Dokument 2000 der EU-Kommission die Vereinigten Staaten von Amerika nur mit einem Satz Erwähnung finden, daß man nämlich die Zusammenarbeit vertiefen wolle. Das ist schön und gut, aber nicht genug.

Ich will nur daran erinnern: Am Vorabend der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages fand im Weißen Haus ein Arbeitsessen statt, bei dem Dean Acheson und Präsident Truman die versammelten Außenminister aus Kanada und Westeuropa mit der schockierenden Nachricht konfrontierten, daß die Schaffung der atlantischen Allianz mit der Bedingung verbunden sei, "The German Reich", wie Truman sagte - offenbar hielt er die deutsche Teilung nicht für ewig;-, müßte früher oder später in das Bündnis, natürlich kontrolliert, und in eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen werden. Darüber würden die Vereinigten Staaten ihre schützende Hand halten. Es war die Zeit des Marshallplans und der Anbindung der Deutschen Mark an den Dollar.

Ohne diesen unsanften amerikanischen Druck wäre die europäische Integration wohl kaum vorangekommen. Damit war aber der Preis verbunden, daß die europäische Einigung ohne eigenständige politische und strategische Dimension blieb, weil die Amerikaner uns vierzig Jahre lang das "sabbatical", wie Max Kohnstamm sagte, garantierten, das uns half, die Integration aufzubauen, ohne die großen Fragen der Außenpolitik und der Souveränität zu entscheiden. Auch die europäische Einigung war also nicht umsonst zu haben.

Jetzt soll es um die Frage gehen: Wie hängen die beiden Erweiterungen, die nochmals tiefe Veränderungsprozesse mit sich bringen, und zwar für beide Organisationen, zusammen, welche Rolle werden die Vereinigten Staaten dabei spielen, und was ist das besondere westeuropäische Interesse an der NATO-Erweiterung? Dazu bitte ich zunächst Herrn Bolkestein um seine Stellungnahme.

### **Bolkestein**

Die NATO wäre nie gegründet worden, wenn wir im Jahre 1947 die gleiche Situation wie heute gehabt hätten. Das ist kein Argument für die Abschaffung der NATO, wohl aber gegen ihre Erweiterung, die ich für einen großen Fehler halte. Rußland stellt für Europa keine Herausforderung dar. Das mag sich in der Zukunft, in zehn oder zwanzig Jahren, ändern, aber jetzt ist es nicht der Fall. Wir wollen Rußland helfen, Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden, vielleicht sogar eine funktionierende Demokratie aufzubauen. Das würden wir gern sehen, aber es ist unsicher, ob das so schnell gelingen kann. Wir wollen also gute Beziehungen zu Rußland, gleichzeitig erweitern wir aber die NATO und tun so, als ob man beides gleichzeitig tun könnte. Das geht aber nicht; denn hier besteht ein innerer Widerspruch, und trotz aller Bemühungen der USA haben unsere Beziehungen zu Rußland gelitten.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Länder werfen, die der NATO beitreten wollen. Die geopolitische Situation Polens ist seit Jahrhunderten nicht so sicher gewesen. In der Tschechischen Republik und in Ungarn sind die Menschen zwar für einen Beitritt, wollen aber nicht dafür zahlen, und außerdem

fühlen sich diese Länder auch nicht bedroht. Die Länder, die sich bedroht fühlen, sind die drei baltischen Staaten, und eben diese dürfen nicht beitreten. Warum ist ihnen dies verwehrt? Weil, wie es heißt, ihre Fortschritte zu einer reifen Demokratie noch nicht weit genug gediehen sind und ihr politisches System noch nicht hinreichend gefestigt ist. Diese Gründe werden jedenfalls vorgegeben. Von Slowenien kann man das sicher nicht sagen, und trotzdem wird auch Slowenien der Beitritt verwehrt.

Frau Albright behauptet, eine erweiterte NATO werde eine Art von Korrektiv gegen die von ihr so genannten althergebrachten Gegensätze darstellen. Wenn das der Sinn ist, warum wird dann Rumänien nicht aufgenommen, um die Gegensätze zwischen Rumänien und Ungarn innerhalb der NATO zu regeln? Wenn es um überkommene Gegensätze geht, warum werden dann Israel und die palästinensischen Gebiete nicht aufgenommen, die doch auch einige uralte Gegensätze aufweisen?

Mit anderen Worten, diese Argumentation ist einfach nicht stichhaltig. Ich denke, wir alle kennen den wahren Grund, nämlich daß es sehr viele Amerikaner polnischer, ungarischer oder tschechischer Abstammung gibt, aber sehr viel weniger mit rumänischer, baltischer oder slowenischer Herkunft. Wir sind in dieser Sache innenpolitischen Erwägungen der Amerikaner ausgeliefert, und der kanadische Premierminister hat seine Meinung dazu sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie wir in der "Herald Tribune" lesen konnten.

Präsident Clinton hat während seines Wahlkampfes im Oktober letzten Jahres in Detroit eine Rede gehalten, die allen Journalisten in den USA klarmachte, daß der wahre Grund für die Nato-Erweiterung in der amerikanischen Innenpolitik liegt; denn Clinton benötigte die Stimmen der Wähler osteuropäischer Abstammung. Nur in Europa ist diese Erkenntnis noch nicht angekommen. Es gibt auch wenig öffentliche Diskussion darüber. Wir hatten eine Debatte dazu in unserem Parlament, weil ich einen Artikel darüber geschrieben hatte; bei der Debatte im britischen Parlament dagegen waren ganze sieben Abgeordnete anwesend. Diese Frage erregt also kaum das öffentliche Interesse, was ich sehr bedauerlich finde, weil ich es für ein äußerst wichtiges Thema halte.

Erlauben Sie mir noch eine Randbemerkung zu unseren Beziehungen zu den USA. Wir sehen, etwa am Beispiel der Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA im Falle Kubas, daß wir in hohem Maße von amerikanischen innenpolitischen Überlegungen beeinflußt werden, wenn auch nicht ausgeliefert sind, wie bei der NATO-Erweiterung. Der Kuba-Konflikt dreht sich letztlich um die fünfzig- oder hunderttausend exilkubanischen Wähler in Florida. Wir wissen nicht, was sich in der nächsten Zeit im Hinblick auf China oder den Nahen Osten ergeben wird. Aber diese starke Abhängigkeit Europas von innenpolitischen und wahltaktischen amerikanischen Erwägungen ist bedenklich.

Nun zur Europäischen Union: Wie weit sollte ihre geographische Ausdehnung reichen, und wie weit sollte sie in die Tiefe gehen, was die Inhalte europäischer Politik betrifft?

Zunächst zur Geographie. Ich meine, wir sollten weder die Türkei noch die Ukraine oder Rußland in die Europäische Union aufnehmen. Das ist ein langer Streit, und ich möchte Ihre Geduld nicht strapazieren, aber diese drei Länder liegen außerhalb der Hauptrichtung europäischer Geschichte. Man könnte hinzufügen, daß Länder wie Serbien, Rumänien und Bulgarien auch nicht zur Europäischen Union gehören sollten und daß die südöstliche Grenze der EU entlang den Grenzen des ehemaligen österreichisch-ungarischen Reiches verlaufen sollte, aber ich denke, so kann man heute nicht mehr argumentieren.

Man kann aber durchaus sagen, daß die Türkei, die Ukraine und ganz sicher Rußland nicht Mitglieder der Union werden sollten, weil die Europäische Union aus Ländern bestehen sollte, deren Geschichte und Traditionen gewisse Gemeinsamkeiten aufweisen. Ich meine damit die Renaissance, das Feudalsystem, die römische Form des Christentums, die Aufklärung, das Aufkommen der Demokratie und einige andere Dinge. Die eben erwähnten Länder haben das alles nicht. Griechenland übrigens auch nicht.

Ich habe vier Jahre lang als Wirtschaftsminister mit meinen Kollegen aus den anderen EU-Ländern in Brüssel verhandelt. Alle Länder argumentieren in der gleichen Art und Weise - hart gegeneinander, aber doch auf derselben Wellenlänge, wenn auch in unterschiedlichem Takt. Alle, außer die Griechen. Da haben wir einen Fehler gemacht. Aber das ist Geschichte, und wir können nichts daran ändern.

Noch eine Bemerkung zu dem, was ich hartnäckige Diplomatie nenne. Wenn ich mir ansehe, was sich in den letzten zehn Jahren in Europa getan hat, dann habe ich den Eindruck, daß unsere Minister schlecht gerüstet sind, hartnäckiger Diplomatie zu widerstehen. So haben wir der Diplomatie der Italiener nichts entgegenzusetzen; denn in Hinblick auf den Euro haben uns die Italiener in der Tasche, und wir können nichts dagegen tun.

Ein zweites Beispiel dafür ist Griechenland und Schengen. Wir stehen kurz davor, Griechenland dem Schengener Abkommen beitreten zu lassen. Nun können Sie sagen, das wurde schon auf dem Amsterdamer Gipfel beschlossen; denn Schengen ist ein Teil der Union, und wir haben daher grundsätzlich akzeptiert, daß Griechenland Schengen beitrifft. Als handelnder Politiker steht man dann vor einer Entscheidung, und die fiel zufällig zusammen mit einem Besuch unserer Königin in Griechenland. Wir mußten also entscheiden; denn sonst hätte es atmosphärische Störungen beim königlichen Besuch gegeben. Es gibt noch eine ganze Reihe ähnlicher Dinge, die in die gleiche Richtung gehen. In der Praxis schaffen wir es jedenfalls nicht, solch hartnäckiger Diplomatie zu widerstehen.

Als drittes Beispiel möchte ich die Türkei und die EU anführen. Irgendwelche schlecht beratenen Politiker haben in den sechziger Jahren gesagt, die Türkei habe Aussichten, der EU beizutreten, und seitdem bestehen die Türken darauf. Jetzt stehen wir vor der Konferenz über die zukünftigen EU-Beitrittskandidaten. Ich fürchte, daß die Türkei daran teilnehmen wird, weil wir wieder einmal der hartnäckigen Diplomatie wenig entgegenzusetzen haben.

Mein letztes Beispiel bezieht sich auf Rumänien und die NATO. Die Rumänen bestehen darauf, der NATO beizutreten. Wegen des amerikanischen und des britischen Widerstandes wird es dazu nicht kommen, und das ist auch gut so. Aber weil es ihnen zugesagt wurde, werden sie zum Konvoi zukünftiger NATO-Mitglieder gehören. Wenn wir so weitermachen, wird die NATO ihre Effizienz verlieren, was sehr bedauerlich wäre, denn wir brauchen sie dringend für "Out-of-area"-Einsätze.

### **Stürmer**

Herr Bolkestein, vielen Dank für Ihren Beitrag, der sicherlich kein Lehrstück der "political correctness" war.

### **Calleo**

Ich möchte von einem akademischen Recht Gebrauch machen, Ihnen einige Ideen frei vorzutragen, ohne die möglichen Konsequenzen dabei berücksichtigen zu müssen.

Ich wurde gebeten darzulegen, wie die Erweiterung der Europäischen Union in den USA gesehen wird. Wie Marten van Heuven sagte, sind amerikanische Beobachter der europäischen Szene einigermaßen besorgt über das langsame Tempo der Erweiterung. Ich würde sogar noch weiter gehen und behaupten, daß zunehmend der Eindruck entsteht, die Erweiterung werde überhaupt nicht stattfinden. Wir alle kennen die Gründe dafür. Wenn die Leute sich über die enormen Kosten der Erweiterung klarwerden, fragen sie sich, wo das Geld dafür herkommen soll. Eben darüber haben die Europäer zweifellos auch nachgedacht, aber die rhetorische Verpflichtung zur Erweiterung, die sie eingegangen sind, wirkt offensichtlich sehr stark. Dahinter steht das eindringliche moralische Argument, hier müsse historisches Unrecht wiedergutmacht werden. Diese Argumentation ist besonders in Deutschland zu hören, was es schwierig macht, die Kostenfrage ernsthaft zu diskutieren.

Die Kosten sind von verschiedener Art. So wird die Erweiterung die Regierungs- und Verwaltungsstrukturen der EU erheblich schwerfälliger machen. Es ist schon schwierig genug, in einer Union von fünfzehn Mitgliedsstaaten Entscheidungen zustande zu bringen; aber bei fünfundzwanzig Mitgliedern wird das schlicht unmöglich. Die EU kann nicht wie eine neue EFTA regiert werden, auch wenn die Briten dies wüssten. Die heutige EU fühlt sich neben dem einfachen Freihandel allen möglichen anderen Zielen verpflichtet, Zielen, die eine gewisse Konvergenz der Volkswirtschaften und der Institutionen erfordern. Diese Notwendigkeiten von Konvergenz und Reform macht die Erweiterung so schwierig.

In der Vergangenheit verfolgte die EU eine Strategie der Erweiterung, die man eher als Anhebung denn als Senkung des Niveaus bezeichnen könnte. Das heißt, den neuen Mitgliedern wurde der "acquis communautaire" auferlegt, beispielsweise, was die Umweltregulative oder Arbeitsmarktstandards angeht. Die Gewerkschaften in den alten Mitgliedsländern tun natürlich alles, um das Lohnniveau in den neuen Ländern auf EU-Standard zu bringen, und zwar aus durchaus verständlichen Gründen, um nämlich Arbeitsplätze in den alten Ländern zu erhalten.

Die Übernahme des "acquis" führt zweifellos zu Verbesserungen in den Beitrittsländern. Es kann ihnen allerdings auch einen natürlichen Vorteil nehmen, nämlich ihre Armut. Das gilt natürlich nicht für Österreich und die anderen kürzlich Hinzugekommenen, aber es wird mit Sicherheit bei Osteuropa der Fall sein. Die ärmeren Beitrittsländer für die Übernahme des "acquis communautaire" zu entschädigen, kann sehr teuer werden. Die immensen Kosten der Eingliederung Ostdeutschlands in

die Bundesrepublik geben ein anschauliches Beispiel, wie hoch die Kosten für die reicheren alten Mitglieder werden können, wenn die neuen armen Mitglieder den "acquis" übernehmen.

Die Kosten der Erweiterung wirken also sehr ernüchternd, und daher rührt auch die amerikanische Skepsis, ob die Erweiterung tatsächlich stattfinden wird. Dafür könnte man noch weitere Belege anführen. Man weiß zum Beispiel, daß in Polen etwa ein Viertel aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig ist, und man fragt sich, wie eine derartige Größenordnung an die EU herangeführt werden kann und zu welchen sozialen und politischen Konsequenzen eine schnelle Anpassung führen wird. In Frankreich gab es nach dem Zweiten Weltkrieg eine ähnliche Entwicklung, und obwohl der Wandel über mehrere Generationen stattfand, löste er erhebliche soziale Unruhen aus.

Gewiß, die Europäische Union soll reformiert werden, damit die Integration der östlichen Länder weniger dramatisch vor sich gehen kann. So wird vorgeschlagen, bei Abstimmungen im Rat die föderalen Elemente zu stärken. Aber die Gründe, warum das nationale Veto über Jahrzehnte Bestand hatte, lassen sich gut nachvollziehen, und es ist nicht zu erkennen, daß diese Gründe jetzt weniger wirksam sind. Ähnlich verhält es sich mit der beabsichtigten Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Auch dieses ist ein bekanntes Ziel, das aber seit langem von mächtigen Interessengruppen blockiert wird, die heute so einflußreich sind wie eh und je.

Es gibt die alten föderalen Erwartungen, das Europäische Parlament werde eine Art europäisches Nationalparlament werden. Zweifellos gibt es Leute, die dies mit Überzeugung vertreten können. Ich gehöre nicht dazu. Mein Eindruck ist, daß die Europäische Union eine bemerkenswert kreative und erfolgreiche Institution ist, aber ihrem politischen Wesen nach ist sie eine Konföderation und wird dies immer bleiben, auch wenn Administration und Rechtsprechung der EU wichtige föderale Elemente beinhalten.

Natürlich kann niemand genau sagen, was bei den Reformbemühungen herauskommen wird, aber Sie werden die Gründe für eine gewisse Skepsis auf der anderen Seite des Atlantiks im Hinblick auf schnelle oder nachhaltige Fortschritte sicher verstehen. Wenn es tatsächlich zu einer Erweiterung der Europäischen Union kommt, wird es sehr schwierig werden, eine Union mit fünfundzwanzig gleichberechtigten Ländern zu führen, die alle hart über die gemeinsame Politik verhandeln. Ein Land, das sich in einem raschen Transformationsprozeß befindet, dazu zu bringen, sich freiwillig die gleichen Inflationsstandards aufzuerlegen wie Deutschland oder Frankreich, wird nicht einfach sein. Wenn es dennoch gelingt, wird dies vermutlich nicht ganz freiwillig vor sich gehen. Die Entscheidungsstrukturen einer erweiterten EU werden zwangsläufig "imperial" werden - oder sie brechen zusammen. Eine erweiterte EU braucht einen starken Kern mit abgestimmten Leitlinien, die sie den anderen aufdrängen kann. Wie die Europäische Union einen solchen Kern zustande bringen kann, der Politik im gemeinschaftlichen Interesse ermöglicht und sie in einer annehmbaren Form vermittelt, ist zweifellos eine große politische Herausforderung.

Solche vormundschaftlichen Beziehungen lassen sich natürlich leichter verkaufen, wenn man sie technokratisch statt politisch verkleidet. Zum Beispiel scheint die Europäische Währungsunion ein eher akzeptierter Weg zu sein, eine solche Disziplinierung zu erreichen; denn einer technokratisch festgelegten Geldpolitik stimmen alle vernünftigen Menschen zu. Den "Marktkräften" fällt eine derartige Disziplinierung offensichtlich leichter; denn dann kann man sagen, dagegen ist nichts zu machen. Aber wenn die Union sich erweitern will und zugleich zusammenhalten soll, kommt man um zentralistische Disziplinierungen nicht herum. Ich bin sehr gespannt, wie das geschehen wird.

Skeptische Amerikaner unterstellen häufig, daß die Europäer die NATO-Erweiterung als Kompensation für die EU-Erweiterung ansehen. Anscheinend stimmen alle darin überein, daß für Osteuropa etwas getan werden muß. Es wird eine starke moralische Verpflichtung empfunden, diese Länder auf die eine oder andere Weise im Westen willkommen zu heißen. Aber angesichts der praktischen Probleme bei der EU-Erweiterung wird unterstellt, daß die Europäer die Willkommensfunktion sehr gern der NATO zudenken würden. Das Problem ist nur, daß auch die NATO nicht nur eine rein symbolische Gemeinschaft ist. Auch die NATO-Erweiterung bringt ihre eigenen praktischen Probleme mit sich. Tatsächlich wird die NATO-Erweiterung in weiten Teilen der intellektuellen Kreise, die sich in den USA mit außenpolitischen Fragen beschäftigen, nicht gerade mit Enthusiasmus begrüßt. Sicher, es gibt einige bemerkenswerte Ausnahmen wie Kissinger und Brzezinski zum Beispiel und auch einige Experten der RAND Corporation.

Es ist aber kein großes Geheimnis, daß außenpolitische amerikanische Experten, die nicht in der Regierung sind, die NATO-Erweiterung mit erheblicher Skepsis betrachten. Eine Reihe von Gründen ist schon erwähnt worden. Ich möchte sie kurz noch einmal nennen. Viele meinen, die NATO-Erweiterung sei eine unfaire Behandlung der Russen. Sie sehen dadurch jene Versprechen verletzt, die man zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung gemacht hat. Natürlich kann man



einwenden, dies seien keine wirklichen Versprechen gewesen, weil die Russen es versäumt haben, bestimmte Garantien sicherzustellen und so weiter. Aber viele außenpolitische Experten fragen sich, ob eine solche Argumentation ein erfolgversprechender Weg ist, um langfristig kooperative Beziehungen mit dem neuen Rußland aufzubauen.

Statt dessen meinen viele, mit der Erweiterung der NATO zur Sicherung Osteuropas werde eine große Gelegenheit verpaßt, einen äußerst wirksamen Mythos zu schaffen, eine edle Lüge, die den west- und osteuropäischen Sicherheitsinteressen dienlicher wäre als jede Erweiterung der NATO. Dieser Mythos besagt, daß die Russen, als sie sich selbst von der Tyrannei des sowjetischen Systems befreiten und damit über ihre eigene schreckliche Geschichte triumphierten, gleichzeitig ganz Osteuropa mit befreit haben. Wie jeder gute Mythos ist auch dieser teilweise wahr. Sein Wert besteht darin, daß er das Ende des Sowjetimperiums nicht als demütigende Niederlage darstellt, sondern als großartigen Sieg des "guten" Rußland über das "schlechte" Rußland. Die NATO-Erweiterung dagegen legt den Russen eine ganz andere Interpretation nahe, daß sie nämlich den kalten Krieg verloren haben und wir jetzt die Früchte ernten, indem wir die westliche Militärmacht weit in ihren ehemaligen Einflußbereich hinein erweitern und sie nichts dagegen tun können. Dieser Weg könnte für die Zukunft Konflikte vorprogrammieren.

Rußland bleibt eine atomare Supermacht, und es ist anzunehmen, daß es in absehbarer Zeit seine konventionelle Stärke wiedererlangt. Wirkliche Sicherheit für das übrige Osteuropa hängt davon ab, ob die Russen inzwischen die Auflösung ihres alten Reiches als etwas akzeptieren, mit dem sie leben können, auf das sie sogar stolz sind, oder ob sie dies als eine Niederlage ansehen, die gerächt werden muß. Um letzterem vorzubeugen, muß der Westen zweifellos seine militärischen Strukturen beibehalten, aber er muß auch alles tun, um das Entstehen eines Revanchismus in Rußland zu verhindern. Die NATO-Erweiterung dürfte beide Gebote verletzen. Damit vertun wir eine große Gelegenheit, um die Russen zu versöhnen, und gleichzeitig wird dadurch die westliche Allianz geschwächt.

Die Gegnerschaft der Russen wird noch erheblich gesteigert durch die Tatsache, daß die NATO-Erweiterung nicht abgeschlossen ist. Es ist eine Sache, Polen und die ehemaligen österreichischen Kronländer aufzunehmen, weil diese schon immer Teil des Westens waren und wir auf diese Weise Stalins brutale Verzerrung der Geschichte rückgängig machen. Aber damit will sich unsere offizielle Politik offenbar nicht zufrieden geben. Im Gegenteil, wir sprechen ständig davon, auch die baltischen Staaten und die Ukraine anzuschließen. Inzwischen scheint es sogar ein erstaunlich großes Interesse des amerikanischen Militärs an Mittelasien zu geben. Es ist schwer vorstellbar, daß die Russen ein solches Ausmaß aggressiven Eindringens gnädig hinnehmen - so wenig wie anzunehmen ist, daß irgendeine Großmacht so etwas akzeptieren würde. Wie die Franzosen damals im Falle von Elsaß-Lothringen mögen sie im Augenblick wenig dazu sagen, aber sie werden es in keiner Weise vergessen.

Unter solchen Bedingungen scheinen die NATO-Garantien eine recht schwache Grundlage für die Sicherheit der neuen östlichen Mitglieder Westeuropas. Solange die Russen nicht selbst ihren Verzicht auf das Imperium anerkennen, ist die Verpflichtung, die territoriale Integrität Polens zu verteidigen, aber die Ukraine und die baltischen Staaten allein zu lassen, nicht eben glaubwürdig, wenn es zu einem ernsthaften Wiedererstarken der russischen Militärmacht kommen sollte. Die Logik der nuklearen Abschreckung beruht ja darauf, wenn man es mit einem Gegner zu tun hat, dessen strategische Kapazitäten ihn in die Lage versetzen, uns selbst genauso schnell zu zerstören wie wir ihn, daß man dann auf konventionelle Optionen zurückgreift.

Das war die Situation für die NATO während des kalten Krieges. Dabei mußten wir feststellen, daß solche konventionellen Optionen sehr kostspielig sind, besonders für die Amerikaner, deren Streitkräfte durch territoriale Verpflichtungen gebunden sind und an weit entfernten Standorten unterhalten werden müssen. Laut Informationen aus dem Pentagon haben wir gegen Ende des kalten Krieges die Hälfte unseres Verteidigungsbudgets - etwa einhundertfünfzig Milliarden Dollar pro Jahr - für die US-Streitkräfte in unserem NATO-Engagement ausgegeben.

Das gleiche könnte sich wiederholen, wenn es zu einer wirklichen russischen Bedrohung gegenüber den neuen Ländern, die in die NATO aufgenommen werden sollen, kommt. Die militärischen Erfordernisse für eine ernstzunehmende konventionelle Verteidigung einer erweiterten NATO dürften erheblich sein verglichen mit denen während des kalten Krieges. Es hat nicht den Anschein, daß irgend jemand, der auf amerikanischer Seite Politik macht, darüber nachgedacht hat. Dazu heißt es lediglich, das sei unwichtig; denn die Russen seien schwach. Wenn sie aber so schwach sind, warum soll sich die Allianz dann derart erweitern und damit das große Risiko eingehen, eben jene Bedrohung zu schaffen, die die Erweiterung gerade verhindern soll.

Derartige Überlegungen lassen befürchten, daß die Vereinigten Staaten sich in ihrer Politik derzeit in einer recht törichten Phase befinden. Wir sehen uns keiner unmittelbaren und tatsächlichen Bedrohung mehr ausgesetzt mit dem Ergebnis, daß wir in erheblichem Maße für Hybris anfällig sind. Wir erzeugen Bedrohungen durch unsere eigenen Aktivitäten. Derartige Tendenzen werden durch den Glauben gestärkt, unsere Militärmacht sei jetzt von einer solch überwältigenden Überlegenheit - aus technischen Gründen;- , daß wir uns um irgendwelche konventionelle Bedrohung keinerlei Gedanken machen müssen.

Dies ist eine Ansicht, die man in der Geschichte oft antrifft, und das führt dann fast unvermeidlich zu Schwierigkeiten.

Es ist auch zu befürchten, daß die NATO-Erweiterung das ursprüngliche Ziel der Allianz schwächt, nämlich Westeuropa gegen eine wiedererstarke russische Macht zu verteidigen. Manch einer, der sich an die strategische Sinnsuche während des kalten Krieges erinnert, findet es unvorstellbar, daß die USA einen Nuklearkrieg beginnen würden, um die polnischen Grenzen zu verteidigen. Mit anderen Worten, sie glauben nicht, daß die im Artikel 5 verankerten Garantien, die ja schon zu Zeiten des kalten Krieges mehrdeutig waren, für die neuen Mitglieder ernsthaft zum Tragen kommen können. Wenn Artikel 5 aber für die neuen Mitglieder inhaltsleer wird, dann, so befürchten viele, wird er auch für die alten Mitglieder nichts mehr wert sein. Was seinerzeit dem Artikel 5 seine Glaubwürdigkeit verlieh, war die Präsenz von 400 000 amerikanischen Soldaten in Europa. Aber selbst damals, wie Sie alle erinnern werden, war es nicht wirklich sicher, ob die Vereinigten Staaten ihrer apokalyptischen Verpflichtung je nachkommen würden.

Die Befürchtung, die Erweiterung könne die alte NATO zerstören, wird wieder geweckt durch die neue Rolle, die Rußland bei der Erweiterung zugeordnet ist. Das ist vor allem das Ergebnis der Bemühungen der NATO-Bürokratie, sich von einer Allianz der kollektiven Sicherheit, deren Grundlage die Verteidigung einer begrenzten Mitgliedschaft ist, zu einem allgemeinen Sicherheitsgremium für Europa und darüber hinaus zu wandeln. Je mehr die NATO diese Rolle übernimmt, desto mehr werden die Russen einbezogen, zumindest durch die Hintertür; denn die Zusammenarbeit mit ihnen ist auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Zentralasien und anderswo unverzichtbar. Überall wo die USA, die großen europäischen Staaten und Rußland miteinander reden, liegt das eigentliche Zentrum der Allianz-Politik. Man kann natürlich der Meinung sein, eine solche Umwandlung der NATO in eine Art OSZE mit starker operativer Ausrichtung sei genau das, was wir brauchen. Daß wir mehr oder weniger durch Zufall dahin gekommen sind, erscheint gewissermaßen als List der Vernunft. Leute, denen es vornehmlich darauf ankommt, die bürokratischen Strukturen zu erhalten, die ihnen so vertraut waren, schufen unbeabsichtigt die neue Sicherheitsstruktur, die dringend notwendig ist. In diesem Prozeß hat jedoch Westeuropa sein Bündnis mit den USA verloren. Vielleicht ist es gar nicht so schlimm, aber das war es wohl nicht, was viele deutsche Befürworter der NATO-Erweiterung beabsichtigt hatten.

Daß Dinge ungewollt geschehen, scheint für die gegenwärtige außenpolitische Strategie der USA charakteristisch zu sein, und nicht alles entwickelt sich so harmlos wie die vermeintliche Transformation der NATO. Man kann beispielsweise der Meinung sein, daß gewisse "geopolitische Dissonanzen" gegenwärtig die amerikanische Politik gegenüber Europa und Asien auszeichnen. In Asien spielen wir gezwungenermaßen eine zentrale militärische Rolle als Gegengewicht zu den Chinesen, was kein anderer übernehmen kann. Die einzige Alternative wäre Japan als Atommacht, was nirgendwo auf große Begeisterung stößt, auch bei den Japanern nicht. Aber ein nichtnukleares Japan drängt die Amerikaner in eine asiatische Rolle hinein. Da die Chinesen dabei sind, ihr nukleares Potential aufzubauen, kann man die gleiche strategische Entwicklung erwarten wie in Europa während des kalten Krieges. Die USA werden nachdrücklich nach konventionellen Optionen Ausschau halten. Das heißt Verbündete, Lastenverteilung und so weiter.

Wer käme als Partner in Frage? Indien ist von China durch eine hohe Bergkette getrennt, und Japan wird kaum die gleiche Rolle für die USA spielen können wie Deutschland während des kalten Krieges, nämlich als zuverlässiger nichtnuklearer Partner, der einen Großteil der konventionellen Streitkräfte stellt. Die Japaner werden sich kaum voll und ganz einer Allianz gegen China verschreiben. Es bleibt Rußland, dessen riesige Territorien in Sibirien und Zentralasien es zu Chinas natürlichem Gegenspieler macht. Unter diesen Umständen leuchtet es nicht ein, warum die USA eine Politik verfolgen sollten, die in Europa zu einer Entfremdung mit Rußland führt, während sie Rußland in Asien als Partner benötigen. Mit anderen Worten, die durch die NATO-Erweiterung ausgelöste Entfremdung mit Rußland kann nicht nur dazu führen, daß unsere Verpflichtungen in Europa unnötig erschwert werden, sondern sie kompliziert auch unsere ohnehin schon erheblichen Verpflichtungen in Asien.

Schließlich ist diese militärische Doppelaufgabe schon gar nicht vereinbar mit der amerikanischen Budgetpolitik, die bis zum Jahr 2000 weitere Einschnitte in den Verteidigungsausgaben vorsieht. Dieser Widerspruch ist nicht leichtzunehmen. Der Abbau unseres Haushaltsdefizits gilt weithin als die bedeutendste amerikanische Leistung der neunziger Jahre. Zwei wichtige Entwicklungen haben uns dabei geholfen: Zum einen die; drastische Reduzierung der Verteidigungsausgaben - um immerhin etwa einhundert Milliarden Dollar pro Jahr;- , zum anderen die Geldpolitik. Die steigenden Kosten unserer Schuldenfinanzierung waren bisher der am schnellsten wachsende Posten in unserem Budget. Durch die niedrigen Zinsen in den letzten Jahren sind diese Kosten jedoch über die neunziger Jahre hinweg gleichgeblieben, trotz einer tatsächlichen Zunahme der staatlichen Gesamtverschuldung um etwa 1,5 Billionen Dollar zwischen 1992 und 1998.

Kurz gesagt, wir haben eine Glückssträhne erwischt - nicht ganz unverdient nach den harten Zeiten des kalten Krieges. Ein Blick in die Zukunft läßt jedoch befürchten, daß durch die Chinesen und die NATO-Erweiterung die Kürzung der Militärausgaben wieder rückgängig gemacht wird, während gleichzeitig der Euro die billige Finanzierung unserer Staatsschulden beenden könnte.

Unter diesen Bedingungen erscheint eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik für Europa dringlicher, als viele Europäer glauben wollen. Es ist unrealistisch zu meinen, die Amerikaner würden sich für alle Ewigkeit und auf eine den Europäern genehme Weise der europäischen Sicherheitsprobleme annehmen. Noch unrealistischer ist die stillschweigende Annahme, die Europäer brauchten keine allzu großen Fortschritte in Richtung auf eine GASP zu machen, weil das den Amerikanern mißfallen oder ihnen dies einen Grund liefern könnte, sich zurückzuziehen. Diese Strategie, durch Schwäche zu manipulieren, ist weder den Amerikanern noch den Europäern dienlich. Wie Marten van Heuven sagte, liegt ein starkes Europa in unserem ureigensten Interesse. Auf lange Sicht ist unser Wohlergehen als Nation eng mit einem starken Europa verbunden, das in der Lage ist, seinen eigenen Platz in der Welt einzunehmen - ein zuverlässiger Partner und nicht in kostenträchtiger Abhängigkeit. Vielleicht erweist es sich, daß der höchste Preis, den wir alle für die NATO-Erweiterung zu zahlen haben, die bequeme Annahme ist, die die Europäer in dem Glauben läßt, sie brauchten keine wirksame GASP, weil die Amerikaner ihre Interessen schon wie bisher wahrnehmen werden.

### **Kadar**

Nachdem so über die Erweiterung hergezogen wurde, wird es mir ein Vergnügen sein, die andere Seite der Medaille zu betrachten und Ihnen die Situation aus der Perspektive derer darzustellen, die die Erweiterung nicht für einen schrecklichen Fehler halten.

Vielleicht sollte ich das auch aus einem anderen Blickwinkel tun und von der veränderten militärischen Sicherheitslage oder der veränderten Sicherheitslage überhaupt ausgehen. Das Feindbild hat sich verändert, und heute ist, Gott sei Dank, nicht mehr die nukleare Konfrontation und auch nicht mehr die militärische Konfrontation die Hauptbedrohung. Neue Bedrohungen sind aufgetaucht wie das organisierte Verbrechen, Drogenhandel, illegale Einwanderung, soziale Instabilität und Umweltschäden. Dies sind heute die wichtigsten Sicherheitsprobleme in unserer gar nicht so schönen neuen Welt.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Gefahren müssen nach meiner Vorstellung die grundlegenden Ziele der Sicherheitspolitik umfassend, gemeinsam und kosteneffizient sein. Umfassend, weil nicht nur die militärische, sondern darin auch soziale, umweltpolitische und rechtsstaatliche Dimensionen einbezogen werden müssen. Gemeinsam, weil sie eine möglichst große Zahl von Ländern in fester Zusammenarbeit vereinen muß. Schließlich kosteneffizient, worunter die Ökonomen das Wirtschaftlichkeitsprinzip verstehen: Je größer das Sicherheitsgebiet desto geringer die spezifischen Kosten.

Hier wurde in Frage gestellt, ob die Erweiterung wirklich sinnvoll sei. Nun kommen die neuen NATO-Beitrittskandidaten ja nicht mit leeren Händen, sondern bringen eine Mitgift ein. Nach ihrem Beitritt werden sie die Außenverteidigung der NATO-Grenzen übernehmen. Ihre Aufgabe bedeutet einen Ausbau des sicheren Hauses Europa. Die Zone der Sicherheit und Stabilität in Europa wird noch größer werden. Das ist doch eine beachtliche logistische Mitgift.

So war zum Beispiel Ungarn die Basis für die südliche Armeegruppe der Sowjetunion, und die zurückgelassene logistische und strukturelle Hardware kann sehr leicht auf den neuesten Stand gebracht werden. Viele Experten haben in letzter Zeit daraufhingewiesen, daß vom Balkan und dem von Mittelasien bis in den Mittelmeerraum reichenden tektonischen Graben in Zukunft ein Sicherheitsrisiko ausgehen wird. Wir haben zum Beispiel in Ungarn einen der größten europäischen Flughäfen, den die NATO während der Bosnien-Krise gern genutzt hat. Diese logistische Mitgift kann für die Erfordernisse moderner Sicherheitspolitik eingesetzt werden, zum Beispiel als Frühwarnsystem

bei aufkommenden Krisen oder bei Operationen zur Krisenvermeidung und für Konfliktmanagement, vielleicht sogar für Einsätze nach Beendigung eines Konflikts. Das sind einige Vorteile einer NATO-Erweiterung.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß die Mentalität des kalten Krieges in der Russischen Föderation bis jetzt noch nicht überwunden ist. Kalte Krieger sterben nicht, einige von ihnen sind noch nicht einmal von der Bildfläche verschwunden. Selbst wenn im Augenblick keine aktuelle Bedrohung besteht - wer weiß, wie es in zehn oder fünfzehn Jahren aussieht.

Hier war die Rede von den exorbitanten Kosten der Erweiterung, die die Tschechen, Ungarn und Polen nicht bezahlen wollen. Das stimmt einfach nicht. Ungarn hat als einziges Land in der Region eine Volksbefragung abgehalten, die 85 Prozent Zustimmung für eine NATO-Erweiterung erbrachte. Wir haben der NATO gerade eine Absichtserklärung überreicht, in der wir bestätigen, daß Ungarn allen aus der NATO-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen nachkommen wird, einschließlich der finanziellen Verpflichtungen. Das würde im übrigen lediglich eine Erhöhung des Militärhaushalts um etwa ein halbes Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts bedeuten. Kürzliche Kostenschätzungen der NATO-Erweiterung für die jetzigen Mitgliedsländer sind drastisch zurückgeschnitten worden.

Um auf die Frage von Herrn Stürmer zu antworten: Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen der NATO- und der EU-Mitgliedschaft; denn die NATO-Mitgliedschaft bildet das Sicherheitsrückgrat der EU-Erweiterung, wie umgekehrt die EU-Mitgliedschaft das wirtschaftliche Rückgrat der NATO-Mitgliedschaft ist. Das eine sorgt für zusätzliche Sicherheit und das andere für zusätzliche Dynamik. Beides hängt eng zusammen.

Nun zur EU-Mitgliedschaft. Vorhin wurde auch von den enormen Kosten der EU-Erweiterung gesprochen. Die Agenda 2000 geht in ihren Kapiteln über finanzielle Fragen auf die Kosten der Erweiterung ein. Danach werden die vor dem Beitritt entstehenden Kosten auf wenig mehr als zwei Prozent des EU-Budgets im Jahr 2006 beziffert. Kann man da von "enormen Kosten" sprechen? Wenn alle zehn assoziierten Länder bis zum Jahr 2006 Mitglieder würden, wären das weniger als zwei Promille des Bruttoinlandsprodukts der EU. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß im Jahr 2006 mehr als drei oder vier Länder tatsächlich Mitglieder sein werden. Da eine Obergrenze von vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Beitrittsländer festgesetzt ist, um an den Strukturfonds teilzuhaben, bedeutet das, daß die Beitrittskosten für Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland kaum mehr als ein Promille des europäischen Bruttosozialprodukts betragen werden. Ich weiß nicht, wie da jemand sagen kann, die Kosten der Erweiterung können nicht getragen werden.

Dabei wird ebenfalls die Mitgift unterschätzt, die die EU durch die Erweiterung erhält. Erweiterung bedeutet auch eine Ausdehnung der Märkte, der Export- wie der Kapitalmärkte. Die EU hat in den letzten fünf Jahren einen großen Exportüberschuß gegenüber den assoziierten Ländern gehabt. Die Erweiterung stärkt aber nicht nur die europäische Stabilität, sondern sie erlaubt auch den Zugang zu den wissenschaftlichen und personellen Ressourcen der assoziierten Länder, was sich ganz sicher positiv auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder auswirken wird.

Schließlich noch eine Bemerkung zu der Befürchtung, die Erweiterung könnte Rußland abschrecken, das doch der vielversprechendste Partner der US A in Asien sei. China wird in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren kein globaler Mitspieler sein, allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt. Aber bis dahin werden die Russen alle Kosten und Probleme der Erweiterung vergessen haben.

#### **von der Gablentz**

Ich teile die Meinung von Herrn Bolkestein, daß die NATO-Erweiterung im Grunde ein Fehler ist. Worauf es vielmehr ankäme, wäre, den ganzen europäischen Kontinent sicherheitspolitisch zu organisieren und dabei insbesondere Rußland und die Ukraine mit einzubeziehen - zwei Länder, die für einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union sicher nicht in Frage kommen.

Die NATO-Erweiterung halte ich aus zwei Gründen für falsch. Den einen Grund hat Frits Bolkestein genannt: Sie schafft mehr Probleme, als sie löst. Natürlich verstehe ich das Sicherheitsbedürfnis der ost- und mitteleuropäischen Länder, nicht zuletzt aus historischen Gründen. Es steht mir nicht an, dies nicht zu respektieren. Aber Amerikaner und Europäer hätten sich besser um andere Lösungen bemühen sollen, um diesen Besorgnissen Rechnung zu tragen.

Ich meine - und das ist der zweite Grund;-, daß wir mit der NATO-Erweiterung den Weg der Vergangenheit wählen, um eine Aufgabe der Zukunft zu lösen. Wir brauchen neue politische Organisationsformen, vor allem im Umgang mit Rußland.

Wer von der NATO-Erweiterung tatsächlich profitiert, das sind die Vertreter traditioneller Außen- und Machtpolitik in Rußland, zum Beispiel der kluge Außenminister Primakow. Für ihn ist die ganze Debatte um die NATO-Erweiterung ein gefundenes Fressen; denn damit konnte er der russischen Bevölkerung weiter einreden, die alte Machtpolitik, das Streben nach Großmacht-Status, sei auch für die Zukunft gültig.

Um an Max Kohnstamm anzuknüpfen: Was wir in Zukunft brauchen, ist eine gestaltende Außenpolitik, die - so wie es die Europäische Union handhabt - Außen- und Wirtschaftspolitik, etwa in Richtung Welthandelsorganisation, eng miteinander verknüpft. Außenpolitik sollte darüber hinaus der gegenseitigen Durchdringung der Gesellschaften dienen ich denke an Instrumente wie Tacis oder Phare;- , um den friedlichen Wandel in anderen Ländern zu befördern. Dabei geht es um eine Politik der bewußten und von beiden Seiten gewollten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Staaten. Darauf sollten wir uns in der Europäischen Union konzentrieren. Das ist unsere Stärke, und dafür haben wir viele Instrumente entwickelt.

Was die Erweiterung der EU angeht, stimme ich mit denen überein, die sagen, es gehe letztlich nicht um eine Erweiterung, sondern um den Aufbau eines neuen Europas mit nahezu 500 Millionen Menschen. Meine große Sorge ist, daß die kommenden Verhandlungen so angelegt sind, als sollten sie zum Beitritt zu einem geschlossenen Club führen. Das halte ich für eine falsche Perspektive.

Die Themen der Beitrittsverhandlungen behandeln im wesentlichen Probleme der Vergangenheit. Die Agrarpolitik ist dafür das beste Beispiel. Der "acquis communautaire" ist ja ein Begriff vergangener Politik, der die neuen Gestaltungsaufgaben nicht umfaßt, die auf die EU zusammen mit den Beitrittsstaaten zukommen.

Mein Vorschlag ist deshalb: Sollte nicht parallel zu den Beitrittsverhandlungen, die sich primär auf die Probleme der Vergangenheit konzentrieren, ein zweites Forum gebildet werden, um von Anfang an mit allen Beitrittskandidaten intensive Gespräche auf hoher politischer Ebene zu führen über die Probleme, die wir beim Aufbau eines größeren Europas gemeinsam zu lösen haben? Ich denke zum Beispiel an die heute mit Recht so oft beschworene "Wissensgesellschaft" und den Aufbau einer "learning society". Viele Probleme der modernen Gesellschaft lassen sich nur lösen, wenn wir in unserer Bildung und Ausbildung völlig neue Strukturen schaffen. Mit solchen Fragen hat sich die Europäische Union bisher nur in Form von einigen unverbindlichen Weißbüchern beschäftigt. An einem solchen Forum über brennende Fragen der Zukunft Europas müßten führende Politiker und Fachleute aus allen Beitrittsländern beteiligt werden mit voller Unterstützung des Europäischen Rates. Es würde die Zukunftskompetenz Europas beweisen und die schwierigen Beitrittsverhandlungen politisch annehmbarer machen.

## Reiter

Es irritiert mich nach wie vor, wenn argumentiert wird, die Erweiterung der NATO sei keine Politik der Zukunft, sondern der Vergangenheit. Das ärgert mich besonders, wenn dieses Argument von deutscher Seite vorgebracht wird. Ich will ganz offen sagen: Die Deutschen hatten 1989/90 die große Chance, eine Politik der Zukunft vorzuexerzieren. Sie hätten damals sagen können: Wir treten aus der NATO aus; da spielt nur die Melodie der Vergangenheit; wir treten für ein neutrales Deutschland ein und beginnen den Aufbau eines Europas ohne Bündnisse, ohne Blöcke. Sie sind damals ganz bewußt den anderen Weg gegangen, was ich nachhaltig begrüßt habe. Auch in den Erinnerungen von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher ist klar und deutlich nachzulesen, daß sie die sowjetischen Vorschläge, die in diese Richtung gingen, entschieden abgelehnt haben, weil ihnen die Sicherheit ihres Landes viel zu kostspielig war, als sie derartigen Experimenten anzuvertrauen. Wenn das seinerzeit für Deutschland richtig war, warum soll dies dann für Länder wie Polen plötzlich nicht mehr gelten?

Ich habe gelernt, daß Politik auf dem Boden der Tatsachen gemacht wird und nicht im Wolkenkuckucksheim. Die Deutschen haben ihre Politik stets auf dem harten Boden der Realitäten betrieben, und Sie sollten bitte verstehen, daß Ungarn, Polen, die Ukraine und andere Länder dies in der gleichen Weise für sich sehen müssen.

Hier geht es jetzt um das Verhältnis der beiden Erweiterungen von EU und NATO. Möglicherweise erschwert die amerikanische Präsenz in Europa eine größere europäische Emanzipation, wie mitunter argumentiert wird. Das mag sein. Auf der anderen Seite verhindert aber die amerikanische Präsenz einen Rückfall in schlechte europäische Tradition. Deshalb halte ich sie auch heute für absolut notwendig. Wenn viele Europäer die amerikanische Bevormundung als Demütigung empfinden, dann würden sie die Alternative, nämlich die Bevormundung durch ein europäisches Land, als noch viel unerträglicher empfinden.

Ich würde zugespitzt sagen: Entweder die NATO erweitert sich und überschreitet die bisherige Trennungslinie und erneuert damit ihren Auftrag, oder sie kann ihre Koffer packen, weil sie anders keine Überlebenschance hat und in eine Identitätskrise gerät, mit der sie nicht fertig wird. Wer also die NATO will, muß akzeptieren, daß sie sich erweitert.

Ist die Erweiterung deshalb überflüssig, weil, wie es hier hieß, Rußland inzwischen eine friedliche Macht geworden sei? Es geht nicht darum, Rußland zu verteufeln; aber zu mehr Sachlichkeit möchte ich schon aufrufen. Natürlich will ich nichts lieber als Freundschaft und Zusammenarbeit mit Rußland. Ich stimme auch denen zu, die meinen, es gebe heute keine russische Gefahr, was aber keineswegs besagt, daß es keine russische Herausforderung mehr gibt, die lediglich andere Formen angenommen hat.

Ich will nur ein Beispiel nennen, um deutlich zu machen, daß es nicht um eine Gefahr wie zur Zeit des kalten Krieges geht, sondern um ganz andere Probleme. Wer kann heute wissen, was morgen aus der Ukraine wird, deren Schicksal völlig ungewiß ist? Wir werden sehen, was dort in einigen Monaten die Wahlen bringen werden. Was tut der Westen, was macht die Europäische Union, um die Entwicklung in der Ukraine positiv zu beeinflussen? Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie vor einigen Jahren diejenigen Polen, die an den Westen appellierten, mehr Interesse für die Ukraine zu zeigen, als anti-russisch abgestempelt wurden. Denn wer über die Notwendigkeit einer unabhängigen Ukraine sprach, konnte offensichtlich nur anti-russische Motive im Sinn haben. Ich meine, es ist in keiner Weise Ausdruck anti-russischer Motive, wenn man das Überleben der Ukraine für einen integralen Bestandteil der europäischen Sicherheit ansieht. Dieses Bewußtsein zu fördern, wäre Aufgabe des Westens und der Europäischen Union. Herr Skubiszewski erwähnte in diesem Zusammenhang zu Recht das Weimarer Dreieck.

Mein Eindruck ist indes, daß das Interesse an der Ukraine abnimmt, je weiter man nach Westen geht. In Deutschland mag es in Maßen noch vorhanden sein, aber in Frankreich ist es kaum zu spüren. Die Problematik der Ukraine ist eben nicht nur militärpolitisch zu sehen, sondern sicherheits- und wirtschaftspolitische Fragen stehen dort in einem engen Zusammenhang, eine äußerst komplizierte Situation. Damit umzugehen, wäre die Europäische Union, wie Herr von der Gablentz zu Recht sagte, sicherlich am besten prädestiniert.

Daß die baltischen Länder nicht in die NATO aufgenommen werden, ist sicher eine Schwäche der Erweiterungsdebatte, aber kein Argument gegen die Erweiterung. Fragen Sie doch die Balten, was sie von der ersten Erweiterung halten und ob sie meinen, diese solle nicht stattfinden, weil sie nicht von Anfang an dabei sind. Sie werden ganz im Gegenteil hören: Wenn die erste Erweiterung nicht stattfindet, wird die Lösung der baltischen Probleme in noch weitere Ferne rücken, was keineswegs im Interesse der baltischen Länder liegt.

Warum wollen eigentlich alle Länder des früheren Ostblocks jetzt der NATO beitreten und nicht mehr in erster Linie der EU? Nach 1989 war die Stimmung in Polen, Ungarn, Tschechien, was die Europäische Union angeht, noch eine ganz andere. Damals bestand zwischen Mittel- und Osteuropa und Westeuropa weitgehend Übereinstimmung darin, daß die Europäische Union die richtige Antwort auf die Probleme der östlichen Länder wäre. Aber diese Antwort hat auf sich warten lassen, während sich die NATO jener Länder schneller und konsequenter angenommen hat.

### **von Weizsäcker**

Wenn wir über das Thema NATO-Erweiterung diskutieren, sollten wir schon davon ausgehen, daß diese Frage grundsätzlich entschieden ist. Daß man auf dem Weg zu dieser Entscheidung unterschiedlicher Meinung war, bleibt sicher interessant; aber die Befürworter haben sich halt durchgesetzt - aus welchen Gründen auch immer.

Janusz Reiter und ich haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten, nicht zuletzt im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises, über dieses Thema ausgetauscht. Ihr Argument, Herr Reiter, die Deutschen hätten im Jahre 1990 ja aus der NATO austreten und ganz neue Wege gehen können, ist natürlich wenig überzeugend. Sie wissen so gut wie ich, daß insbesondere die Amerikaner der deutschen Vereinigung niemals zugestimmt hätten, wenn die Deutschen ihre NATO-Mitgliedschaft zur Disposition gestellt hätten. Nun hat die Bundesregierung in der Tat zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, aus der NATO auszutreten. Aber die Vorstellung, die Deutschen hätten damals die freie Wahl gehabt, ist historisch wirklich falsch.

Nun haben wir uns alle im Jahre 1990 Gedanken über eine Art gesamteuropäisches Sicherheitssystem gemacht. Im November 1990 wurde anlässlich eines KSZE-Forums in Paris über ein kollektives europäisches Sicherheitssystem spekuliert; aber niemand, auch kein Pole, hat damals eine

Erweiterung der NATO gefordert. Es kann auch niemand ernstlich bestreiten, daß es in Amerika erhebliche Ambivalenzen in bezug auf die NATO-Erweiterung gegeben hat. Präsident Clinton hat dann in seiner Wahlkampfreden in Detroit aus rein innenpolitischen Gründen die NATO-Erweiterung propagiert.

Wie dem auch sei, ich meine, wir sollten uns auf den Boden der Tatsachen stellen und versuchen, das Beste daraus zu machen. Von daher halte ich Ihren Hinweis auf die Ukraine für sehr wichtig, Herr Reiter. Und Sie haben auch recht, daß das Interesse an der Ukraine immer mehr abnimmt, je weiter man nach Westen kommt. Ich bin sehr dafür, daß wir alles tun, um der Ukraine ihre Selbständigkeit zu erhalten - so schwer dies auch ist.

Als ich vor kurzem in Lemberg war, habe ich einige westukrainische Sprecher gefragt, wie es denn um das Verhältnis der Westukrainen zu den Ostukrainern stünde. Daraufhin wurde mir vom Rektor der Lemberger Universität erklärt: Ich würde doch das Verhältnis zwischen Kroaten und Serben kennen; so ungefähr sei das hier auch. Es ist also nicht so ganz einfach mit der Ukraine.

Natürlich begrüße ich, daß sich die Deutschen, aber auch die Amerikaner für die Ukraine starkmachen. Warum nun aber die NATO ausgerechnet auf der Krim eine Parade veranstalten muß, verstehe ich wirklich nicht, auch wenn das vielleicht nur eine symbolische Handlung war. Deshalb möchte ich wiederholen, was ich Ihnen gegenüber schon bei anderer Gelegenheit geäußert habe: Wenn Polen Mitglied der NATO wird, sollte es seinen Einfluß geltend machen, solche Torheiten zu verhindern.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang immer an den nicht ganz unbedeutenden Beitrag, den die Bundesrepublik mit ihrer Ostpolitik in den späten 60er und frühen 70er Jahren für den Westen insgesamt geleistet hat. Ich will auch unumwunden sagen, daß ich mich trotz mancher früherer Bedenken über Polen als NATO-Mitglied aufrichtig freue; dies vor allem in der Hoffnung, daß Polen seinerseits einen aktiven ostpolitischen Beitrag für die NATO leistet. Dazu gehört zweifellos in erster Linie, den neuen russischen Herausforderungen, wie Sie es nennen, etwas sensibler zu begegnen, als dies manche Leute im Westen zu tun pflegen - um dies leider besonders an die Adresse unserer amerikanischen Freunde zu richten. Gerade von Polen erhoffe ich mir hier eine aktive Rolle und wäre froh, wenn Sie die NATO nicht wie den Schutzmantel der großen Madonna sehen würden, unter den es jetzt zu schlüpfen gelte.

Was die Europäische Union betrifft, würde ich auch nicht von Osterweiterung sprechen, sondern letztlich geht es dabei um eine Vollendung Europas, für die wir aber, wie Herr von der Gablentz sagte, ganz neue Konzepte brauchen, um einen Kontinent mit dann rund 500 Millionen Menschen organisieren zu können. Dazu gehören sowohl eine Reihe unerledigter Themen, wie etwa die Agrarpolitik, als auch Dinge wie eine neue Bildungspolitik, auch wenn dieses Stichwort sicher nicht ausreicht, um das zu beschreiben, was wir in dem größeren Europa tatsächlich benötigen.

### **Reiter**

Sie sagen, Herr von Weizsäcker, es mache wenig Sinn, über die Erweiterung der NATO zu diskutieren, da die Entscheidung nun einmal gefallen sei. Ich denke doch, daß wir darüber reden sollten. Denn ich halte es für unbefriedigend, wenn unsere europäischen Nachbarn sich nur auf den Standpunkt stellen: Na gut, die Entscheidung ist getroffen; wir können ohnehin nichts mehr dagegen tun. Wenn also die alten europäischen NATO-Mitglieder die Erweiterung lediglich als eine amerikanische Entscheidung ansehen, die gegen ihren Willen durchgesetzt wurde, dann wird es von vornherein eine Diskrepanz zu den neuen Mitgliedern geben.

Das würde sich aber auch negativ auf die EU-Erweiterung auswirken; denn die Begeisterung dafür wird in den osteuropäischen Beitrittsländern merklich zurückgehen. Dann werden sich diese notgedrungen in der NATO stärker an Amerika orientieren als an den europäischen Nachbarn. Die Osteuropäer sind also nicht von vornherein mehr pro-atlantisch eingestellt. Das wird wesentlich auch vom Verhalten der Westeuropäer mit abhängen.

### **Skubiszewski**

Herr von Weizsäcker hat gefragt, was geschehen soll, wenn die drei Kandidaten Mitglieder des Nordatlantikpakt geworden sind. Dabei hat er sich besonders auf Polen bezogen. Ich denke in der Tat, daß der Beitritt Polen die Möglichkeit verschafft, neue Brücken nach Rußland zu bauen. Ich sage bewußt neue Brücken, weil es bereits einige Brücken gibt. Polen hat jedenfalls seine Beziehungen zu Rußland normalisiert. Die Aufgabe der Brückenbildung sehe ich auch für Ungarn, das eine Grenze zur Ukraine hat. Die Ukraine ist ein schwieriges Problem für Rußland. Auch Prag kann in diesem Bereich

aktiv werden, wenn auch vielleicht in geringerem Maße. Ich gehe aber vor allem auf Polen ein wegen seiner zentralen strategischen Bedeutung für Rußland; denn Polen ist der einzige der drei Kandidaten, der eine gemeinsame Grenze mit Rußland hat.

Ich bin im Hinblick auf die NATO-Erweiterung recht optimistisch. Die Russen sind Realisten, und sobald der Beitritt Polens zur NATO vollzogen ist, werden sich die Beziehungen wieder verbessern.

Ein anderer Aspekt ist, daß die Einbeziehung der vorgenannten drei Länder die Stabilitätszone weiter nach Osten bis zur russischen Grenze hin ausdehnt. Die Russen sehen das noch nicht so, aber ich hoffe, das wird sich ändern. Diese Politik berührt die vitalen Interessen eines demokratischen Rußland in keiner Weise. Die NATO ist heute Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur; deshalb wollen die drei Länder ihr beitreten. Zu meinen, Rußland stelle heute keine Bedrohung mehr dar, ist dabei nicht der Punkt. Wir sprechen hier über die europäische Sicherheitsarchitektur und nicht über eine nichtexistente russische Bedrohung.

Natürlich ist die NATO keine anti-russische Allianz, und der Westen wie auch die Länder Mitteleuropas sollten alles tun, um dies den Russen verständlich zu machen. Ich meine, Rußland kann davon überzeugt werden, daß sein Widerstand kontraproduktiv ist; denn das Land braucht Unterstützung und Hilfe bei seinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen. Diese Unterstützung sollte es auch bekommen; aber das ist eine langfristige Aufgabe, und der notwendige Rückhalt kann nur von den wichtigen NATO-Ländern geleistet werden. Ich frage mich, ob Rußland wirklich erkennt, welche Möglichkeiten in der Grundakte stecken, die es 1997 mit der NATO geschlossen hat.

Im Hinblick auf die Zukunft hat Herr von Weizsäcker zu Recht darauf hingewiesen, daß eine wichtige Aufgabe bei der Erweiterung sowohl der NATO als auch der Europäischen Union darin bestehen muß, unsere Politik gegenüber denjenigen Staaten zu überdenken, die weiter auf ihre Aufnahme in eine der beiden Organisationen warten oder vielleicht niemals aufgenommen werden. Für die Einheit Europas ist das ein ganz wichtiger Punkt.

Noch einige Worte zur Erweiterung der Europäischen Union und den damit einhergehenden Schwierigkeiten. Die Anpassung an die Erfordernisse für eine künftige Mitgliedschaft ist eine der Aufgaben, die Mitteleuropa und andere Länder in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Die Hauptlast dieser Anpassung müssen diese Länder selbst tragen, was in Budapest, Warschau und anderen Hauptstädten auch bewußt ist. Aber Mitteleuropa darf nicht allein gelassen werden, und seine Probleme dürfen angesichts der offensichtlichen Schwierigkeiten, denen die westlichen Partner zur Zeit ausgesetzt sind, nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Die Prinzipien der internationalen Solidarität sollten also nicht vernachlässigt werden.

Doch der Westen sollte angesichts der komplizierten wechselseitigen Abhängigkeiten in Europa durchaus auch im aufgeklärten Eigeninteresse handeln. Denn die Probleme und Risiken der Staaten, die ihre totalitären Regime abgeworfen und durch die Demokratie ersetzt haben, sind weitaus größer. Wenn sich der Westen zu vernünftigen Lösungen heute nicht bereit findet, die sich in Zukunft auch bezahlt machen, wird er sich morgen weit größeren Problemen gegenübersehen. Jedenfalls ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich der Westen gegen mögliche Unruhe- und Krisenherde so wird abschotten können, wie es während der vergangenen 50 Jahre durch den Eisernen Vorhang möglich war. Eine Verschiebung der EU-Erweiterung auf unbestimmte Zeit würde die Teilung Europas in den Westen, Mitteleuropa, den Balkan, das Baltikum und Osteuropa zementieren. Daß dies eine höchst gefährliche Situation im Hinblick auf die europäische Einheit schaffen würde, brauche ich wohl nicht eigens zu erwähnen.

### **Heuven**

Anfang dieses Monats war ich eine Woche in Moskau und habe an einer Reihe von Diskussionen teilgenommen, bei denen teilweise auch der erste stellvertretende russische Außenminister anwesend war. Die Eindrücke, die ich dort gewonnen habe, decken sich voll mit dem, was Krzysztof Skubiszewski eben zu Rußland gesagt hat.

### **Vernet**

Als ich Herrn Bolkestein zuhörte, hatte ich den Eindruck, es geht nicht um die Erweiterung, sondern um die Verkleinerung der EU - wenn Griechenland, Italien und sogar Frankreich ihren Platz in der EU nicht verdient haben.



Was die Erweiterung der NATO angeht, so bleiben meine Zweifel, ob dies sinnvoll ist, auch nach dem, was Herr Reiter und Herr K'd'r gesagt haben. Ich will aber nicht über die Vergangenheit, sondern über die möglichen Konsequenzen sprechen.

Zunächst zu Rußland. Ich meine, wir sollten die Proteste Rußlands gegenüber der NATO-Erweiterung nicht allzu ernst nehmen. Das sind eher machtpolitische Spielchen; denn Rußland hat zweifellos erhebliche Vorteile durch die Erweiterung gewonnen, indem es über den Gemeinsamen NATO-Rat näher an die transatlantische Gemeinschaft herangerückt ist und mit der NATO über alle Fragen der europäischen Sicherheit reden kann.

Welche Konsequenzen hat die Erweiterung für die NATO selbst, etwa für eine Reform des atlantischen Bündnisses? Wenn ich es richtig sehe, wandelt sich die NATO allmählich von einer Verteidigungsallianz mit einem Artikel 5, der sehr effizient war, indem er nie angewendet werden mußte, zu einer Sicherheitsorganisation mit sehr viel flexibleren Strukturen. Das beste Beispiel dafür sind die CTGF oder Combined Joint Task Forces (CJTF), an denen nicht nur die integrierten und nicht integrierten Mitgliedsstaaten, sondern auch Nichtmitglieder der NATO teilnehmen können.

Wenn Polen, Ungarn und Tschechien Mitglieder der NATO werden, treten sie in der Tat einer anderen als der bisherigen Organisation bei - auch wenn dies möglicherweise gar nicht ihren Vorstellungen entspricht. Die Frage ist indes, ob die Europäische Union oder die WEU in der Lage sind, eine größere Rolle in dieser neuen NATO zu spielen und ob die neuen Mitglieder die europäische Verteidigungsidentität innerhalb der NATO stärken oder eher die traditionelle amerikanische Führung unterstützen werden.

### **Gasteyger**

Wir sprechen völlig zu Recht über die doppelte Erweiterung von NATO und Europäischer Union. Wir sollten aber nicht vergessen, daß wir es tatsächlich mit einem fünffachen Erweiterungsprozeß zu tun haben, denn er schließt neben NATO und EU auch die OSZE, den Europarat und die OECD mit ein. Damit stellt sich die Frage, welchen Preis an Substanz, Kohärenz und Glaubwürdigkeit diese fünf Organisationen mit ihrer Erweiterung in Zukunft zu zahlen haben werden.

Des weiteren möchte ich fragen, ob der Erweiterungsprozeß der NATO mit jenem der EU in irgendeiner Form ernsthaft und kontinuierlich koordiniert wird. Mit anderen Worten, bewegen sich beide letztlich auf ein und dasselbe Ziel zu? Wenn ja, welches wäre dieses Ziel? Ich vermute, daß von keiner Institution bisher ein umfassendes Konzept für die zukünftige europäische Ordnung entwickelt wurde.

Ich will nur eines richtigstellen, Herr Bolkestein: Sie kritisierten in der Frage der NATO-Erweiterung besonders die Haltung der USA. Wenn ich mich aber nicht sehr irre, war es der deutsche Verteidigungsminister, der als einer der ersten von einer NATO-Erweiterung sprach.

Wir haben es hier zweifellos mit einem offenen Prozeß zu tun, der zu einer Quantifizierung" der europäischen Sicherheit im traditionellen Sinne führt. Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen. Erstens: Wie steht es um die Kongruenz zwischen EU- und NATO-Erweiterung, was den Status und die Verpflichtungen der neuen Mitglieder angeht?

Zweitens: Die Kontroverse über die Lastenverteilung zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten wird erneut aufbrechen. Nach dem, was wir von Herrn Calleo über die Außenpolitik der USA gehört haben, müssen wir uns fragen, ob wir es heute und erst recht morgen nicht mit einem selektiveren Engagement der USA in Europa zu tun haben werden. Wenn das der Fall ist, welchen Preis müßte die EU dafür bezahlen?

Drittens: Die Erweiterung der NATO endet da, wo sich auf dem europäischen Kontinent potentielle Konfliktherde befinden. Das sind die drei äußeren Begrenzungen Europas, wie ich sie nennen möchte: Rußland mit der GUS, der erweiterte Balkan mit der Türkei und, drittens, der Mittelmeerraum, den wir bisher überhaupt noch nicht erwähnt haben. In all diesen Gebieten stellen sich sehr ernste Sicherheitsprobleme, auf die die NATO-Erweiterung zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine befriedigende Antwort geben kann.

Schließlich zur OSZE: Wir haben feststellen müssen, daß die Konsolidierung der OSZE nicht, wie viele von uns gehofft hatten, das Gegenstück zur NATO-Erweiterung und damit eine Art Trostpreis für Rußlands Außenposition gegenüber einer erweiterten NATO darstellt. Das hat so nicht funktioniert, und eine derartige Erwartung war vermutlich auch nie realistisch. Dennoch könnte und sollte die OSZE eine wichtige Rolle spielen - auch wenn zumal die USA das anders sehen. Dies vor allem in

bezug auf die bevorstehende Revision des Vertrags über konventionelle Waffen in Europa, der den Kern europäischer Sicherheitsstabilität ausmacht.

Mit dieser Perspektive einer umfassenderen Konzeption für NATO, EU und OSZE kommen wir dem Gedanken einer kollektiven Sicherheitsvereinbarung für Europa sehr nahe. In ihr müssen auch neue Formen regionaler Kooperation, so zwischen den baltischen und nordischen Staaten, Platz finden. Das wäre jedenfalls eine Zielvorgabe, die über die bloße NATO-Erweiterung hinausweist.

### **Hellström**

Wenn die EU-Erweiterung so kostspielig ist, wie Herr Calleo behauptet - ich kann andere Zahlen nennen, die das widerlegen;- , dann ist es um so wichtiger, daß wir so bald wie möglich Verhandlungen mit allen Beitrittskandidaten beginnen. Anderenfalls werden die strukturellen Veränderungen, die sie durchführen müssen, noch schwieriger, und alles wird länger dauern. Wenn die Beitrittsverhandlungen diese strukturellen Veränderungen nicht fordern, werden wir den Eisernen Vorhang auf Dauer durch einen "Armutsvorhang" ersetzen.

Zur Frage, wer aufgenommen wird und wer nicht, sage ich: "Ein doppeltes Nein ist gefährlich." In den Ländern, die weder der EU noch der NATO beitreten können, werden Politiker, die nationalistisch oder anti-europäisch denken, Oberwasser bekommen, während die pro-europäischen Bewegungen und Politiker mit leeren Händen dastehen. Das muß vermieden werden. Ich denke, daß es bei den Diskussionen, die dem Luxemburger Gipfel vorangehen, verstärkt darum gehen wird, daß alle irgendwie integriert und miteinbezogen werden. Ich halte es für wichtig, daß mit allen Ländern formale Verhandlungen begonnen werden. Ich weiß, manche Leute argumentieren, daß es eine Art Vorverhandlungen für jene sechs Länder geben könnte, die von der Kommission nicht vorgeschlagen werden, und daß dies genauso effektiv sei; aber daran vermag ich nicht zu glauben.

Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, wie der Zwang zum Strukturwandel, der Umwandlungsdruck in der Vorverhandlungsphase erreicht werden kann. Wie soll das in den betroffenen Ländern vor sich gehen? Es kann dazu führen, daß Regierungen in den Ländern, die noch keine Beitrittsverhandlungen führen, dazu gedrängt werden, bereits Maßnahmen zu ergreifen, die für eine strukturelle Anpassung erforderlich sind. Aber vor den offiziellen Beitrittsverhandlungen könnte das in ihren Parlamenten scheitern. Die meisten Abgeordneten werden ihnen vorwerfen, die Interessen ihres Landes zu verkaufen, noch bevor offizielle Verhandlungen begonnen haben; sie würden argwöhnen, in den Verhandlungen zweimal bezahlen zu müssen. Das ist kein rein theoretisches Argument, sondern hat mit den politischen Abläufen in diesen Ländern zu tun.

Ich hoffe auch, daß die Länder, mit denen die NATO jetzt Beitrittsverhandlungen aufnimmt, nach ihrem Beitritt nicht plötzlich erlahmen, weil sie meinen, es bedürfe der notwendigen harten wirtschaftlichen Strukturreformen nicht mehr, um im Binnenmarkt bestehen zu können. Ich hoffe, daß der Reformdruck für Polen, Ungarn und die Tschechische Republik auch nach der NATO-Erweiterung weiter bestehen wird.

Mein zweiter Punkt betrifft die Verbindung zwischen dem Euro und der EU-Erweiterung. In Halle ist dazu eine in Deutschland nur wenig beachtete Studie veröffentlicht worden, die drei Aspekte behandelt: In den Beitrittsländern werden nach ihrer Aufnahme in die EU die Verbraucherpreise und die allgemeinen Lebenshaltungskosten ansteigen, vielleicht sogar drastisch. Das wird dann natürlich zu einer Erhöhung der Löhne und Gehälter und damit letztlich zu einer Abwertung in den neuen EU-Ländern führen. Vor diesem Hintergrund sollten wir sehr vorsichtig sein, den neuen Mitgliedern Hoffnung auf einen raschen Beitritt auch zum Euro zu machen. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß die alten Länder damit einverstanden wären, wenn die neuen ihre schwachen Währungen permanent an den Euro anbinden wollten. Das würde bedeuten, daß der Euro-Prozeß und Erweiterungsprozeß für neue Mitglieder noch lange Zeit in zwei verschiedenen Bahnen laufen werden.

### **Stürmer**

Es wäre sicher interessant, diese Argumentation weiter zu verfolgen, die mit einem gewissen Enthusiasmus für so viel Europa so bald wie möglich plädiert.

### **van Eekelen**

David Calleo sagte, er glaube nicht, daß die Erweiterung der Europäischen Union tatsächlich stattfinden wird. Ich dagegen bin sicher, daß sie stattfinden wird, auch wenn es vielleicht ein etwas längerer Prozeß werden wird. Ich schließe mich auch der schwedischen Meinung an, daß wir alle beitragswilligen Länder so weit wie möglich in diesen Prozeß einbinden sollten. Es sind entsprechende

Zusagen gemacht worden, und die Frage ist lediglich, wann und wie der Beitritt erfolgen wird. Sicherlich werden nicht alle gleichzeitig aufgenommen, auch nicht die Länder in der ersten Gruppe.

Des weiteren möchte ich fragen, was wir von der Erweiterung tatsächlich erwarten. Das ist auch für die NATO/EU-Diskussion wichtig. Ich denke, wir erwarten Stabilität, aber das ist kein einfaches Konzept. Es ist leichter, Instabilität zu erkennen, als Stabilität zu definieren. Es ist ein wenig so wie bei einer Giraffe: leicht zu erkennen, aber schwer zu charakterisieren. Ich denke, dazu gehören Rechtsstaatlichkeit, pluralistische Demokratie, demokratische Kontrolle des Militärs, Marktwirtschaft und gutnachbarliche Beziehungen.

Nun meine ich, daß sich alle diese fünf Ziele besser im Rahmen der EU- als durch die NATO-Erweiterung verfolgen lassen. In dieser Hinsicht teile ich Frits Bolkesteins Ansatz. Für mich war ausschlaggebend, daß die Amerikaner letztlich bereit waren, ihre Verpflichtungen auszuweiten. Wie könnten wir Europäer dagegen sein; denn das amerikanische Engagement im europäischen Sicherheitssystem bleibt wichtig, auch wenn die USA das Hauptvehikel für ihre Beziehungen zu Europa ist. Das ist im übrigen Teil des Problems und ein Grund dafür, daß die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft mitunter in den Hintergrund treten.

Was das angeht, befürchte ich, daß die Menschen sich zur EU-Erweiterung sehr viel abwartender verhalten, weil die NATO Zusagen gemacht hat. Mich würde interessieren, wie unsere deutschen Kollegen dies einschätzen. Der Bundeskanzler hat ja bereits angedeutet, wir könnten mit der EU-Erweiterung etwas langsamer vorangehen, weil sich die NATO erweitert.

Das wäre insofern interessant, als in den Niederlanden im Hinblick auf die EU- und die NATO-Erweiterung argumentiert wird, beides sei nötig, um Deutschland in Europa zufriedenzustellen. Wir alle wünschen uns natürlich, daß Deutschland von Partnern und Verbündeten umgeben ist; das würde es für Deutschland und für Europa einfacher machen. In dieser Hinsicht fürchte ich, daß einiges von dem anfänglichen Schwung abhanden gekommen ist, und ich weiß nicht, wie sich das letztlich auf den ganzen Prozeß auswirken wird.

### **Ischinger**

Wer den Erweiterungsprozeß der Europäischen Union verlangsamen will, muß das unterstützen, was Herr Hellström vorschlägt, nämlich mit allen Kandidaten gleichzeitig beginnen. Da die betreffenden Länder sehr unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, vor allem im ökonomischen Bereich, wird sich der Prozeß zweifellos sehr lange hinziehen. Dies ist jedenfalls nach aller bisherigen Erfahrung die politische Realität.

Deshalb vertritt insbesondere die deutsche Regierung den Standpunkt: Wem daran gelegen ist, daß der Erweiterungsprozeß rasch beginnt und die ersten Länder möglichst bald Mitglieder werden - vielleicht nicht im Jahre 2000, aber nicht allzuviel später;- , der muß dafür eintreten, daß mit einigen Ländern, die in ihrer Entwicklung am weitesten sind, begonnen wird und die anderen später nachziehen.

### **Heisbourg**

Ich war einer von denen, die der NATO-Erweiterung nicht sehr positiv gegenüberstanden; aber wie hier gesagt wurde, die Erweiterung ist jetzt eine Tatsache, und wir müssen dafür sorgen, daß sie ein Erfolg wird. Dazu vier wichtige Punkte.

Erstens der russische Faktor. Der politisch-diplomatische Coup vom 27. Mai mit dem "Sechzehn-plus-eins"-Abkommen war ein Meisterstück der Diplomatie. Ich denke, damit ist Rußland als negativer Faktor bei der Erweiterung weitgehend ausgeschaltet worden. Ob es aber ein gutes Signal ist, wenn eine amerikanische Fallschirmtruppe direkt über Kasachstan abspringt, nur um deutlich zu machen, daß die USA überall hingehen können, wo sie wollen, bleibt dahingestellt.

Eine semantische Klarstellung, die Sie bitte nicht persönlich nehmen sollten, Herr Kádár: Ausdrücke wie;- , aber wir sehen uns heute keiner militärischen Bedrohung ausgesetzt, gegen die wir uns verteidigen müßten.

### **Kadar**

Ich sprach von organisierter Kriminalität.

### **Heisbourg**

Das habe ich schon verstanden. Aber bei der NATO-Erweiterung sprechen wir über die NATO und nicht über Europol oder das FBI. Wir reden über eine Organisation, deren Hauptgeschäft militärisch ist.

Zweitens: die Lastenverteilung. Es hat mich sehr überrascht, daß die Kostenfrage überhaupt aufkam. Als die Türken und die Griechen in die NATO aufgenommen wurden, spielte das keine Rolle, auch nicht, als die Deutschen und die Spanier hinzukamen. Ich vermute, die RAND Corporation und die Haushaltsabteilungen des Kongresses suchten nach einer Beschäftigungsmöglichkeit, indem sie den finanziellen Karren vor das politische und militärische Pferd schoben. Entweder ist es wichtig, die NATO zu erweitern oder nicht. Wenn es wichtig ist, wird man auch die finanziellen Konsequenzen bewältigen. Ich hielt es nicht für so wichtig, und das war einer der Gründe, warum ich dagegen war. Aber wenn man die NATO erweitern will, dann sollte man nicht mit der Kostenfrage kommen.

Auch die Debatte um die Lastenverteilung ist inzwischen entschärft worden. Das Pentagon hat ein bißchen Krach gemacht, und die Deutschen und die Briten haben erfolgreiche Lobbyarbeit in Washington geleistet. In Wahrheit sind nämlich die Kosten für die neuen Mitgliedsländer Polen, Ungarn und Tschechien gar nicht so hoch. Das heißt, die Kosten, die entstehen, wenn ein Land andere NATO-Streitkräfte aufnimmt, wie es in Ungarn im Falle Bosniens der Fall war, können auf der Basis der laufenden Kosten für die NATO-Infrastruktur und die Ausgaben für operative Aktionen gerechnet werden. Die zusätzlichen Kosten sind in der Tat sehr gering, und die Ungarn haben bereits bewiesen, wie Herr Kádár zu Recht betont hat, daß sie in der Lage sind, dem NATO-Luftwaffenstandard zu entsprechen, sowohl bei Transport- als auch bei Kampfflugzeugen.

Drittens zum NATO-Gebiet: Da kommen wir zu einem schwierigen Problem, wobei ich Frits Bolkesteins Bemerkungen zu Rumänien aufnehmen will. Wie weit sollte die Erweiterung der NATO gehen? Diese Frage ist bisher nicht abschließend beantwortet worden. Wenn man für die NATO-Erweiterung ist, sollte man aus militärischen und politischen Gründen auch die Aufnahme Rumäniens unterstützen. Die militärischen Gründe sind, daß die Rumänen mehr für Verteidigung ausgeben als alle anderen Länder des ehemaligen Ostblocks außer Rußland. Sie haben größere Anstrengungen unternommen, um ihr Material auf NATO-Standard zu bringen als bisher irgend jemand sonst. Die Rumänen haben auch mit den NATO-Truppen im Rahmen von IFOR und SFOR besser kooperiert als die meisten anderen. Ich meine, die Rumänen weisen zu Recht auf diese Punkte hin.

Auf der politischen Ebene wäre es höchst bedauerlich, wenn Rumänien den Eindruck bekäme, daß ihm absichtlich die kalte Schulter gezeigt wird; denn das würde die zukünftigen Nachbarschaftsbeziehungen zwischen einem Ungarn, das "drin" ist, und einem verstimmt Rumänien, das "draußen" bleibt, sicher nicht erleichtern, wie mein ungarischer Freund Istvan Gearmaty unlängst betont hat.

Trotzdem kann ich Frits Bolkestein beruhigen: Rumänien wird nicht so bald NATO-Mitglied werden. Das jedenfalls haben die Amerikaner mit Unterstützung der Briten und der Deutschen mehr oder weniger beschlossen. Wenn die Rumänen oder die Franzosen einen anderen Eindruck vermittelt haben - die Franzosen etwa auf dem Gipfel von Madrid im Juni;- , dann dürften sich solche Ansichten in Bukarest und Paris als falsch erweisen. Es bleibt ein ungelöstes Problem und wird wahrscheinlich den ganzen zukünftigen NATO-Erweiterungsprozeß verfolgen.

Wie steht es viertens um den Inhalt der künftigen NATO? Daniel Vernet hat zu Recht auf die Einstellung der neuen Mitglieder zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität verwiesen. Es ist natürlich wichtig, daß die neuen Mitglieder nicht vergessen, daß sie zu Europa gehören, wenn sie der NATO beitreten, und nicht nur den US-Senat überzeugen müssen. Es gibt fünfzehn weitere NATO-Länder, die überzeugt werden müssen was sicher der Fall sein wird;- , aber vierzehn von ihnen sind europäische Länder.

Es gibt noch einen anderen problematischen Aspekt. Daniel Vernet hat das Thema Combined Joint Task Forces (CJTF) angesprochen. Und da möchte ich doch daraufhinweisen, auch die USA sollten nicht vergessen, daß sie Mitglied der NATO sind. Das mag paradox klingen, weil die Amerikaner in militärpolitischer Hinsicht natürlich die führende Nation in der NATO darstellen. Aber mit dem reduzierten Anteil der US-Streitkräfte - in Europa sind es noch 100 000 von insgesamt 1,4 Millionen US-Soldaten - hat die Bedeutung der NATO-Verteidigungsplanung gegenüber der US-Verteidigungsplanung erheblich abgenommen.

Wolfgang Ischinger und ich haben über dieses Thema kürzlich bei einer Tagung der RAND Corporation diskutiert. Wir sehen eine reale Gefahr, daß innerhalb der US-Verteidigungskreise eine strategische Entkopplung beginnt. Das heißt, die Militärs in Mons (SHAPE) werden sich immer weiter

von ihren Kollegen im Pentagon entfernen. Deshalb sollten wir mit großer Vorsicht in die Verhandlungen über die "Combined Joint Task Forces" gehen.

### **Stürmer**

Mitunter kann ich die Frage nicht unterdrücken, die sich wahrscheinlich nicht beantworten läßt, inwieweit eine Seemacht, die sich immer erneut als eine solche definiert, noch glaubhaft ist, wenn sie strategische Angelegenheiten in der Mitte eines fremden Kontinents dauerhaft zu garantieren sucht. Das war bislang in der Geschichte meines Wissens noch nie der Fall.

### **Janning**

Möglicherweise gehöre ich zu den wenigen Westeuropäern, die schon vor der Clinton-Rede in Detroit der Meinung waren, daß die Auffassung, die Erweiterung der NATO sei ein schwerer Fehler, selbst ein schwerer Fehler ist. Ich stimme Herrn von Weizsäcker zu: Die Entscheidung ist gefallen. Aber die Art, wie sie gefallen ist, hat uns der Klärung des eigentlichen Dissenses über die Erweiterung der NATO-Erweiterung nicht enthoben. Deshalb werden wir in der Zukunft wieder damit konfrontiert werden.

Ich sehe im wesentlichen drei Gründe, die für die Erweiterung sprechen. Der eine Grund liegt in der Definition der Allianz selbst. Wenn die NATO, wie Herr Bolkestein sagt, nicht mehr als ein Verteidigungsbündnis ist, dann ist allein die Frage wichtig, ob ein neues Mitglied die Allianz stärkt. Ist das nicht der Fall: keine Erweiterung. Wenn jedoch, wie ich meine, die NATO eine Allianz der Demokratien und der freien Völker Europas und Nordamerikas ist, dann sprechen wir über eine andere Form des Bündnisses, bei der die Frage des militärischen Beitrags nicht an erster Stelle steht.

Zweiter Grund: Ich halte die NATO-Erweiterung für ein wichtiges Kompatibilitätselement der europäischen Ordnung. Alle Gründe, die Herr Bolkestein genannt hat, würden nicht ins Gewicht fallen, wenn etwa Schweden sich entschlosse, der WEU und der NATO beizutreten. Das ist auch gut so; denn unser europäisches Gefüge gerät ins Wanken, wenn wir eine prinzipielle Trennung zwischen den Mitgliedschaften in den verschiedenen Institutionen zulassen. Das heißt, solange die äußere Sicherheit im Vordergrund steht, müssen alle EU-Europäer, die dies wollen, die Möglichkeit haben, der militärischen Allianz, also der NATO, beizutreten. Wenn man hier eine prinzipielle Trennungslinie zieht, legt man Hand an die Wurzel der westeuropäischen Sicherheitsgemeinschaft nach innen und nach außen.

### **Bolkestein**

Das bedeutet, die EU-Mitgliedschaft kommt zuerst.

### **Janning**

Ja. Es wäre nach dieser Logik in der Tat viel klarer gewesen, die EU-Mitgliedschaft vorangehen und dann die NATO-Erweiterung folgen zu lassen. Wir erleben jedoch heute, daß die NATO-Erweiterung eine größere Dynamik entfaltet. Aber unsere Unentschlossenheit in der Frage der NATO-Erweiterung trägt dazu bei, daß diese nach Osten hin zunehmend unglaubwürdig wird. Die NATO-Erweiterung reicht damit im Prinzip so weit wie die EU-Erweiterung. Anders ist es lediglich im Falle der Türkei.

Dritter Grund: Die NATO-Erweiterung dient der strategischen Übersichtlichkeit. Herr Skubiszewski hat hier einen sehr wichtigen Punkt angesprochen mit seiner Bemerkung: "Wir sind auf dem Wege, die europäische Tradition der Puffer zu verlassen." In dieser Pufferlogik lag eben die Ausgrenzung der Zwischenräume, die nicht in die Allianzsysteme integriert wurden. Diejenigen, die dies dennoch versucht haben, sind in Schwierigkeiten gekommen. Die künftige europäische Politik wird damit leben müssen, daß die verschiedenen Räume direkt aufeinandertreffen. Das wird man nicht dadurch vermeiden können, daß man der Zwischenzone die Zugehörigkeit zum einen oder anderen Raum verweigert. Bedauerlicherweise wird wahrscheinlich die Ukraine die einzige Ausnahme von dieser neuen Rationalität bilden. Wenn sie als Staat überlebt, wird sie wohl Puffer bleiben.

### **Calleo**

Ich wollte nicht bestreiten, daß die USA weiterhin eine wichtige Rolle in Europa spielen. Darum geht es aber nicht. Wenn ich an die Zukunft denke, meine ich nicht, daß unser nationales amerikanisches Interesse darin liegen kann, eine hegemoniale Allianz des kalten Krieges in Europa aufrechtzuerhalten. Was ich sagen wollte, ist, daß es schwierig für uns würde, eine führende militärische Rolle in Asien und in Europa gleichzeitig zu spielen.

Auch hier sollten Sie mich nicht mißverstehen. Asien ist für die Vereinigten Staaten nicht wichtiger als Europa. Ich wäre der letzte Amerikaner, der so etwas behaupten würde; denn ich bin fest davon überzeugt, daß zwischen Europa und den USA ein derartiges Vertrauensverhältnis besteht, das uns auf das engste verbindet. Die Frage ist aber: Welche Rolle spielen unsere jeweiligen Staaten in der Welt, so wie sie sich entwickelt? Mir scheint, daß wir an einem Europa interessiert sind, das in seinem Umfeld selbst die Initiative ergreifen kann und das uns in der Welt eher als Partner denn in kostenträchtiger Abhängigkeit zur Seite steht. Die Welt kann sich die Art von Europa, wie sie in den letzten hundert Jahren bestand, nicht mehr leisten. Das gilt für die USA, aber wohl ebenso für Europa selbst.

Was mich an der NATO-Erweiterung und der Art und Weise stört, wie sie durchgeführt wird mit den entsprechenden Konsequenzen, ist das Gefühl der Bequemlichkeit, die sie offenbar vielen Menschen in Europa verschafft, die meinen, sie brauchten sich um ihre eigenen Probleme nicht mehr kümmern, weil die Amerikaner das weiterhin tun werden. Das halte ich für einen großen Irrtum, und wenn sich das bestätigen sollte, könnten eben hierin die größten Kosten der NATO-Erweiterung liegen.

### **Bolkestein**

Was die NATO-Erweiterung betrifft, hat Herr von Weizsäcker sicher recht, wenn er sagt, es macht keinen Sinn, über verschüttete Milch zu lamentieren. Auf der anderen Seite haben wir in diesem Prozeß erst die Hälfte unseres Weges hinter uns, weil eine Reihe von Ländern noch darauf wartet, in einer zweiten Erweiterung Mitglied zu werden. Meine Befürchtung ist, daß die NATO zu einer Art OSZE degeneriert, wenn das geschieht. Das will ich keineswegs; aber ich sehe, daß es so kommen wird.

Zweitens: Wenn all die Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen, dies tun, befürchte ich für die EU, daß sie zu einer Freihandelszone oder Schlimmerem degeneriert. Vielleicht bin ich zu pessimistisch; aber wenn diese 25 oder 28 Länder mit ihren verschiedenen historischen Erfahrungen und Traditionen zusammenkommen, fürchte ich, die Spaltungstendenzen werden so sehr zunehmen, daß eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt der Europäischen Union besteht. Insbesondere befürchte ich, wenn der Euro, die Währungsunion, so realisiert wird, wie es jetzt den Anschein hat - aber ursprünglich nicht so gedacht war;- , wird dies zum Zankapfel werden.

Wir sind bei der NATO und bei der EU mit demselben Dilemma konfrontiert: Wir dehnen uns aus, aber verlieren an Effizienz. Die Franzosen haben dafür einen schönen Ausdruck: "Qui trop embrasse, mal étirent" ("Wer zuviel gleichzeitig macht, der schafft nichts"), oder wie wir sagen: "Man soll nicht mehr abbeißen, als man kauen kann!" Genau das geschieht mit der NATO und der Europäischen Union.

In einer Union mit 25 oder 28 Mitgliedern kann man den Traum von einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gleich begraben. Aber ist es so schlimm, sich zu vergrößern und dafür weniger effizient zu sein? Manche Leute halten dies nicht für problematisch, weil Geopolitik Raum schafft für Geowirtschaft und die Außenpolitik der Union zu einem großen Teil ohnehin gemeinsame Handelspolitik ist, wie Max Kohnstamm gesagt hat. Nach Artikel 113 der Römischen Verträge ist dieser Bereich an Brüssel delegiert; Entscheidungen dort werden mit qualifizierter Mehrheit getroffen, und unsere Beziehungen mit Afrika und Asien sind ja in erster Linie wirtschaftlicher Art. Deshalb sei es auch kein Problem, daß wir uns erweitern und an Effizienz einbüßen.

Ich kann diese Ansicht nachvollziehen, habe aber meine Probleme damit. Die Welt ist ein unsicherer Ort, wie wir alle wissen. Deshalb würde ich es vorziehen, in dieser unsicheren Welt kleine Bereiche von Effizienz zu erhalten. So würde ich die NATO als kleinere, feste Einheit und die Europäische Union als kleinere, vertiefte Einheit gern erhalten. Das Motto, mit dem wir alle in der EU groß geworden sind, daß wir nämlich in die Breite und in die Tiefe expandieren wollen, ist unsinnig. Es kann nur das eine oder das andere sein; beides zusammen ist unvereinbar.

### **Stürmer**

Wir sollten uns jetzt der Frage zuwenden, was aus der schönen Formulierung von der "immer engeren Gemeinschaft" geworden ist, die in den früheren Papieren der Union bis, zu Maastricht auftauchte, aber danach nicht mehr. Max Kohnstamm, der damals voller Idealismus, aber auch pragmatisch daran beteiligt war, den Aufbau dieses großen Europa ins Werk zu setzen und das "große europäische Haus" zu schaffen, wird uns gleich einiges zu den ursprünglichen Intentionen sagen. Die in diesem Zusammenhang wichtige Frage lautet, ob wir es nur mit dem inhaltsleeren Begriff von der "finalité politique" zu tun haben oder ob sich darin Substanz verbirgt.

Alice im Wunderland erfuhr in einer solchen Lage von der Katze den Ratschlag: "Wenn du nicht weißt, wohin du gehen sollst, wird jeder Weg dich dort hinbringen." Der Ausdruck "finalité politique" sagt im Grunde nichts aus. Aber "immer engere Union" ist eine Formulierung, mit der sich die Deutschen identifizieren können, weil sie damit etwas verbinden, was den Nationalstaat ersetzt, während die Franzosen mit der Formel recht glücklich sind, weil sie den Nationalstaat bewahrt. Deshalb hat kein Politiker versucht, diese Formel mit Inhalt zu füllen.

Jetzt müssen wir aber sagen, wohin die Reise geht und was wir den neuen Mitgliedern versprechen wollen, den Ländern, die im Vorzimmer Europas warten, insbesondere jenen, die das kommunistische beziehungsweise sowjetische System abgeworfen und sich dabei an klassischen Konzepten wie nationaler Selbstbestimmung und individueller Freiheit orientiert haben. Sind sie tatsächlich bereit, über die Wirtschaft hinaus, europäischer zu sein als die alten europäischen Mitspieler, die Franzosen, die Deutschen, die Holländer und die späteren Mitglieder der 70-er Jahre? Sind sie einverstanden, jenes kostbare Gut nationaler Eigenständigkeit aufzugeben, das ihnen geholfen hat, die Härten des 20. Jahrhunderts zu überstehen?

Nach Max Kohnstamm wird Elmar Brok, ein Mann mit viel politischer Praxis in diesem Europa, sprechen.

### **Kohnstamm**

Das Thema, das mir gestellt wurde, ist die immer engere Union und was aus den Nationalstaaten wird. Aber ich werde versuchen, auch die weiteren Perspektiven mit einzubeziehen, Herr Stürmer.

Zunächst eine Vorbemerkung. In diesem Kreis fehlen Italiener und Griechen. Vor kurzem hat Herr Ciampi in einem längeren Interview in der Herald Tribune deutlich gemacht, was sich in den letzten zehn Jahren in Italien verändert hat. Ich meine, das sollten wir unbedingt zur Kenntnis nehmen.

Dann ein Wort zur "politischen Union". Ich würde vorschlagen, diesen Begriff aus unserem Sprachgebrauch zu streichen; denn diese Union oder Gemeinschaft, wie sie zunächst hieß, war von Anfang an politisch. Lesen Sie die Schuman-Erklärung nach. Die wirtschaftliche Integration war immer auch Mittel zur politischen Vereinigung und nicht nur Ziel in sich. Natürlich ist der Euro auch eine politische Angelegenheit, so wie die Kohle- und Stahlgemeinschaft seinerzeit sehr viel mit Außenpolitik zu tun hatte. Es ging stets um eine politische Union. Deshalb ist die gesonderte Thematik der Außen- und Sicherheitspolitik eher verwirrend.

Ich werde immer recht ungehalten, wenn ich höre, jetzt müßten erst einmal die nationalen Interessen berücksichtigt werden. Niemand in dieser Gemeinschaft tut etwas anderes, als nationale Interessen zu vertreten. Dabei dürfte es kaum möglich sein, diese nationalen Interessen klar zu definieren. In jeder Demokratie gibt es einen offenen Meinungsstreit über das, was als nationale Interessen angesehen wird.

Ich komme aus einem kleinen Land, Holland, und würde als unser eigentliches nationales Interesse definieren, daß es uns gelingt, die Beziehungen zu anderen Staaten auf rechtsstaatliche Grundlage zu stellen; denn das allein kann uns Frieden und Sicherheit garantieren. Ich meine aber, das gilt für die größeren Staaten in Europa in gleicher Weise. Der wesentliche Unterschied zwischen den kleinen und den großen Staaten dürfte wohl darin bestehen, daß die kleinen wissen, daß sie klein sind, während die großen dies von Zeit zu Zeit vergessen. Ich halte jedenfalls die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen zwischen unseren Ländern für ein wirklich revolutionäres Ziel, um das es uns von Anfang an gegangen ist. Denn dies war bis dahin in der Geschichte noch nie auf friedlichem Wege gelungen.

Deshalb sehe ich den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg als die wichtigste Institution in der Europäischen Union an. Das erinnert mich immer wieder an den Streit, den Friedrich der Große gegen einen Müller verlor, dem er seine Mühle nicht wegnehmen konnte, weil es unabhängige Richter in Berlin gab. Zum ersten Mal in der Geschichte Europas und in den internationalen Beziehungen überhaupt gibt es Richter in Luxemburg, und der größte Erfolg der Gemeinschaft besteht darin, daß sich bisher kein Mitgliedsstaat dem Richterspruch aus Luxemburg widersetzt hat. Das ist geradezu ein Wunder und eine unerhörte Revolution.

Die Rechtsstaatlichkeit in Europa greift aber nur auf Gebieten, wo die nationale Souveränität eingeschränkt ist. Aus diesem Grunde kommt dem Begriff der Subsidiarität so große Bedeutung zu, was besonders Jacques Delors hervorgehoben hat. Natürlich ist die Basis der Rechtsstaatlichkeit nach wie vor eine zarte Pflanze, die gehegt und weiter entwickelt werden muß, weil die nationalstaatliche Souveränität auf immer mehr Gebieten nicht mehr greift.

Wo stehen wir heute? Die größten Herausforderungen seit Beginn der damaligen EWG sehe ich erstens in der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion; zweitens in der Erweiterung und drittens darin, daß Europa seinen Platz in der Welt bestimmt. Die dritte Herausforderung zu bewältigen, scheint mir die schwierigste Aufgabe zu sein. Aber in allen drei liegen zugleich unerhörte Chancen, vor allem in der Erweiterung.

Es ist für jemanden in meinem Alter wirklich ein Wunder, daß dieses Europa - nach allem, was in der ersten Jahrhunderthälfte geschehen ist - noch einmal eine Renaissance erleben kann. Dabei verkenne ich nicht, daß diese Herausforderungen die Gemeinschaft gleichzeitig in die größte Verwirrung bringen, zum Teil bedingt durch die Konstruktion der drei Pfeiler von Maastricht. Ich wende mich an sich nicht gegen die drei Pfeiler, halte aber die inhaltlichen Festlegungen für problematisch; denn der erste Pfeiler unterscheidet sich wesentlich von den beiden anderen. Der erste Pfeiler regelt die rechtsstaatlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Der zweite und dritte Pfeiler sind im Grunde nur konventionelle Assoziationen. Das heißt, die Intention zusammenzuarbeiten, unterliegt kaum rechtlichen Verpflichtungen und Bindungen. Da hat man es mit einer ganz anderen Struktur zu tun, nämlich mit einer Allianz. Diesen Unterschied sollte man klar herausstellen; denn daraus resultieren viele Mißverständnisse.

Ich kann nicht verstehen, wenn immer wieder gesagt wird, die Union habe in Jugoslawien versagt. Die Union ist dort gar nicht aufgetreten und hatte als Union überhaupt keinen Auftrag. Es gab Staaten, die versucht haben, eine Allianz zusammenzubringen. Aber so verwunderlich ist es doch nicht, daß sich Staaten, die sich jahrhundertlang gegenseitig bekämpft haben, nicht so schnell in der Lage sind, auf einem ganz neuen Gebiet eine Allianz zu bilden. Doch mit der Europäischen Union hatte das nichts zu tun. Wenn man in diesem Punkt ein wenig mehr Klarheit schaffen würde, wäre das für die Zukunft sehr nützlich.

Was die immer engere Union angeht, muß ich zugeben, daß diese Formulierung in meinen Augen wenig besagt. Anfangs hieß es: Wir beginnen einen Prozeß, der uns allmählich zusammenführt, und zwar auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit. Ich weiß also nicht, was "immer engere" Union bedeuten soll. Enger in welcher Beziehung? Zweifellos auf Feldern, auf denen die nationale Souveränität die Probleme nicht mehr lösen kann.

Die zentrale Frage ist: Was geschieht mit den Nationalstaaten, und wie steht es um die Spannung zwischen Nationalstaat und Gemeinschaft? Wir wissen alle, daß die Nationalstaaten unter Druck stehen. Bestimmte Befugnisse haben sie nach Brüssel abgegeben, andere haben sich die Regionen innerhalb der Staaten vorbehalten, so daß die Nationalstaaten gewissermaßen nach oben und nach unten an Souveränität eingebüßt haben. Auf der anderen Seite sind Integrationsfortschritte ohne starke Nationalstaaten nicht denkbar. Die Gefahr ist sogar, daß Nationalstaaten zu schwach werden. Nicht nur daß sie schwache Regierungen haben, sondern daß sie zu zerfallen drohen. In Deutschland zum Beispiel könnte der Föderalismus dahin führen, daß die Bundesregierung weitgehend handlungsunfähig wird. Ähnlich könnten sich die Dinge in Belgien, Spanien oder in Italien entwickeln. Wir brauchen in der Union Nationalstaaten, die in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen. Dafür sind handlungsfähige Regierungen nötig.

Das heißt nicht, daß zwischen der Union und den Nationalstaaten keine Spannungen auftreten, die im wesentlichen auf zwei Gründen beruhen. Zum einen - und das ist wohl der wichtigste Grund - auf der Bürokratie. Die nationalen Bürokraten sehen es natürlich meist äußerst ungern, wenn staatliche Befugnisse auf die Union übertragen werden. Der zweite Grund ist mangelndes Vertrauen unter den Nationalstaaten, das das ganze Verfahren so ungeheuer kompliziert macht und Entscheidungen in Brüssel häufig so in die Länge zieht.

Dafür ist die Frage der Erweiterung ein gutes Beispiel. Zunächst sollten wir uns darüber im klaren sein, daß die Erweiterung nicht unter den Bedingungen des ersten Pfeilers, also unter Gemeinschaftsbedingungen stattfindet. Vielmehr wird es eine internationale Konferenz geben mit 17 Teilnehmern: den fünfzehn Mitgliedsstaaten, der Kommission und dem Europaparlament auf der einen Seite und zunächst sechs Beitrittskandidaten auf der anderen. Daraus resultieren 96 Verhandlungen; bei zehn Kandidaten wären es 187 Verhandlungen. Das ist allein aus personellen Gründen eine äußerst schwierige Aufgabe.

Hinzu kommt, daß jede dieser Konferenzen vom jeweiligen Vorsitzenden des Ministerrates geleitet wird. Da die Verhandlungen mindestens zwei Jahre andauern werden, heißt das, daß sie unter vier verschiedenen Vorsitzenden stattfinden. Wenn also Schweden, wie Herr Hellström sagte, an einem schnellen Verlauf der Verhandlungen interessiert ist, könnte man dies dadurch fördern, daß man einen Vorsitzenden für die ganze Zeit der Verhandlungen ernennt. Wenn seinerzeit die Römischen Verträge so zügig zustande gekommen sind, war das vor allem der Tatsache zu verdanken, daß ein



Mann, nämlich Henri Spaak, während der zwei Verhandlungsjahre den Vorsitz innehatte. Ich wäre sehr froh, wenn die schwedische Regierung den Vorschlag machte, jemanden zu benennen, der die Konferenzen als Präsident vom Anfang bis zum Ende führen würde. Ich hätte auch keine Schwierigkeiten, dafür eine Reihe exzellenter Kandidaten zu benennen.

Wir werden also bei der Erweiterung einige Geduld aufbringen müssen. Das zeigt schon ein einfacher Blick auf den Terminkalender. Die Verhandlungen werden Anfang 1998 beginnen. Im Herbst wird in Deutschland gewählt, was den Verlauf erfahrungsgemäß etwas verzögern wird. So haben wir es zum Beispiel nach den Wahlen in Polen mit ganz anderen Verhandlungsführern auf polnischer Seite zu tun. Derartige Verzögerungen wird es mehrere geben. 1999 wird das Europaparlament neu gewählt; die Kommission wird neu besetzt, und die Europäische Währungsunion tritt in Kraft.

Die Verhandlungen mit Spanien und Portugal haben seinerzeit sieben Jahre gedauert, mit England waren es in Wirklichkeit elf Jahre, nämlich von 1961 bis 1972. Es wäre also ein Wunder, wenn wir die anstehenden Beitrittsverhandlungen jetzt in vier Jahren schaffen würden. Das wäre dann etwa 2003. Die anschließende Ratifikationsprozedur wird sicher zwei Jahre in Anspruch nehmen. Es wäre somit wunderschön, wenn die erste Aufnahme im Jahre 2005 erfolgen könnte. Ich denke dabei nicht an die möglichen Übergangsregelungen, die ebenfalls mehrere Jahre dauern werden. Außerdem müssen die nationalen Parlamente in den nächsten Jahren die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages und die Erweiterung der NATO vornehmen - auch keine leichten Aufgaben.

Unabhängig davon braucht es in der Union selbst wesentliche Änderungen. Ich will nur ein Beispiel geben. Ein Ministerrat mit sechs oder zwölf Mitgliedern unterscheidet sich wesentlich von einem Ministerrat mit zwanzig oder fünfundzwanzig Mitgliedern. Als die fünfzehn Außenminister das letzte Mal tagten, waren einhundert Personen im Raum versammelt. Da kann kein wirkliches Gespräch mehr zustande kommen. Aus alter Tradition gibt zu Beginn jeder Minister ein Statement von zehn Minuten Dauer ab. Bei sechs Ministern war das eine Stunde; heute, bei fünfzehn, sind es schon zweieinhalb Stunden. Bei zwanzig und mehr bleibt nach dieser Tafelrunde keine Zeit mehr für eine Aussprache. Die Gespräche müssen also völlig neu organisiert werden, was keine einfache Sache ist.

Ich will unseren Freunden aus den Beitrittsländern deshalb nur einen guten Rat geben: Wenn man in dieser Union etwas erreichen will, braucht man zweierlei, was nicht so leicht zusammenzubringen ist. Erstens: Enorme Geduld! Und zweitens: Enorme Ungeduld!

1949 habe ich in Den Haag das erste Gespräch über eine Währungsunion unter Vorsitz eines namhaften Wirtschaftsexperten geführt, der uns klarmachte, daß ein gemeinsamer Markt ohne monetäre Stabilität nie funktionieren könne. 1957 wurde dieses Thema im Kreise von Monnet wieder aufgenommen. 1969 gab Willy Brandt erneut den Anstoß für eine Währungsunion. Ein entsprechender Bericht erschien 1972. Durch die Ölkrise geriet die Sache wieder in Vergessenheit. 1978 war es der Engländer Roy Jenkins, der als Vorsitzender der Kommission wichtige Anregungen dazu gab. Wenn die Währungsunion jetzt tatsächlich 1999 zustande kommt, sind seitdem immerhin weitere zwanzig Jahre vergangen.

Wir befinden uns in einem Prozeß, dessen genaues Ende niemand mit Sicherheit voraussagen kann. Die Nationalstaaten in Europa stellen fest, daß sie bestimmte Probleme nicht mehr allein lösen können und deshalb auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen. Dieser Prozeß bedeutet, daß sich alle gewissen rechtlichen Regelungen unterwerfen müssen, denen sie gemeinsam zugestimmt haben. Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Auf jeden Fall müssen wir uns in Europa davor hüten, in die Vergangenheit zurückzufallen. Ich meine nicht einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland; das ist völlig ausgeschlossen. Aber jene "beggar your neighbour policy", wie wir sie gerade in Südostasien erleben. Ich sehe hierin auch eine Verpflichtung Europas gegenüber der übrigen Welt.

Die Dinge mit Geduld und Ungeduld anzugehen, fällt mitunter schwer. Ich habe kürzlich ein Buch des französischen Philosophen Alain Finkielkraut gelesen, in dem er fragt, ob das 20. Jahrhundert ein sinnloses Jahrhundert gewesen sei. Das wäre eine schreckliche Vorstellung, wenn dem so wäre. Ich meine, da wir nicht umhinkönnen weiterzumachen, sollten wir alle Möglichkeiten, die sich uns bieten, wahrnehmen.

Wir brauchen nach wie vor starke Nationalstaaten, aber auch die Einsicht, daß der seit Thukydides' Zeiten unveränderte Grundsatz internationaler Beziehungen: "Die Großen tun, was sie wollen, und die Kleinen leiden, was sie müssen" nicht länger mehr gültig ist. Denn wie wir während der Zeit des kalten Krieges gesehen haben, sind auch die Großen nicht mehr frei zu tun, was sie wollen. Deshalb meine ich, gibt es nichts Wichtigeres als Rechtsstaatlichkeit in den internationalen Beziehungen. Dort, wo die

nationale Souveränität der Realität nicht mehr entspricht, kommt dem Begriff der Subsidiarität die eigentliche Bedeutung zu.

### **Stürmer**

Herr Kohnstamm, vielen Dank für diese Synthese einer zugleich philosophischen und eminent praktischen Annäherung an das Problem. Herr Brok sollte uns jetzt erklären, wie man enorme Ungeduld mit enormer Geduld verbinden kann.

### **Brok**

Vor einiger Zeit habe ich die Ergebnisse einer Meinungsumfrage über die Einstellung der jungen Generation in Deutschland zu Europa gelesen. Dabei kam heraus, daß sich die jungen Menschen auf der einen Seite mit der Region, in der sie leben, identifizieren und auf der anderen Seite mit der Idee von Europa - was nicht mit den europäischen Institutionen gleichzusetzen ist. Der Nationalstaat spielt da nur eine eher untergeordnete Rolle.

Zweifellos ist der Nationalstaat zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen wichtig. Aber dies sollte in einer Weise geschehen, daß das eigentliche Motiv von Europapolitik, nämlich den Nationalstaaten die Instrumente zu entziehen, Krieg gegeneinander zu führen, beachtet wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wollte man keine klassischen völkerrechtlichen Verträge abschließen, sondern bestimmte nationale Kompetenzen an gemeinschaftliche supranationale Institutionen abgeben. Deshalb hat Herr Kohnstamm völlig zu Recht auf die eminente Bedeutung der europäischen Rechtsordnung hingewiesen.

Die Europäische Union wirkt dort, wo sie über die entsprechenden Kompetenzen verfügt, wie ein Bundesstaat, und zwar im Rahmen gemeinsamer Institutionen, wie dies auch in einem Nationalstaat der Fall ist. Die Gesetzgebung geschieht mit unmittelbarer Wirksamkeit, worüber der Europäische Gerichtshof wacht.

Das eigentliche Geheimnis für den Erfolg der Europäischen Union sehe ich darin, daß sie das Ziel, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen, verwirklichen konnte. Im klassischen Völkerrecht schloß man nach kriegerischen Konflikten Verträge ab, die dann etwa dreißig Jahre lang eingehalten wurden, bis alles wieder von vorn begann. Jetzt hat man eine gemeinsame Rechtsordnung geschaffen, die nicht nur für die Regierenden unmittelbar wirksam ist, sondern auch die Bevölkerung und die Institutionen eines Landes bindet. Das ist eine völlig neue Ebene, deren Haltbarkeit, wie Herr Kohnstamm sagte, geradezu eine historische Revolution darstellt. Dieser Erfolg erscheint aber inzwischen den meisten Menschen als so selbstverständlich, daß sie ihn gar nicht mehr wahrnehmen.

Je weiter wir uns vom Zweiten Weltkrieg entfernen, um so weniger reicht als alleinige Begründung "nie wieder Krieg" aus, wenn wir der Europäischen Union mehr Kompetenzen verschaffen wollen: Vielmehr heißt die Losung jetzt auch: "Gemeinsam die Zukunft gewinnen." Beides gehört nach einer Formulierung von Jacques Delors zusammen. Wir müssen prüfen, inwieweit der Nationalstaat dem noch gerecht wird.

Kann er beispielsweise die organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen? Oder wie steht es um die Bewältigung der Arbeitslosigkeit? Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist seit langem klar, daß die Nationalstaaten allein nicht mehr viel ausrichten können. So hieß es beim Ecofin-Rat im Oktober 1997: Um die Währungsunion funktionsfähig zu machen, muß der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten unterbunden werden. Das heißt, selbst die Steuerhoheit ist dann nicht mehr voll souverän zu handhaben. Und um die ständig steigende Verschuldung des öffentlichen Haushaltes zu Lasten der kommenden Generation zu bremsen, bedurfte es erst eines europäischen Projektes, nämlich der Währungsunion. Die Nationalstaaten haben sich als unfähig erwiesen, dies für sich zuwege zu bringen. Die Maastricht-Kriterien waren für die nationalen Regierungen gewissermaßen ein Alibi, um die notwendigen Sparmaßnahmen durchzuführen. Und in Deutschland würden wir uns noch lange nicht zu einer Liberalisierung von Telekommunikation, Post und Energie bereit gefunden haben, wenn uns Brüssel nicht dazu gezwungen hätte. Weitere Beispiele ließen sich anführen.

Auch was die Informationstechnologien angeht, zeigen sich die Grenzen nationaler Gesetzgebung, die überhaupt nicht mehr in der Lage ist, Jugendschutz, Urheberrecht, Datenschutz zu gewährleisten. Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung ist jedenfalls mit nationalen Gesetzen nicht zu steuern.

So wie Max Kohnstamm sage ich: Souveränität gibt es nur dort, wo man die Macht hat, sie durchzusetzen, und die Bereiche, wo das möglich ist, werden immer weniger. Die Frage ist, wie wir

auf diesen Tatbestand reagieren. Reicht dafür der klassische intergouvernementale Ansatz aus, der formal die Souveränität des Nationalstaates bestehen läßt, oder müssen wir einen neuen Weg in Richtung gemeinsamer Rechtsordnung gehen? Jedenfalls stellen wir fest, daß die Europäische Union nur dort erfolgreich agiert, wo sie auf der Grundlage der Rechtsordnung und der gemeinschaftlichen Zuständigkeiten operiert.

Deshalb sind in Amsterdam folgerichtig alle Bereiche der Rechts- und Innenpolitik, die mit der Setzung von Normen und Standards zu tun haben, von der intergouvernementalen dritten Säule in die gemeinschaftliche erste Säule überführt worden. Das geschah noch unter Wahrung des Einstimmigkeitsprinzips, das aber fünf Jahre nach Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages durch einfache Ratsentscheidung durch das Mehrheitsprinzip abgelöst werden wird. Dazu bedarf es, wie vertraglich festgelegt, dann keiner Regierungskonferenz mehr.

Als Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Regierungskonferenz nehme ich eines deutlich wahr: Die eigentliche Schwierigkeit, Europa voranzubringen, kommt nicht von den Bürgern, auch nicht von den Politikern - es gibt inzwischen eine breite Übereinstimmung zwischen europäischen und nationalen Parlamentariern;- , sondern von den nationalen Bürokratien. Jedes Ministerium beteuert, es sei im Prinzip für Mehrheitsentscheidungen - aber im eigenen Bereich nicht, weil davon die Zukunft der Nation abhängt. Als es beispielsweise um die Ausdehnung des Artikels 113 ging, gab es am Ende einen Annex mit dreieinhalb Seiten Ausnahmen, bei denen die Mehrheitsentscheidung nicht greifen durfte. Inzwischen ist die ganze Sache Gott sei Dank gekippt worden, so daß wir jetzt einen neuen Anfang machen können.

Auf meine Anfrage beim Bundesarbeitsminister bezüglich der von ihm geforderten Ausnahmen antwortete er mir, er verstehe die ganze Aufregung nicht; er habe doch lediglich drei Ausnahmen vorgeschlagen. Mit zwei weiteren Ministerien, die genauso argumentieren, sind wir dann schon bei neun Ausnahmen pro Land - und das Ganze mal fünfzehn. Keines dieser Ministerien war in der Lage, das eigene Partikularinteresse in ein Gemeinschaftsinteresse zu übersetzen. Die begriffen gar nicht, wovon ich überhaupt redete. Sie sollten sich einmal anhören, wie Oberregierungsräte sich unterhalten, wenn sie des Morgens mit dem Zug von Bonn oder Köln nach Brüssel fahren, um dort als Standortträger der nationalen Souveränität von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen. Da weiß man dann, wer die eigentlichen Bremsen im europäischen Zug sind.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Unsere Amtsstuben sind kompetenzorientiert, während die Bürger lösungsinteressiert sind. Dem Bürger ist völlig gleichgültig, wer bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität die Zuständigkeit hat - das Land, der Bund oder Europa; er will Sicherheit. Doch aus den Amtsstuben wird ihm erklärt, was sein angeblich wahres Interesse ist.

Ich bin nun durchaus der Meinung, daß wir den Nationalstaat weiterhin als Identifikationsträger brauchen, was mit Geschichte, Sprache und vielen anderen Dingen zu tun hat. Das ist aber immer weniger eine Frage der Wahrnehmung nationaler Interessen durch den Nationalstaat.

Auf dem letzten CSU-Parteitag gab es einen Antrag von Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung, demzufolge die sozialen Sicherungssysteme künftig nicht mehr bundesweit, sondern nur noch regional gelten sollten. Bayern sei schließlich nicht bereit, die Zuschüsse für die Krankenkassen in Mecklenburg oder Schleswig-Holstein mitzutragen. Was sich hier zeigt, ist eine Entsolidarisierung, die bereits innerhalb Deutschlands stattfindet.

Wie sehr dieser regionale Egoismus auf die europäische Ebene überschwappt, will ich mit einer Zahl belegen: Es gibt heute mehr Vertreter der Bundesländer in Brüssel, als unsere ständige Vertretung dort hat. Durch Beschluß des Bundesrates werden ständig neue Leute benannt, so daß inzwischen an die vierhundert Landesbeamte in den Gremien der Kommission und des Ministerrates tätig sind.

Nachdem wir das große Ziel der deutschen Einheit erreicht haben, lassen wir es zu, daß in Brüssel mehr und mehr die Partikularinteressen der einzelnen Bundesländer dominieren.

## **Stürmer**

Gewissermaßen die Rückkehr zu 1648.

## **Brok**

Dabei sind wir mehr denn je darauf angewiesen, daß es innerhalb der EU handlungsfähige Nationalstaaten gibt. Wenn wir davon abgehen, gefährden wir die Europäische Union insgesamt.

Nach Amsterdam bin ich der Auffassung, daß wir in der Europäischen Union nur noch in einigen wenigen Bereichen zusätzliche europäische Kompetenzen brauchen. Was nötig ist, sind Instrumente,

um die vorhandenen Kompetenzen wahrnehmen zu können. Dazu gehört insbesondere die Erweiterung des Prinzips der Mehrheitsentscheidungen. Die Europäische Union ist überall da funktionsfähig, wo das Mehrheitsprinzip wirksam ist. Nur auf diese Weise konnte der Gemeinsame Binnenmarkt so schnell realisiert werden. Wenn die Finanzminister den Steuerwettbewerb unterbinden wollen, warum stimmen sie dann nicht auf dem Gebiet der Steuerpolitik Mehrheitsentscheidungen zu? Bei einer Erweiterung auf 20 oder 25 Mitglieder sind institutionelle Reformen die Voraussetzung, um zu verhindern, daß die Europäische Union entscheidend geschwächt wird und praktisch ihren Wert verliert.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Der Bundesfinanzminister ist für Einstimmigkeit bei den Strukturfonds, weil er Geld sparen möchte; der spanische Ministerpräsident ist für Einstimmigkeit, weil er mehr Geld aus den Fonds haben möchte. Nicht beide können recht haben. Aber bei 20 oder 25 Mitgliedern würde bei einer Beibehaltung des Vetoprinzips keinerlei sachgerechter Mitteleinsatz mehr funktionieren, weil sich die Mitglieder nur noch gegenseitig zu erpressen suchen. Das gilt für die alten Mitglieder genauso wie für die neuen - um hier nicht falsch verstanden zu werden. Das heißt, ein sinnvoller Einsatz der fünfzig Milliarden DM! aus dem Strukturfonds zugunsten benachteiligter Regionen oder Gruppierungen ist nur möglich, wenn es auf diesem Gebiet Mehrheitsentscheidungen gibt. Gott sei Dank hat man dies wenigstens im Bundesforschungsministerium begriffen und daraufhingewirkt, daß in Amsterdam in der Forschungspolitik das Mehrheitsprinzip eingeführt wurde.

Wir müssen also die Instrumente verbessern, um die vorhandenen Kompetenzen wahrnehmen zu können. Was nützen der EU Kompetenzen, die nicht genutzt werden können - wofür sie sich auch noch beschimpfen lassen muß.

In Amsterdam ist die Rechtsordnung auch für den Bürger gestärkt worden. Das gilt für die Europäischen Konventionen für Grund- und Menschenrechte sowie für die Sozialcharta des Europarates von 1961 und von 1989. Diese Konventionen für bürgerliche und soziale Grundrechte sind im Vertrag verankert worden, noch nicht mit dem Ziel individueller Einklagbarkeit, aber als Bewertungsgrundlage für eine gerichtliche Überprüfung im Sinne der europäischen Gesetzgebung. Das ist ein erheblicher Schritt voran auf dem Wege zu einem rechtsstaatlichen Europa.

Wir sind auch im Bereich der Demokratie weitergekommen. Das Europäische Parlament ist nunmehr gleichberechtigter Mitgesetzgeber in allen Fällen, in denen im Rat mit Mehrheit entschieden wird. Ausgenommen sind lediglich bestimmte Teile der Agrarpolitik. Das gilt im übrigen auch für die bereits erwähnte Rechts- und Innenpolitik, die ja automatisch der Mitentscheidung des Parlaments unterliegen, wenn sie in die Mehrheitsentscheidung überführt werden.

Der Kommissionspräsident wird in Zukunft durch das Europäische Parlament gewählt. Dies wird eine erhebliche Veränderung bewirken. Denn die Regierungschefs werden sich ab 1999 sehr genau überlegen, daß sie nur jemand vorschlagen, der im Europäischen Parlament auch eine Mehrheit findet. Das wird auf die Dauer die Politisierung der Europäischen Union voranbringen. Der solchermaßen demokratisch legitimierte Kommissionspräsident wird auch das Recht haben, die Kommissare, die die Mitgliedsstaaten vorschlagen, mit zu benennen. Etwas erhält er eine Art Leitlinienfunktion.

Was wir zusätzlich brauchen, ist eine größere Transparenz der Entscheidungen des Ministerrats, die bisher nicht öffentlich sind. Damit ist er wohl die einzige gesetzgeberische Körperschaft - vielleicht mit Ausnahme des Chinesischen Volkskongresses;-, bei dessen Entscheidungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Ich will keine Fernsehkameras im Ministerrat; aber die Sitzungsprotokolle müßten in einer Form veröffentlicht werden, daß sich nachvollziehen läßt, welche Regierung mit welchen Begründungen wie abgestimmt hat. Im Ministerrat und im Europäischen Parlament besteht dann die Möglichkeit, bei Entscheidungen nachzuvollziehen, wer wann für was in Europa zuständig ist. Bisher geriet im Falle unsinniger Entscheidungen immer die Union als Ganzes in die Kritik, weil sich nicht feststellen ließ, wer letztlich dafür verantwortlich war.

Wenn wir auf diesen Feldern vorankommen und die mit dem Amsterdamer Vertrag sich bietenden Chancen tatsächlich nutzen, wird die Europäische Union bei den Bürgern auch an Akzeptanz gewinnen.

### **Stürmer**

Ich will einen Punkt nicht unerwähnt lassen, Herr Brok. Herr Bütler hat gestern mit sehr viel Überzeugungskraft am Beispiel der Schweiz gezeigt, daß dort zwischen den einzelnen Kantonen sehr unterschiedliche Steuersätze miteinander konkurrieren. Auf diese Weise würde beispielsweise verhindert, daß überall im Lande die Staatsquote ansteige. Dem ist hier nicht widersprochen worden.

Zu fragen wäre also, ob eine Angleichung der Steuergesetze in ganz Europa die Inflexibilität, unter der Europa ohnehin leidet, nicht noch verstärken müßte.

### **von der Gablentz**

Dieses ungeheuer komplizierte System in Europa kann nur funktionieren, wenn es Menschen gibt, die in etwa die Zusammenhänge kennen, die aber zugleich ungeduldig sind, die europäischen Dinge voranzubringen. Wenn dieses Europa funktionieren soll, brauchen wir in den nationalen wie in den europäischen Amtsstuben, und nicht nur dort, gebildete und engagierte Europäer. Woher bekommen wir die?

Am Europa-College in Brügge versuchen wir, solche kompetenten, engagierten und erfahrenen Europäer auszubilden. Interessanterweise treffen Sie solche Europäer heute überall in Institutionen und Regierungsapparaten an. Sie sind nationalen Weisungen unterworfen, haben aber begriffen, daß es nicht nur von den Weisungen abhängt, ob dieses Europa erfolgreich ist. Sie wissen, daß sie in einem Netz europäischer Zusammenarbeit Erfolg haben müssen - auch gegen den oft hinhaltenden Widerstand nationaler Institutionen.

### **Heuven**

Als Amerikaner sollte ich sehr vorsichtig sein, mich zur EU zu äußern, insbesondere wenn es um die inneren Angelegenheiten der EU geht.

Ich habe den Ausführungen von Max Kohnstamm mit größtem Respekt zugehört. Er ist eines der Wahrzeichen der EU, und so wie er seine Ansichten dargelegt hat, fällt es schwer, ihm nicht zuzustimmen. Ich verstehe, daß die Europäische Union auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit aufbauen muß, und als Rechtsanwalt weiß ich, daß man dieses Ziel sehr behutsam und mit aller Beharrlichkeit verfolgen muß. Seine Ausführungen stehen jedenfalls in der großen kontinentaleuropäischen Tradition des Rechtsstaates, zu der viele seiner Landsleute in diesem Jahrhundert einen beachtlichen Beitrag geleistet haben.

Man kann aber auch auf andere Weise an diese Dinge herangehen. Herr Kohnstamm hat zu Recht gesagt, die EU sei im wesentlichen ein politisches Instrument, das einem politischen Erfordernis entspricht. Aus meiner Sicht ist es heute für Europa politisch notwendig - nicht nur für das EU-Europa, sondern für ganz Europa;- , daß die Europäische Union so schnell wie möglich sich ganz weit öffnet. Es wäre natürlich schön, wenn die EU Zeit hätte, sich zunächst selbst zu vervollkommen, bevor sie sich behutsam und maßvoll erweitert. Aber die Lage in Europa und der Welt ist von einem Wandel geprägt, wie wir ihn seit knapp zehn Jahren erleben, und dieser Prozeß verlangsamt sich nicht, sondern beschleunigt sich noch.

Das gemächliche Tempo, das Herr Kohnstamm beschrieben hat, entspricht leider nicht der Geschwindigkeit, die dieser Kontinent politisch heute braucht. Deshalb wäre mein Vorschlag, daß zusätzlich zu den Bemühungen, die er nahelegt - und die ich in keiner Weise ablehne;- , die EU auch nach anderen Wegen sucht, um ihre Beziehungen zum übrigen Europa zu intensivieren und diese Länder in den europäischen Prozeß hineinzuziehen, wo immer dies möglich ist. Das ist vielleicht ein anderer Weg, jenseits von Rom, Maastricht und Amsterdam. Aber ohne einen solchen Weg wird die Teilung Europas letztlich bestehenbleiben, und eben das wollen wir nicht.

Mein Eindruck ist, daß Herr Kohnstamm ebenfalls an einen solchen Weg denkt, auch wenn er das nicht ausdrücklich sagt. Zumindest meinte er, er wisse nicht, wohin es die EU womöglich führen wird, wenn der Erweiterungsprozeß langsam vonstatten geht. Deshalb ließ er Raum für eine andere Zukunft, die wir heute noch nicht absehen können. Mein Vorschlag wäre, diesen anderen Weg als eine Art Zwischenlösung zu verstehen, die den akuten politischen Erfordernissen entspricht.

### **Skubiszewski**

Herr Kohnstamm hat erneut die Frage der Erweiterung angesprochen, und der Eindruck, der sich mir aufdrängt, ist, daß es hierzu an jeglicher Dynamik und Vision fehlt. So, wie die Erweiterung hier diskutiert wird, geschieht es eher ein wenig bekümmert, ja ungehalten und geradezu resigniert, nach dem Motto: "Wir kommen nun einmal nicht darum herum, so wie die Lage ist." Dahinter steht keine wirkliche Überzeugung. Diese Überzeugung mag bei einigen Regierungen vorhanden sein, insbesondere bei der deutschen, doch an diesem Tisch findet sie sich nicht. Herr Kohnstamm hat im Grunde nur über die Schwierigkeiten der Erweiterung gesprochen und ist nicht auf Argumente eingegangen, die dafür sprechen und die ich in Antwort auf Herrn von Weizsäcker angeführt habe.

Sie sprachen beispielsweise über die Wahlen in Polen und im nächsten Jahr in Deutschland, die die Verhandlungen beeinträchtigen und zu Verzögerungen führen könnten. Dabei haben die Verhandlungen noch nicht einmal begonnen. Die Beitrittskandidaten sprechen auf verschiedenen Ebenen mit der EU, aber dies ist erst der Beginn, und ich kann Ihnen versichern, daß ein Regierungswechsel in Warschau, in Budapest oder auch in Prag keinerlei Einfluß auf diese Verhandlungen oder auf unsere Bemühungen, in der Europäischen Union Aufnahme zu finden, haben werden, weil es sich dabei um eine Zielsetzung unserer nationalen Politik handelt, die ungeachtet der Parteiunterschiede besteht. Ich bin in der Tat sehr erstaunt, wie Sie hier argumentiert haben, was erneut eine gewisse Unentschlossenheit gegenüber der Erweiterung deutlich macht. Man sucht nach Schwierigkeiten und läßt sich in gewisser Weise von ihnen hypnotisieren.

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß es Befürworter eines "kleinen Europa" gibt. Giscard d'Estaing ist ganz offen dafür. Er möchte Europa auf das Reich Karls des Großen begrenzt sehen. Das ist aber kein Konzept für die Gegenwart, und diejenigen, die dafür eintreten, haben anscheinend die Tragödie der verheerenden Bruderkriege vergessen, die in Europa in diesem Jahrhundert stattgefunden haben.

Herr Kohnstamm fragte, wohin der Erweiterungsprozeß führen werde, aber er gab keine Antwort darauf. Ich denke, es ist völlig klar - vielleicht bin ich ja naiv;- , daß er die Einheit Europas herbeiführen wird. Mit einem "kleinen Europa" werden Sie keines der europäischen Probleme der Vergangenheit lösen, die ein Fluch unserer gemeinsamen Geschichte sind.

Auch bei Herrn Calleo hatte ich den Eindruck, die beste Lösung sei, wenn alles so bliebe, wie es ist. Da kann ich wiederum nur sagen, daß mich diese Passivität, diese engstirnige Haltung geradezu sprachlos macht. Ich kann daraus nur den Schluß ziehen, daß offensichtlich noch nostalgische Gefühle für ein geteiltes Europa gehegt werden, für ein Europa mit Staaten verschiedener Klassen, von denen einige für die Integration in Frage kommen, während andere offenbar auf Dauer in einer Pufferzone zwischen Deutschland und Rußland verbleiben sollten.

Herr Kohnstamm lobte den Gerichtshof der Europäischen Union. Ich stimme dieser Wertschätzung voll zu, aber ich würde dem Gerichtshof keine Sonderrolle zubilligen. Die Stärke der Union ist die Ausgewogenheit zwischen ihren verschiedenen Organen. Es gibt eben nicht nur eine europäische Rechtsprechung, sondern vor allem auch eine Legislative und eine Exekutive der europäischen Integration, nämlich den Ministerrat und die Kommission.

Mir ist nicht ganz klar, was Herr Kohnstamm über die zweite und dritte Säule gesagt hat. Ich denke jedoch, angesichts Ihrer Betonung des Rechtsstaatsprinzips kommt der dritten Säule größte Bedeutung zu. Sie sagen, hier gehe es um Aufgabenstellung und Zwecksetzung und nicht um einen Komplex rechtlicher Bestimmungen, wie wir sie bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration in der ersten Säule vorfinden. Das wird sicher kommen.

Aber Fragen der Staatsangehörigkeit, des Asyls, der Verbrechensbekämpfung wie des Terrorismus, Grenzkontrollen, also das gesamte Schengener Abkommen und seine Folgen, sowie andere Tatbestände, die der dritten Säule zugehören, sind von größter Bedeutung, und zwar nicht nur für die Rechtsstaatlichkeit in der Gemeinschaft, sondern auch für die Zukunft der Union, weil sie dazu beitragen, das zu schaffen, was man in Deutschland zutreffend "Bürgernähe" nennt, für die in der Gemeinschaft ein Defizit besteht, gerade im Hinblick auf die Politik ihrer Institutionen. Dieses Defizit hat die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages und auch die Abfassung des Vertrages von Amsterdam beeinträchtigt.

Als Schlußfolgerung würde ich die entscheidende Bedeutung der Reform sowohl der Institutionen als auch der Entscheidungsprozeduren und der damit einhergehenden Machtverteilung unterstreichen. Die Beitrittskandidaten sind sich dessen sehr bewußt, aber wir fragen uns: Warum kann diese Reform nicht zuwege gebracht werden? Die Gemeinschaft wurde auf der Grundlage dessen errichtet, was die Nationen vereint. In unserer Diskussion stelle ich statt dessen fest, daß man stärker betont, was die verschiedenen Nationen voneinander trennt und die daraus resultierenden Reformschwierigkeiten.

### **Kohnstamm**

Offenbar habe ich mich sehr unklar ausgedrückt, Herr Skubiszewski, daß Sie mich so mißverstehen konnten. Während der Westen Europas bereits 1945 die Chance erhielt, sich im Sinne von Demokratie und Freiheit zu entwickeln, kommt der Osten Europas erst jetzt in diese Lage. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Europäische Union es nicht überleben wird, wenn die Erweiterung nicht gelingt. Das ist mir so selbstverständlich, daß ich es nicht eigens erwähnt habe. Die jetzige Erweiterung ist für die Gemeinschaft das wichtigste Ereignis seit ihrer Gründung.

Aber wenn selbst zwei so überzeugte Europäer sich in dieser Weise mißverstehen können, zeigt das einmal mehr, wie schwer es sein wird, sich in Europa wirklich zu verständigen. Es geht nicht nur darum, daß die Verhandlungen aufgenommen werden - das wird zweifellos der Fall sein;- , sondern es kommt darauf an, daß diejenigen, die die Verhandlungen führen, versuchen müssen, sich in die Lage des anderen hineinzusetzen, um zu verstehen, wie es tatsächlich um ihn steht. Es braucht seine Zeit, bevor die Chemie zwischen den Menschen stimmt, und wir sollten auch nicht vergessen, daß wir in einer Sprache miteinander reden, die weder die meine noch die Ihre ist.

Ich will noch einmal die Bedeutung des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg betonen. Die Europäische Union kann sicher eine Zeitlang mit einem nicht voll funktionsfähigen Ministerrat oder auch mit einer schwachen Kommission überleben; sie wird jedoch scheitern, wenn der Gerichtshof Fehler begeht, weil dann die Rechtsstruktur in Europa in Frage gestellt wird. Ich stimme Ihnen voll zu, daß wir im dritten Pfeiler die Entscheidungsfähigkeit stärken müssen, die heute erst in Ansätzen verwirklicht ist. Wir haben jahrelang darum gestritten, damit Entscheidungen im dritten Pfeiler ebenfalls der Luxemburger Gerichtsbarkeit unterstehen.

Um es nochmals deutlich zu sagen: Ich bin nicht nur ein Befürworter der Erweiterung, sondern sehe darin unsere größte Chance. Aber sie muß gut gemacht werden, und das ist nicht einfach, weil die Dinge, um die es dabei geht, äußerst kompliziert sind und sehr viel gegenseitiges Verständnis und auch vertrauensvolle persönliche Beziehungen brauchen. Die ganze Frage der Kommunikation ist also ein außerordentlich wichtiges Thema, und wir brauchen viel Geduld und die Bereitschaft, einander zu verstehen.

### **Calleo**

Ich möchte von Herrn Skubiszewski nicht falsch verstanden werden. Ich versuche keineswegs, den kalten Krieg fortzusetzen, ganz im Gegenteil. Der Vorwurf der Nostalgie für den kalten Krieg ist nicht ohne Ironie, wenn er von Leuten kommt, die die NATO-Erweiterung befürworten und neben den gegenwärtigen Kandidaten dabei auch Länder wie die Ukraine und die baltischen Staaten im Auge haben, Rußland aber nicht. Ich habe gesagt, daß viele amerikanische Europa-Experten über die großen Schwierigkeiten bei der EU-Erweiterung besorgt sind. Angesichts der langsamen bisherigen Fortschritte fragen sie sich, ob das überhaupt gelingen wird.

Die Schwierigkeiten der EU-Erweiterung wahrzunehmen, heißt nicht, die enormen Leistungen der EU in den letzten fünfzig Jahren zu verkennen. Ich war wie Sie alle bewegt, als uns Herr Kohnstamm an das bisher Erreichte und an die dahinterstehende moralische Kraft erinnerte. Meiner Meinung nach hat Europa mit Erfolg eine neue politische Form geschaffen. Die EU ist weder eine Föderation im Sinne eines Nationalstaats im Großformat noch ist sie ein Imperium. Europas alte Nationen sind in dieser Union nicht verschwunden, sondern in vieler Hinsicht durch sie noch effektiver geworden. Die daraus entstandene Struktur ist jedoch sehr komplex und flexibel, aber die Prozesse brauchen Zeit.

Da abzusehen ist, daß die Beitrittsverhandlungen langsam vorangehen und die Übergangsphasen lang sein werden, sollte man vielleicht doch auf Mitterrands Idee einer europäischen Konföderation zurückkommen. Ich selbst kann mir jedenfalls nur schwer vorstellen, daß die EU auf lange Sicht auf die Erweiterung verzichten kann.

Die Erweiterung bedeutet in der Tat eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung für die EU. Es ist jedoch wichtig für die Gemeinschaft, das Erreichte ebenso zu bewahren wie zu erweitern. Es wurde zu Recht daraufhingewiesen, daß die Erweiterung nicht dazu führen darf, die wirtschaftlichen Perspektiven jener Länder zu beeinträchtigen, die sich transformieren, um in die EU zu kommen. Das kann leicht geschehen, wie die ostdeutschen Erfahrungen gezeigt haben, trotz der enormen Transferzahlungen - oder gerade deswegen?

Es trifft auch zu, daß in der EU eine erhebliche Spannung besteht, auf der einen Seite die Agenda der 80-er Jahre, einschließlich Binnenmarkt und Währungsunion, zu erfüllen und auf der anderen Seite die neue Agenda der Erweiterung anzugehen. Es ist nichts dadurch gewonnen, das zu leugnen. Schwierigkeiten einzugestehen, ist der erste Schritt zu ihrer Lösung.

Um mit den Problemen dieser konfliktträchtigen Doppelagenda fertig zu werden, bedarf es einer geschickten und starken Führung, die in der Lage ist, die unterschiedlichen Interessen zu überbrücken. Ich hoffe, daß es vorschnell ist, das Ende der deutsch-französischen Partnerschaft zu beklagen oder zu feiern, wie einige dies tun. Wenn diese Partnerschaft tatsächlich scheitert, dürften sich die Zukunftsaussichten der Gemeinschaft erheblich schlechter darstellen, als ich hoffen möchte.

Lassen Sie mich noch einmal auf die angebliche Sehnsucht nach einem bipolaren Europa zurückkommen. Die NATO-Erweiterung riskiert die Rückkehr zu diesem bipolaren Europa, in dem die

Trennungslinie um einige hundert Kilometer nach Osten geschoben wird. Diese neue Linie ist natürlich gegen etwaige Bedrohungen militärisch noch weitaus schwerer zu verteidigen. Und so wie die NATO gegenwärtig dasteht, würde dies bedeuten, daß die Belastungen, um diese neue Linie zu verteidigen, ganz wesentlich meinem Land zufallen würden. Im Ergebnis wären die Vereinigten Staaten gefordert, Ehre und Überleben zu verpfänden, um eine neue bipolare Trennlinie zu verteidigen. Das bedeutet nämlich einen erweiterten Artikel 5.

Sie werden mir nachsehen, wenn ich mich frage, ob wir und andere wirklich darüber nachgedacht haben, was wir hier eigentlich tun, um eine solche apokalyptische Verpflichtung glaubhaft zu machen. Ist es klug, davon auszugehen, daß wir dieser Verpflichtung wahrscheinlich niemals nachkommen müssen? Ist die Erweiterung der NATO die konstruktivste Antwort an die Russen? Schließlich waren sie es und nicht die NATO, die Osteuropa befreit haben. Sollten wir diese Leistung nicht honorieren und sie ermutigen, darauf stolz zu sein und auf diesem Weg weiterzumachen? Setzen wir mit NATO-Erweiterungen, die Rußland außen vor lassen, ein gutes Beispiel für die Art von Verhalten, die wir von Rußland erhoffen? Ist eine solche Politik ein kreativer Beitrag für eine kooperative Ordnung in Europa?

Natürlich ist es für viele irritierend, wenn sie eine wachsende Tendenz ausmachen, die Russen in die NATO aufzunehmen. Das geschieht deshalb, weil die russische Kooperationsbereitschaft unerlässlich ist für die ambitionierte Rolle des westlichen Sicherheitsmanagements, das die NATO auf etwas hinarbeiten läßt, was man als "Größeres Europa" bezeichnen könnte und das sich bis nach Mittelasien, die Golfregion, den gesamten Nahen Osten, Nordafrika und so weiter erstreckt. Je entschiedener die NATO diese Zielsetzung verfolgt, desto wichtiger erscheint die Verbindung zu Rußland. In all dem liegt so etwas wie eine geschichtliche List der Vernunft. Der Ehrgeiz der NATO verwandelt sie in einer Weise, die sich grundlegend von dem unterscheidet, was die Befürworter der Erweiterung beabsichtigt hatten.

### **Brok**

Wenn Sie erleben, wie in diesen Tagen die Entscheidung des Europäischen Parlaments zum Vorschlag der Kommission für die Agenda 2000 vorbereitet und wie darum gerungen wird, dann werden Sie feststellen, daß von Resignation keine Rede sein kann. Dabei dürfte der wichtigste Punkt sein, daß nicht nur die Beitrittskandidaten ihre Hausarbeiten machen müssen, nämlich Anpassung ihrer Rechtsordnungen, Entwicklung der Wirtschaft und so weiter, sondern auch die Europäische Union erhebliche Aufgaben zu erledigen hat, wie etwa die Reform der Institutionen. Das bedeutet nicht, die Erweiterung zu verzögern, sondern sie überhaupt erst möglich zu machen.

Wir müssen dabei allerdings auch sehen, Herr van Heuven - da liegt manches Mißverständnis in den Vereinigten Staaten;- , daß die Erweiterung der Europäischen Union nicht so zu interpretieren ist, daß die EU gewissermaßen als Ersatz für diejenigen Länder anzusehen ist, die nicht in die NATO aufgenommen werden. Die Europäische Union versteht sich nicht als eine Freihandelszone, sondern sie hat eine politische Finalität, und die Erweiterung muß sich auch an dieser Zielsetzung orientieren.

Wenn also dieser Tage von "Differenzierung ohne Diskriminierung" die Rede ist, dann geht es vor allem darum, diesen Gedanken technisch sauber umzusetzen. Wollte die Kommission mit sämtlichen elf Beitrittskandidaten gleichzeitig bilateral verhandeln - um niemand das Gefühl der Benachteiligung zu vermitteln;- , werden wir in ein Chaos geraten, und die Erweiterung wird lange auf sich warten lassen. Deshalb plädieren wir für eine Differenzierung. Diskriminierung kann ja nicht nur darin bestehen, daß ein Land nicht sofort in die Verhandlungen einbezogen wird, sondern auch darin, daß der Kandidat, der am weitesten entwickelt ist, zu lange warten muß, bis er aufgenommen wird, weil die anderen Länder noch nicht soweit sind.

Wir meinen, daß es wichtig ist, jedem Land das Gefühl zu geben, es hat die Perspektive des Beitrittes, und daß es dies auch seiner Bevölkerung sagen kann, im übrigen aber mit denen, die am weitesten fortgeschritten sind, möglichst schnell zu verhandeln. Ich bin in dieser Hinsicht etwas optimistischer und meine, die ersten Länder können bereits im Jahre 2003 Mitglied sein.

### **Stürmer**

Zu den Hausaufgaben der jetzigen Mitgliedsländer gehören natürlich auch so gewichtige Dinge wie Reform der Agrarpolitik, Strukturfonds und so weiter.

### **Reiter**



Ich freue mich, daß Herr Kohnstamm eben noch einmal so klar gesagt hat, daß die jetzt anstehende Erweiterung der Europäischen Union die größte Chance für dieses Europa ist - eine Chance, die wohl kaum jemand nach fünfzig Jahren erwartet hat. Ich stimme ihm auch zu, daß schwache Nationalstaaten und schwache Regierungen eher eine Gefahr für die Erweiterung darstellen als starke - das gilt sowohl für die heutigen Mitgliedsländer wie für die Beitrittskandidaten. Im übrigen habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten betont, die Beitrittsaspiranten seien viel zu brav und geduldig und würden sich nicht genügend zu Wort melden. Eine Ausnahme war vielleicht Vaclav Klaus, der sich immer wieder deutlich geäußert hat, aber jetzt weg vom Fenster ist.

Herr Stürmer und ich haben vor kurzem in London die beredte Klage einer britischen Politikerin gehört, als sie darüber sprach, welche Ängste ihre Wähler in Birmingham wegen der EU-Erweiterung hätten. Als man sie nach den Gründen fragte, wurde sehr schnell deutlich, daß zwischen den Ängsten ihrer Wähler und der EU-Erweiterung im Grunde überhaupt kein Zusammenhang bestand. Darauf sagte sie ein wenig resigniert: Das mag so sein; aber die Menschen in Birmingham werden das nicht begreifen. Wenn also die Politik nicht mehr in der Lage ist, den Menschen komplizierte Sachverhalte zu vermitteln und statt dessen Dinge verbreitet, an die sie selbst gar nicht glaubt, dann allerdings ist Europa wirklich in Gefahr - und nicht nur die Erweiterung.

Lassen Sie mich noch ein anderes Beispiel anführen. Die deutschen Teilnehmer hier wissen, was es mit den sogenannten Saisonarbeitern aus Polen auf sich hat, die in der deutschen Landwirtschaft arbeiten - womit sowohl die deutschen Landwirte als auch die polnischen Arbeiter sehr zufrieden sind. Man müßte also meinen, alles sei in Ordnung. Doch weit gefehlt. Statt dies zu unterstützen, will man es seitens der deutschen Politik stoppen. Da heißt es plötzlich: Jeder Deutsche, der eine solche Arbeit annimmt, erhält eine Prämie von 25 DM pro Tag, wenn er diesen Job übernimmt. Prämiiert wird somit die nationale Zugehörigkeit. Ich hätte nicht geglaubt, daß dies in Deutschland möglich sei. Doch wie es aussieht, ist die Nachfrage deutscher Arbeiter nach solchen Jobs nicht eben groß.

Herr Stürmer hat gefragt: Wie europäisch werden sich die neuen Mitglieder verhalten, wenn sie eines Tages der EU angehören? Ich kenne zwar die Norm nicht, an der solches Verhalten gemessen wird, aber die Frage ist berechtigt: Wieweit werden diese Länder ihre Erwartungen und Hoffnungen auf Europa richten? Was versprechen sie sich von Europa? Das dürfte vor allem davon abhängen, aus welchen Gründen sie der Europäischen Union beitreten wollen.

Die EU stellte sich 1989 nach der Wende vor allem als eine Friedensgemeinschaft dar. Das war der entscheidende Grund für unsere Länder; aber dieser Gesichtspunkt wird allmählich an Bedeutung verlieren. Wenn die NATO-Erweiterung stattfindet, wird die friedentiftende Funktion der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr die gleiche Attraktivität besitzen wie noch vor einigen Jahren.

Die andere Begründung ist die Chance, durch den EU-Beitritt die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen. Aber ist das wirklich der Fall? Vor kurzem hat mir ein estnischer Diplomat gesagt: Im Grunde würde Estland lieber auf die EU verzichten. Auf meine erstaunte Nachfrage, wie das zu verstehen sei, meinte er: "Wir sind viel mehr an der NATO interessiert. Mit unserer liberalen Wirtschaftspolitik entwickeln wir uns sehr schnell. Wir können jetzt aufs Gaspedal drücken - und eben daran würde uns die EU mit ihren Regulierungs- und Harmonisierungsvorschriften hindern. Vermutlich sind wir dann nicht mehr interessant für ausländische Investoren." Mag sein, daß seine Formulierung ein wenig überspitzt war, aber die Frage stellt sich in der Tat.

Die Erfahrungen aus früheren Erweiterungen haben gezeigt, daß die Entwicklungen vor dem EU-Beitritt weit schneller vor sich gingen als danach. Wie steht es also um die Entwicklungschancen der Beitrittsländer, wenn sie Mitglieder geworden sind? Herr Brok erwähnte das Stichwort Steuerharmonisierung. Wenn das die Botschaft ist, wird man viele Menschen in den Beitrittsländern verschrecken. Wenn auch wir die Steuern harmonisieren sollen, was bleibt uns dann als Trumpf im Konkurrenzkampf? Das werden die Beitrittsländer nicht mitmachen wollen. Darüber wird sicher noch gestritten werden.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Beitrittsländer ihre Entwicklungsziele erreichen könnten, bevor sie der EU beitreten. Aber das wird wohl nicht gelingen. Das heißt, die innere Entwicklung in unseren Ländern und der Beitrittsprozeß werden eher parallel laufen und sich auch in gewisser gegenseitiger Abhängigkeit vollziehen. Deshalb werden wir auch in Zukunft ungeduldig sein müssen, wie Herr Skubiszewski es hier deutlich formuliert hat.

## Walsum

Herr Brok hat festgestellt, daß die EU nur dort funktioniert, wo es qualifizierte Mehrheitsentscheidungen gibt. Wenn das zutrifft, ist es sicher kein Zufall, daß er mit keinem Wort über

die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen hat. Denn es ist klar, je näher man dem Verteidigungsbereich kommt, desto undenkbarer werden Mehrheitsentscheidungen. Herr Kohnstamm meinte sogar, in bezug auf Sicherheitsbereich seien Mehrheitsentscheidungen überhaupt unsinnig. Ich stimme ihm zu; doch in der Zeit vor dem Amsterdamer Gipfel wurde über Mehrheitsentscheidungen recht sorglos geredet.

Vielleicht erinnern Sie den Artikel, den Herr van Mierlo und Herr Kinkel gemeinsam zum Thema Mehrheitsentscheidungen veröffentlicht haben, und zwar lautete der Titel ungefähr: "Befreiung der EU vom Joch der Einstimmigkeit." Obgleich es darin nicht ausdrücklich gesagt wurde, mußte der Leser doch den Eindruck gewinnen, qualifizierte Mehrheitsentscheidungen seien das Allheilmittel für Handlungsfähigkeit, und zwar auf sämtlichen Feldern, also auch in dem Bereich, der die Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union am schmerzlichsten deutlich werden ließ, nämlich im früheren Jugoslawien.

Wenn wir die Europäische Union handlungsfähig machen wollen, haben wir die Wahl zwischen Mehrheitsentscheidung und Führung. Da es im Bereich Sicherheit keine Mehrheitsabstimmung geben kann, brauchen wir dort Führung. Herr Ischinger hat nun darauf hingewiesen, daß es in der Europäischen Union keine Führung gibt. Die GASP verzichte auf Führung. Er beschrieb dies gewissermaßen als eine Art gottgegebene Fügung und setzte hinzu: "Deshalb müssen wir auch im Sicherheitsbereich über die Einführung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung nachdenken." Das sei zwar äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich: "Doch welche andere Wahl haben wir?" Aus diesem Grunde sage ich: Ohne Führung geht es im europäischen Sicherheitsbereich nicht.

Die EU bietet dafür sicher kein geeignetes Modell. Das könnten wir aufgrund der intergouvernementalen Struktur eher bei der NATO finden. Die NATO braucht keine Entscheidungsapparatur, da sie mit einem dominanten Partner gesegnet ist. In der EU dagegen haben wir keinen dominanten Partner, und wir wollen ihn auch nicht. Die Frage lautet deshalb: Wer sollte die Rolle in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen, die die USA in der NATO spielen?

Deutschland allein kommt nicht in Betracht aus vielerlei Gründen, die ich hier nicht im einzelnen nennen muß. Deutschland und Frankreich, die zusammen bisher der Motor in der Union waren, haben nicht genügend Gewicht auf dem Gebiet der Sicherheit, um diese Aufgabe zu übernehmen. Wenn jedoch Deutschland und Frankreich ihre special relationship auf Großbritannien ausweiten würden, hätten wir eine Gruppe von drei Staaten, die diese Aufgabe erfüllen könnten. Interessanterweise sprach auch Herr Ischinger davon, es gäbe nur drei, die es können, und nannte diese drei Länder. Von daher vertrete ich die These, daß wir die führende Rolle dieser drei Länder anerkennen sollten. Solange sie diese Aufgabe zusammen wahrnehmen, haben wir die Garantie einer atlantischen Vereinbarkeit. Ich würde es eine Zwei-zu-eins-Garantie nennen, wenn ich unseren französischen Freunden gegenüber ein wenig unhöflich sein darf.

Ich spreche von der europäischen Sicherheitspolitik im Zusammenhang mit der NATO. Das heißt, wie Herr van Eekelen sagte, was wir tun, muß für die Vereinigten Staaten akzeptabel sein. Aber wir reden hier ja über Fälle, an denen die USA nicht beteiligt sein wollen. Nur diese Art von europäischer Sicherheitspolitik steht zur Debatte. Darüber können die Amerikaner nicht besorgt sein. Ihr isolationistischer Reflex wird dadurch nicht gereizt werden. Ganz im Gegenteil, wir würden die isolationistischen Tendenzen in den Vereinigten Staaten fördern, wenn wir weiterhin so handlungsunfähig bleiben wie bislang.

### **Gasteyger**

Jedes Mal, wenn ich als Schweizer zu Diskussionen über das Schicksal und die Zukunft der Europäischen Union eingeladen werde, kehre ich mit der Frage zurück: Wie kann ich diese Union dem Schweizer Bürger verkaufen? Die Probleme, die Sie hier diskutieren, vermitteln ja ein nicht eben sehr überzeugendes Plädoyer für die Funktionsfähigkeit und Reformfreudigkeit der EU. Aber das ist nur eine Seitenbemerkung eines seit 40 Jahren geplagten europäischen Schweizers.

Ich kann Ihnen sagen, Herr Skubiszewski, die Europäische Union ist selbst in den bilateralen Verhandlungen, die jetzt auch mit der Schweiz stattfinden, kein einfacher Partner. Das hat verständliche Gründe. Denn hier geht es zum Teil um äußerst heikle Fragen wie den Verkehr. Dabei machen sich in der EU mitunter völlig konträre Interessen geltend, nicht nur zwischen den Mitgliederstaaten, sondern auch zwischen ihnen und der Kommission. Dadurch werden die Verhandlungen notgedrungen überaus kompliziert und langatmig.

Von daher stellt sich mir die Frage: Wer definiert eigentlich, wer wirklich Europäer ist? Wieviel muß man zahlen, um von der Europäischen Union als Europäer akzeptiert zu werden?

Max Kohnstamm sagte, wir sollten den Begriff "politische Union" besser aus unserem Wortschatz streichen.

### **Kohnstamm**

Das Wort, nicht das Ziel. Mein Argument ist, daß die Gemeinschaft von Anfang an auf eine politische Union abzielt.

### **Gasteyger**

Ich würde nach wie vor meinen, daß eine politische Union die erklärte Zielsetzung bleiben sollte. Ich plädiere, ähnlich wie Herr Brok und Herr Skubiszewski, vor allem für eine Union der inneren Sicherheit. Herr Bütler hat die Vorteile des Föderalismus bei der Festsetzung von Steuersätzen erwähnt. Das sollte auch innerhalb der Europäischen Union möglich sein, wie Herr Reiter eben aus guten Gründen forderte.

Auf der anderen Seite vernehmen wir zu Recht ein Plädoyer für die Harmonisierung der Gesetzgebungen auf bestimmten Gebieten. Hier besteht also ein gewisses Dilemma: Einerseits die Notwendigkeit der Harmonisierung und andererseits die Grenzen des Föderalismus, wenn es um Fragen der inneren Sicherheit geht. So dürfte es für die Durchführung des Schengener Abkommens nicht eben förderlich sein, wenn föderalistische und teilweise sehr provinzielle Überlegungen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete der inneren Sicherheit behindern. Dies ist schon in der Schweiz ein Problem. Es könnte sich aus europäischer Ebene zweifellos noch verschärfen.

Jedenfalls stelle ich in meinen Arbeiten über Gewaltbegrenzung und Gewaltkontrolle in Europa immer wieder fest, daß die Zusammenarbeit unter den zuständigen Behörden sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch zwischen der Gemeinschaft und den noch aussenstehenden Ländern mitunter in geradezu unverantwortlicher Weise behindert oder erschwert wird.

Wenn also Herr Brok sagt, die Europäische Union brauche keine zusätzlichen Kompetenzen, sie solle vielmehr um die Durchsetzung der bestehenden Kompetenzen besorgt sein, dann muß man ihn fragen, wie sich dies bei der inneren Sicherheit verhält, wo es um unmittelbar bürgernahe Probleme geht. Ich denke etwa an die Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Drogenhandels und der illegalen Immigration.

### **Sir Broomfield**

Die Briten gelten wahrscheinlich als eine der letzten großen Bastionen des Nationalstaates. Als ich in Deutschland war, wurde ich ständig des nationalstaatlichen Denkens bezichtigt. Ich wies dann daraufhin, der Grund, warum wir das Wort verwenden - ungeachtet der Tatsache, daß wir vier Fußballnationalmannschaften und mehrere andere Attribute recht differenzierter Organisationen haben;- , liege darin, daß es leichter ist, das auszudrücken, was wir tatsächlich meinen, nämlich einen liberalen demokratischen Staat, der auf den Prinzipien von freier Marktwirtschaft und Rechtsstaat beruht. Eben das meinen wir, wenn wir von Nationalstaat sprechen. Diejenigen, die heute den Begriff "Nationalstaat" kritisieren - insbesondere in Deutschland, wo er eine spezifische Bedeutung hat;- , begreifen nicht, daß sich mit den Nationalstaaten wesentliche Veränderungen vollzogen haben. Wir haben jedenfalls kein Problem damit, unsere Souveränität dort zurückzunehmen, wo es sinnvoll erscheint, und wir haben die traditionellen Barrieren um den Nationalstaat aus Steuer- und anderen Gründen gern aufgegeben.

Dann zur Frage der Mehrheitsabstimmung, die Elmar Brok besonders betont hat. Ich möchte ergänzend hinzufügen, daß Mehrheitsentscheidungen das Vorschlagsrecht der Kommission und die Überwachung durch den Europäischen Gerichtshof einschließen.

Das sind zwei äußerst wichtige Faktoren, die bedeuten, daß zum einen die Kommission einen Vorschlag einbringen muß und zum anderen, wie Herr Kohnstamm sagte, die Ergebnisse Akzeptanz finden müssen, weil sonst der Gerichtshof angerufen wird, der eine Ablehnung aussprechen könnte, und das wäre eine äußerst gefährliche Angelegenheit.

Mein nächster Punkt betrifft die Frage der Harmonisierung, ein Thema, das hin und her diskutiert wurde. Harmonisierung ist dann völlig akzeptabel, wenn sie von unten her vor sich geht. Ich fände es gut, wenn die bestehenden Steuersysteme in Europa einige Leute veranlassen würden, Druck auszuüben, damit in ihrem Steuersystem Änderungen vorgenommen werden und dies nicht in

bürokratischen Konferenzen in Brüssel geschieht, wo es um Prozentpunkte geht, weil man zu irgendeinem Ergebnis kommen muß. Eine derartige Harmonisierung würde jeden Versuch für Europa, wieder wettbewerbsfähig zu werden, zum Scheitern verurteilen.

Dann zur Erweiterung: Ich war überrascht, von Herrn Skubiszewski zu hören, daß sich in diesem Kreis nur die Deutschen für die Erweiterung einsetzen würden. Das ist so nicht richtig. Auch die britische Regierung hat sich seit langem für die Erweiterung stark gemacht, und wir werden sie weiter unterstützen. Ich habe lediglich den Blick zurückgelenkt auf das Nachkriegseuropa, in dem es mit Glück, Geschick und Urteilsvermögen gelang, zwei Institutionen zu schaffen, die die westeuropäische Geschichte grundlegend verändert haben.

Die erste Institution war die NATO. Es wird häufig verkannt, daß die Zusammenfassung unserer Ressourcen und Souveränitäten auf dem Gebiet der Verteidigung in dieser Organisation die unabdingbare Voraussetzung für Fortschritte im politischen und wirtschaftlichen Bereich gewesen ist. Es ist schon merkwürdig, daß die NATO, die als letztes großes Beispiel einer Politik des Machtausgleichs in Europa geschaffen wurde, die Wirkung hatte, ihre Mitglieder von eben dieser "Balance-of-power"-Politik abzubringen, weil sie keinen Sinn mehr machte und das Zeitalter der Geheimverträge, Koalitionen und so weiter vorbei war. Deshalb kommt der NATO bei der Reform Westeuropas und hoffentlich auch Gesamteuropas eine außerordentlich große Bedeutung zu.

Die nachfolgende Entwicklung in Richtung EFTA und EWG, EG und EU hat die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beteiligten Länder grundlegend verändert. Wir haben unsere Differenzen jetzt am Verhandlungstisch ausgetragen, und eine Reihe von Dingen, die dort friedlich geregelt wurden, hätten in der Vergangenheit gewiß zu großen Spannungen, wenn nicht zu bewaffneten Konflikten geführt. Das ist ein äußerst mühseliger Weg für die Beteiligten, wie die neuen Mitglieder feststellen werden; aber er ist sehr viel besser als der alte Weg.

Unsere Antwort auf die Ereignisse von 1989 dreht sich um drei wesentliche Entscheidungen, die zwar recht willkürlich getroffen wurden, aber alle in die gleiche Richtung weisen. Erstens beschlossen wir, die NATO zu erweitern; zweitens, die EU zu erweitern und drittens die Währungsunion einzuführen. Wir arbeiten jetzt die Konsequenzen dieser folgenschweren Entscheidungen ab, und es wird Jahre brauchen, bis wir damit durch sind. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß wir heute schon erahnen können, wie Europa im Ergebnis dieser drei Entscheidungen letztlich aussehen wird.

Der Prozeß der Erweiterung zeichnet sich bereits deutlich ab. Zumindest haben wir gesagt, wen wir für qualifiziert halten. Die NATO-Erweiterung ist noch weniger klar. Obgleich drei Länder genannt wurden, weiß niemand, wie lange der Erweiterungsprozeß dauern wird. Aber das ist jetzt in Gang gesetzt, und dabei werden wir sicher noch erhebliche Differenzen unter den Beteiligten und auch gegenüber Dritten zu gewärtigen haben.

Deshalb würde ich denjenigen, die im Planungsbereich tätig sind, raten, einmal aufzuzeichnen - wie Max Kohnstamm es getan hat;- , wie die nächsten zehn Jahre bis zum Jahr 2008 aussehen könnten. Dabei sollten sie die folgenden Variablen berücksichtigen: die Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam; die Einführung der Währungsunion - und zwar sowohl als Regierungsbeschluß als auch de facto; die NATO-Erweiterung mit Ratifizierung; die EU-Erweiterung mit Ratifizierung; und nicht zuletzt die Wahlen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa selbst. Denn dies ist stets ein Kontrapunkt gegenüber dem Geschehen in Europa. Wir sollten auch nicht davon ausgehen, daß die Akteure in diesem Spiel alle stabil und intern für alle Zeit festgelegt sind. Zumindest in den größeren Mitgliedsstaaten finden intern erhebliche Veränderungen statt.

In meinem Land wird es weitere Verhandlungen und vielleicht eine Lösung des Irlandproblems geben. Wir treten jetzt an Schottland und Wales Machtbefugnisse ab, die Schottland seit etwa dreihundert Jahren nicht mehr hatte, seit es dort zuletzt ein Parlament gab. In Deutschland sehen wir Spannungen zwischen den Ländern und dem Bund. In Frankreich erleben wir eine Erosion der Prinzipien Colbertscher Wirtschaftspolitik. In Italien bestehen Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden, und in Spanien gibt es Probleme mit den Basken und Katalanen. Mit anderen Worten, die Akteure selbst sind mit schwierigen Problemen konfrontiert, die die Politiker dort beschäftigen werden.

In der EU wird die britische Regierung, wenn Sie im Januar 1998 die Präsidentschaft übernimmt, mit Nachdruck auf die Vollendung des Binnenmarktes drängen. Das ist bisher nicht gelungen, und in einigen Bereichen wie Energie, Staatshilfe und so weiter geht es um äußerst sensible Themen.

Hinzu kommen äußere Einflüsse, die bei der gesamten Unternehmung weiterhin eine Rolle spielen werden. Ich denke an die Globalisierung, wobei ich es vorziehe, von Mobilität zu sprechen, die sich vor allem auf dem Finanzsektor, im Informationsbereich sowie beim Technologie- und Warentransfer

auswirken wird. Für den Arbeitsmarkt jedoch gilt dies nicht, ein Problem, das uns derzeit erheblich zu schaffen macht.

Ich werde ermutigt in meiner Überzeugung, daß wir mit einer organischen Entwicklung rechnen können, wenn ich die Erklärungen von deutscher Seite höre. In Bonn hatte ich immer gedacht, die letzten Verfechter des föderalen Prinzips seien in der Europa-Abteilung des deutschen Außenministeriums zu finden. Sie traten für eine föderale Legislative ein, gegründet auf das Europäische Parlament in Straßburg; sie hofften auf eine föderale Exekutive, die sich auf Brüssel stützte; und sie pflegten von einer föderalen Armee zu träumen, die aus einer Vereinigung von WEU und EU hervorginge. Doch jetzt hören wir von Staatssekretär von Ploetz: "Wenn es funktioniert, sind wir dabei." Letzte Woche sagte Staatssekretär Hartmann bei einem britisch-deutschen Treffen auf dem Petersberg: "Wir haben kein Endziel; wir sind für einen pragmatischen schrittweisen Prozeß." Ich beschuldigte ihn sofort einer Verletzung des britischen Urheberrechts, aber gratulierte ihm zu seiner Auffassung.

Nach meiner Ansicht befinden wir uns in einer Situation, in der die Institutionen im Wettbewerb miteinander stehen. Laßt das Europäische Parlament seine Macht zu gemeinsamen Entscheidungen gebrauchen, die es hoffentlich klug handhabt. Laßt die Währungsunion die radikalen Veränderungen mit sich bringen, die zweifellos Wirtschaft und Politik betreffen werden. Laßt die neuen Mitglieder der NATO und der EU so schnell wie möglich hinein, und laßt sie ihre eigenen Vorstellungen einbringen. Laßt England voll beteiligt und verantwortlich sein.

Einige werden der "alten Welt" nachtrauern. Karl Lamers und der harte Kern haben aufgeschrien. In diesem Kreis haben wir vernommen, die kleinere Lösung habe die größeren Erfolgsaussichten. Doch das wird nicht der Fall sein. Das Haus, das wir bauen, wird kein Schutzraum sein, sondern eher ein gotisches Aussehen haben mit Türmen, Türmchen und Korridoren, die vielleicht ins Nirgendwohin führen. Dennoch wird das Haus, das wir bauen, auf festen Fundamenten stehen. Es wird all die fürchterlichen Begriffe wie "variable Geometrie" und "Flexibilität" geben; Schengen ist einer und Europäische Währungsunion ein anderer. Immerzu wird es Unruhe und Abweichungen geben.

Im Grunde aber bleibe ich ausgesprochen optimistisch, weil ich denke, daß trotz aller unklaren Details die Richtung ziemlich klar ist. Der Prozeß zielt auf eine echte Vertiefung und Erweiterung, das heißt Vertiefung und Erweiterung der Prinzipien liberaler Demokratie, die sich auf die Achtung vor dem Gesetz und die Vertiefung der Prinzipien des freien Marktes gründet. Diese werden nun ausgeweitet und verankert in einem größeren Europa, das das wahre Europa ist. Darauf freue ich mich aufrichtig.

### **Stürmer**

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Ploetz, hat beim internationalen Medienseminar des Bundespresseamtes in Berlin am 24. Oktober 1997 einen Vortrag gehalten, dem die Frankfurter Allgemeine Zeitung die treffende Überschrift gab: Die deutsche Europapolitik wird britischer.

### **Skubiszewski**

Als ich mich auf Deutschland bezog, meinte ich natürlich nicht, Sir Nigel, daß andere Länder die Erweiterung der Europäischen Union nicht unterstützen würden. Ich habe mich da zugegebenermaßen etwas zu pauschal ausgedrückt, was mir leid tut. Was ich sagen wollte, war, daß angesichts der tragischen gemeinsamen Geschichte von Deutschland und Polen die nachdrückliche Unterstützung durch Deutschland für uns besonders wichtig war und eine Übereinstimmung der Interessen deutlich macht, die sich zwischen diesen beiden schwierigen Nachbarn seit 1989 entwickelt hat.

Die britisch-polnischen Beziehungen sind immer sehr gut gewesen. Aber beide Länder gehören unterschiedlichen geostrategischen Regionen in Europa an. Deshalb ging es darum, die Schwierigkeiten zwischen Polen und Deutschland vorrangig auszuräumen.

Dies ist glücklicherweise geschehen, und einer der Staatsmänner, die dazu beigetragen haben, ist der Vorsitzende in dieser Runde: Präsident von Weizsäcker.

### **Brands**

Herr van Heuven stellte die Frage: Was kann zwischenzeitlich für jene Staaten getan werden, die keine Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft vor dem Jahr 2005 haben? Diese Frage ist insofern wichtig, als es darum geht, wie wir die Probleme in Europa anpacken. Wie soll beispielsweise eine europäische Konferenz vor sich gehen? Darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Wenn dabei keine konkreten Angebote gemacht werden, werden die Ergebnisse sehr mager ausfallen.

Wir sind nicht zuletzt deshalb einen so weiten Weg zur europäischen Integration gegangen, weil wir kaum über die Endziele gesprochen haben. Wo dies der Fall war, bestand große Uneinigkeit. Das beweist, man kann Fortschritte erzielen, ohne die gleichen Ziele vor Augen zu haben. Doch damit ist zumindest eine Hauptschwierigkeit verbunden.

Was bedeutet jetzt "immer engere Union"? Hier wurde mehr Bürgernähe gefordert: Wie verhält es sich damit, wenn die Ansichten darüber, wie das europäische Haus aussehen soll, so unterschiedlich sind? Wir wissen um die Schwierigkeiten; aber welche Vision kann man den Bürgern in dieser Hinsicht bieten? Darüber habe ich hier wenig gehört. Herr Stürmer sprach von zumindest zwei Gruppierungen: die einen, die den Nationalstaat keineswegs aufgeben wollen, und die anderen, die bereit sind, darüber hinauszugehen. Die Beziehungen zwischen Region, Nation und Europa haben sich jedenfalls stark verändert. Welche Vorstellung von Europa sollen wir uns also machen?

Zum Thema Führung in der Europäischen Union waren wir alle natürlich überrascht und erfreut über die veränderte Haltung der Briten in Amsterdam; denn der neue britische Premier hat dort eine sehr aktive Rolle gespielt und sich überhaupt nicht wie ein Newcomer benommen. Das läßt uns hoffen. Ich bin jedoch eher skeptisch, ob die Idee von den drei Großen uns in dieser Hinsicht viel weiterhelfen würde. Ich meine, da müßte Europa mehr zur Geltung kommen. Aber die fehlende Führung ist sicher ein Kernproblem, wenn es darum geht, in Europa mehr zu bewegen.

Insofern bin ich auch erstaunt, daß hier über die Rolle Deutschlands so wenig gesprochen wurde. Was ist im Augenblick mit dem deutschen Motor los? Denn wir wissen doch, wo die Deutschen nicht mitmachen, bewegt sich sehr wenig. Wer könnte also die Initiative im Sinne einer gewissen Führerschaft ergreifen? In dem Zusammenhang ist nicht zu übersehen, daß sich das französisch-deutsche Verhältnis in der letzten Zeit dramatisch verändert hat. Welche Gruppe von Staaten wäre somit imstande, die Dinge voranzubringen, ohne daß diejenigen, die dieser Gruppe nicht angehören, ins Hintertreffen geraten?

Zu der Frage von Herrn Stürmer: Der weitverbreitete Gedanke, je weniger Nachdruck man auf die nationalen Identitäten lege, desto europäischer wäre man, stellte sich als weiteres Mißverständnis heraus. Die EU ist und wird wahrscheinlich ein Europa der Nationalstaaten bleiben und kein föderales Europa werden, in dem sich die nationalen Identitäten verlieren. Deshalb sollten auch die Nachbarn Fragen nach deutschen Interessen einen wichtigen Platz im europäischen Rahmen einräumen und ihnen nicht länger ängstlich "keusch" ausweichen, wie schwer das auch zum Beispiel für die Holländer sein mag.

### **Vernet**

Herr Brands fragte, wie wir uns gegenüber den Beitrittskandidaten verhalten, die kaum eine Chance haben, in den nächsten 10, 15 Jahren aufgenommen zu werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Idee einer Konföderation von François Mitterrand erinnern, die, wie ich meine, in der letzten Zeit an Aktualität gewonnen hat. Mitterrand hat eine solche Konföderation kurz nach 1989 vorgeschlagen, weil er die Schwierigkeiten voraussah, die die Europäische Union mit den ost- und mitteleuropäischen Ländern bekommen würde. Diese Idee war mit zwei Fehlern behaftet. Zum einen sah diese Konföderation die Russen dabei und die Amerikaner draußen, und der zweite Fehler war, daß die Konföderation als eine Art Wartezimmer, vielleicht sogar als Ersatz für den Beitritt zur Gemeinschaft verstanden werden konnte.

Wenn wir aber die jetzigen französischen Vorschläge für die ständige Europäische Konferenz nehmen, zeigt sich, daß mehrere Aspekte der Mitterrandschen Konföderation darin wieder auftauchen. Das heißt nicht, daß die Konferenz als Ersatz für den Beitritt gilt, aber sie könnte ein Mittel sein, die mittel- und osteuropäischen Staaten der Union anzunähern - parallel zu den Beitrittsverhandlungen, und zwar auf verschiedenen Gebieten über die Assoziierungsverträge hinaus nicht nur im Bereich der Handels- und Wirtschaftskooperation.

So wäre es zum Beispiel möglich, die Beitrittskandidaten an den Diskussionen über den zweiten und dritten Pfeiler zu beteiligen. Wenn man davon ausgeht, und das ist wahrscheinlich realistisch, daß die Beitrittsverhandlungen selbst für die bestplatzierten Kandidaten mehrere Jahre dauern werden - während die weniger entwickelten Länder vielleicht Jahrzehnte warten müssen;- , dann sollten wir über neue Mechanismen nachdenken, die es ermöglichen, daß bereits in der Übergangszeit eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten stattfindet.

Nun hat Herr von der Gablentz hier eine Vorstellung entwickelt, die einen Franzosen geradezu mit Schrecken erfüllen kann, daß nämlich der *acquis communautaire* der Vergangenheit angehört und wir die Zukunftsgemeinschaft mit 20 oder 25 Mitgliedern neu überdenken sollten; vielleicht nicht in allen

Teilen, denn einiges dürfte als durchaus vernünftig beibehalten werden. Ich darf aber daran erinnern, daß es vor jeder Erweiterung hieß, sie werde die Gemeinschaft von Grund auf verändern, was ja auch nicht so ganz falsch war. Nach der jetzt anstehenden Erweiterung werden wir es in der Tat mit einer völlig neuen Union zu tun haben.

### **von der Gablentz**

Ich habe natürlich nicht sagen wollen, Herr Vernet, der "acquis communautaire" solle nicht mehr die Basis für die Verhandlungen sein. Ich sehe aber ein Problem der Erweiterungsverhandlungen darin, daß der "acquis" notwendigerweise vergangenheitsbezogen ist. Wir können jedoch die große Gemeinschaft des ganzen Europas nur aufbauen, wenn wir die zukünftigen Aufgaben gemeinsam definieren und anpacken, also eine wirkliche Zukunftsvision entwickeln.

Deshalb meine ich, daß wir neben den notwendigerweise vergangenheitsgerichteten Verhandlungen ein zweites Gremium brauchen, in dem wir die gemeinsamen Zukunftsaufgaben des größeren Europas angehen. Ich habe als Beispiel die Bildungsgesellschaft erwähnt, die ich als eine Hauptaufgabe im künftigen Europa sehe. Die Erziehung zum europäischen Bürger macht jedenfalls eine Erneuerung unserer gesamten Bildungs- und Ausbildungssysteme unausweichlich - von den ökonomischen Zwängen zum Aufbau einer "Wissensgesellschaft" einmal abgesehen.

### **Vernet**

Da stimme ich Ihnen zu.

### **Kadar**

Curt Gasteyer stellte die Frage, wo darüber entschieden wird, wer ein Europäer sei. Meine Antwort ist: Das hat die Geschichte entschieden. Überall dort, wo sich römisches und sächsisches Recht, gotische und Renaissancebauten finden, wo es bereits seit dem Mittelalter eine Verfassung gibt und wo eine funktionierende Marktwirtschaft vorhanden ist: Das ist Europa. In all diesen Ländern werden die Vorteile der Erweiterung weit größer sein als in anderen Ländern, die nicht den gleichen geschichtlichen Hintergrund haben. Deshalb sind die Mittelosteuropäer so empfindlich gegenüber jedem Versuch, den Prozeß der Erweiterung zu verlangsamen.

Herr Calleo sprach von den ungeheuren finanziellen Kosten, die kaum zu bewältigen seien. Des weiteren wurden die Kosten des Entscheidungsprozesses erwähnt. Herr Kohnstamm nannte den Zeitaufwand, der aber sicher überschätzt wird, weil dabei unberücksichtigt bleibt, daß die EU in den letzten zwanzig Jahren Fertigkeiten und Techniken entwickelt hat, um Verhandlungen zu beschleunigen.

Vor kurzem hat die EU alle zehn Kandidaten einer strikten Analyse unterzogen. Deshalb gibt es keine unbekanntes oder weißen Flecken. Die beitrittswilligen Länder haben selbst eine sehr genaue Vorstellung davon, wo sie um eine Ausnahmeregelung nachsuchen wollen, und das ist auch der Brüsseler Kommission bekannt. Deshalb sehe ich keine unüberwindbaren Hindernisse, die die Verhandlungen verlangsamen müßten, ganz zu schweigen von der Tatsache, die Herr Skubiszewski überzeugend dargelegt hat, daß die Erweiterung in unseren Ländern als eine nationale Aufgabe betrachtet wird und die Parlamentsparteien in Polen und in Ungarn sich darin einig sind.

Aus diesem Grund kommen bestimmte Äußerungen über den Zeitaufwand für die Erweiterung in Ost-Mitteuropa bei uns sehr schlecht an und helfen denen nicht, die unsere Länder auf eine Mitgliedschaft in der EU effektiv vorbereiten wollen. Es ist eine weitverbreitete Ansicht, sogar in Brüssel, daß Kosten und Nutzen der Erweiterung mit Hilfe objektiver Kriterien erfaßt werden können, mit denen man den Status der Länder, die zur ersten Erweiterungswelle gehören, bestimmen kann.

Um Herrn Brands zu erwidern: Ich verstehe nicht, warum jenen Ländern so große Bedeutung beigemessen wird, die im Jahre 2005 noch keine Mitglieder sein können. Sie erfüllen eben die vorerwähnten objektiven Kriterien nicht. Lassen Sie uns den Fluß dann überqueren, wenn wir ihn erreichen. Wenn diese Länder die Kriterien erfüllen, dann laßt sie rein! Der Beitritt unserer Nachbarn zur EU liegt in unserem ausdrücklichen Eigeninteresse; aber die "Konvoy-Theorie" kann schwerlich akzeptiert werden.

Deshalb sehen wir ein gesamteuropäisches Interesse darin, die Erweiterung schnell zu vollziehen, und zwar Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig. Jede Zeitverzögerung bei der Umsetzung der großen europäischen Strategie bedeutet einen Verlust, nicht nur für Ost-Mitteuropa, sondern für ganz Europa auf der internationalen Bühne.

## Groebe

Ich warne ein wenig vor den Broomfieldschen gotischen Kathedralen, die gebaut wurden, um die Bürger zu beeindrucken. Mein Eindruck ist, daß Europa im Augenblick eher dem Bau einer dekonstruktivistischen Kirche gleicht, die in alle möglichen Richtungen weist, ohne daß der Bürger erkennt, wohin - sicherlich nicht in den Himmel.

Mit anderen Worten, mir würde es nicht nur schwerfallen, den Bürgern in der Schweiz zu erklären, wofür Europa steht, sondern auch den Bürgern in diesem Europa selbst. Eines hat Europa tatsächlich erreicht, nämlich die Abwesenheit von militärischen Konflikten. Das ist eine ungeheure Leistung, die allerdings den meisten Menschen auf die Dauer gar nicht mehr so recht bewußt ist und die sie mehr oder weniger für selbstverständlich halten. Was die Menschen dagegen mit Europa weit mehr assoziieren, sind Arbeitslosigkeit und Orientierungslosigkeit.

Herr Brok beurteilt es offensichtlich positiv, wenn Umfragen zeigen, daß sich die Bürger einerseits mit der Region, in der sie leben, und andererseits mit Europa identifizieren, aber immer weniger mit der Nation. Für mich ist dieses Ergebnis ein Alarmsignal, besonders wenn ich an Deutschland denke. Die Identifizierung mit Europa interpretiere ich als Suche nach einer Orientierung, die auf der nationalen Ebene nicht mehr geleistet wird.

Was aber die Bürgernähe angeht, gibt es in Europa, etwa im Vergleich mit den USA, einen entscheidenden Nachteil: Während die Amerikaner einen Präsidenten haben, der sogar schon in Filmen als Action-Held gehandelt wird, oder auch ihre Westernhelden und andere Symbolfiguren, die für Amerika stehen, fehlen entsprechende Bilder und Symbole, die Europa eine Identität geben könnten. In den sechziger Jahren lief im deutschen Fernsehen immerhin noch eine sehr beliebte Unterhaltungssendung mit dem Titel: "Einer wird gewinnen" (EWG), in der Hans-Joachim Kulenkampff Kandidaten aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenbrachte. Heute dagegen wird Europa vor allem mit zwei Bs assoziiert: Beamte und BSE, wobei ich nicht weiß, was davon negativer gesehen wird; ich fürchte fast, die Beamten.

Nun meine ich, daß dieses Europa nicht nur in politischer Hinsicht Identitätsprobleme hat. Herr Brok hat zu Recht auf die Informationstechnologie verwiesen, mit deren Hilfe dem Bürger immer mehr Lebensmodelle angeboten werden, unter denen er scheinbar oder tatsächlich wählen kann. Hier sollte man auch das Internet nicht unterschätzen, das den Gruppierungen, die damit umgehen, ganz neue Gruppenidentitäten in einem virtuellen Bezugsrahmen ermöglicht. Das Bedürfnis nach Orientierung, das besonders bei Jugendlichen ausgeprägt ist, wird auf diese Weise weitgehend fragmentiert, während der National-Staat als Übungsfeld für Identifikation immer weiter zurückgedrängt wird. Dies schadet meiner Ansicht nach auch einer erhöhten Zuwendung in Richtung Europa.

Was hält Europa' zusammen? Sicher, die durch Schengen erleichterte grenzüberschreitende Mobilität ist ein Positivum für Europa. Zunehmend wichtiger wird jedoch der Bereich der Kommunikation, der uns vielleicht helfen könnte, Europa mit identitätsstiftenden Symbolen zu versehen und auch so etwas wie eine gemeinsame europäische Idee auszubilden. Dazu gehört dann der von Herrn von der Gablentz angesprochene Bereich der Bildung. Um Europa stärker in den Köpfen und Herzen der Bürger zu verankern, reicht es sicher nicht aus, PR-Agenturen zu beauftragen. Europa als "Kommunikationsraum" wird nur gelingen, wenn für den Bürger der grenzüberschreitende Informationsaustausch, zum Beispiel durch Telefon, Internet und Fernsehen, noch einfacher, billiger und attraktiver wird, wenn internationale Lernnetzwerke integraler Bestandteil der (Schul-)Bildung werden und sich der Europagedanke noch mehr aus den Interessen und Bedürfnissen des Alltagslebens heraus entwickelt.

## van Eekelen

Als ich bei der WEU war, hatte ich zwei Wahlsprüche. Zum einen: Wir sollten mehr für alle tun, aber nicht zwangsläufig für alle das gleiche. Der zweite lautete: Sicherheit durch Beteiligung ist wichtiger als vertragliche Garantien. Der erste Punkt ist für unsere Diskussion besonders interessant: Wenn wir sagen, wir wollen in Europa keine neuen Trennungslinien schaffen, dann sollten wir aber auch allen europäischen Ländern gegenüber klarmachen, daß sie eine Rolle in diesem Integrations- und Kooperationsprozeß zu spielen haben.

Was die EU betrifft, so glaube ich nicht, daß wir bisher eine klare Vorstellung davon haben, aufweiche Weise wir die Union für die Erweiterung fit machen können. In Amsterdam wurden nur zwei relativ untergeordnete Punkte diskutiert, nämlich die Größe der Kommission und eine Neugewichtung der Stimmen bei Abstimmungen. Eine Entscheidung darüber wurde auf später verschoben. Um die Entscheidungsprozesse in einer Union mit 25 oder mehr Mitgliedern zu verbessern, muß aber sehr



viel mehr getan werden. Dazu muß deutlicher werden, welche Mindestanforderungen zu erfüllen sind, um die Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten.

## **Welle**

Wenn es hier hieß, die europäische Einigung komme zu langsam voran, dann will ich nur kurz aufzählen, was in den letzten zehn, zwölf Jahren erreicht wurde, beziehungsweise in den kommenden Jahren ansteht: 1986 Aufnahme von Portugal und Spanien; 1991 Maastrichter Vertrag; 1992 Gemeinsamer Binnenmarkt; 1995 Aufnahme von Finnland, Schweden, Österreich; 1997 Vertrag von Amsterdam; 1998 Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Staaten Mittel- und Osteuropas und Zypern sowie Start der Europäischen Währungsunion. Es gibt also eine erhebliche Dynamik in diesem Europa, auch wenn die einzelnen Projekte sicher ihre Defizite und Mängel aufweisen, aber in toto ist die europäische Landkarte in geradezu revolutionärer Weise verändert worden.

Wo stehen wir Institutionen? Elmar Brok hat gesagt, das Europäische Parlament ist heute in 75 Prozent gleichberechtigter Gesetzgeber. In Sachen Mehrheitsentscheidung im Ministerrat gibt es nach Amsterdam große Fortschritte, und ich bin optimistisch, daß der Druck im Vorfeld der nächsten Erweiterungen dazu führen wird, daß die Mehrheitsentscheidung noch mehr zur Regel für den Ministerrat und für den Europäischen Rat werden wird.

Hinzu kommt, daß die Kommission immer mehr Züge einer europäischen Regierung annimmt. Der Kommissionspräsident wird künftig durch das Europäische Parlament gewählt; er erhält durch den Vertrag von Amsterdam eine Art Leitlinienkompetenz. Daß die Kommission "nur" Vorschläge machen darf und von der Zustimmung im Ministerrat und im Europäischen Parlament abhängig ist, ist kein Gegenargument; denn auch die nationalen Regierungen haben keine Gesetzgebungskompetenz sui generis, sondern brauchen die Unterstützung in ihrem Parlament beziehungsweise in der Zweiten Kammer.

Es gibt ein erhebliches zusätzliches Integrationspotential ohne weitere Regierungskonferenzen. Die Westeuropäische Union kann weiter an die Europäische Union herangeführt werden, ohne daß es einer weiteren Ratifizierungsrunde bedarf. Das gleiche gilt für Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Innen- und Justizpolitik. Die Akteure verfügen über einen deutlich größeren Handlungsrahmen. Um ein Beispiel zu nennen: Da der Kommissionspräsident jetzt durch das Europäische Parlament gewählt wird, ist er abhängig von den dortigen Mehrheiten. So könnte man sich vorstellen, daß sich für die nächsten oder übernächsten Europawahlen die großen europäischen Parteien auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten einigen in dem Sinne, daß die größte Fraktion im Europäischen Parlament den Kommissionspräsidenten stellen kann.

Insofern brauchen wir auch nicht mehr über Vereinigte Staaten von Europa zu debattieren, weil dieser Zustand in absehbarer Zeit ohnehin erreicht werden wird. In dem Zusammenhang sollten Sie auch den Zusammenhalt der Vereinigten Staaten von Amerika nicht überschätzen. In den dreißiger Jahren konnte jemand, der in den USA eine bundesstaatliche Grenze überschritt, nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Steuerhinterziehung verfolgt werden. So stark war die Integration in Amerika also nach 150 Jahren noch gar nicht.

## **Brok**

In der Tat hat sich in den letzten zwölf Jahren seit der Einheitlichen Akte Erhebliches getan, ungeachtet des ewigen Lamentos, es gehe in Europa nicht voran.

Dabei sind wir jetzt in der Europäischen Union in die Kernbereiche nationaler Souveränität vorgestoßen: Rechts- und Innenpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Währungsunion. Natürlich sind damit Akzeptanzprobleme verbunden. Auf der anderen Seite gibt es eine Agenda, die bis zum Abschluß der ersten Erweiterungsrunde, sagen wir im Jahre 2003, reicht. Es ist zu überlegen, ob wir mit einer Grundsatzdebatte über das Ziel der europäischen Union diese Agenda befruchten oder eher gefährden. Das ist keine substantielle, sondern eine taktische Frage.

Herr Stürmer zitierte den FAZ-Artikel mit der Überschrift: Deutschlands Rolle in Europa wird britischer. Diese Einschätzung hat bei den Verhandlungen in Amsterdam Nahrung bekommen, als der deutsche Bundeskanzler zur Überraschung vieler nicht der Vorreiter für die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen war. Man kann indes auch die Frage stellen, ob es sinnvoll war, die Debatte für Mehrheitsentscheidungen in der Rechts- und Innenpolitik zu einem Zeitpunkt zu intensivieren, da es um die Verwirklichung der Währungsunion im Mai 1998 geht. War es nicht klüger, diese Diskussion jetzt zu vermeiden, um in fünf Jahren das gleiche Ziel zu erreichen?

Die Erweiterung ist zweifellos das große Ziel, und es liegt im besonderen deutschen Interesse, mit Polen Ähnliches zuwege zu bringen wie seinerzeit mit Frankreich, was damals ja nur in einem multilateralen Kontext im Rahmen der europäischen Einigung möglich war und nicht bilateral. Die Versöhnung nach Osten liegt in unserem unmittelbaren nationalen Interesse, das wir nicht zuletzt mit der Erweiterung verfolgen. Dieses Ziel sollten wir nicht durch weitere Debatten über zukünftige Bilder von Europa in Frage stellen.

Was die Frage eines Direktoriums angeht, so halte ich diesen Ansatz für völlig verfehlt und unrealistisch. Ich erinnere nur an das unsägliche Treffen, das auf Einladung des italienischen Außenministers Dini im Frühjahr dieses Jahres in Rom stattgefunden hat und zu dem weder die kleinen Mitgliedsländer noch insbesondere die niederländische Ratspräsidentschaft gebeten waren. Dieser Umstand hat in den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam das Mißtrauen wachsen lassen und vieles, was im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik aussichtsreich schien, blockiert. Das heißt, diese Überlegung eines Direktoriums der Großen hat psychologisch erheblich geschadet. Deshalb würde ich eher einen anderen Weg gehen, der zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen führt und dafür die neue Troika aus Ratspräsident, Außenkommissar und neuen Hohen Repräsentanten einspannt und dabei zugleich die neue Planungseinheit nutzt, die personell so zusammengesetzt werden muß, daß sie gemeinschaftlichen Mehrwert produziert.

### **Kohnstamm**

Ich könnte Ihnen unschwer nachweisen, Herr Welle, daß all die Entscheidungen, die Sie erwähnt haben, nicht erst in den letzten zehn, zwölf Jahren zustande gekommen sind, sondern das Ergebnis sehr viel längerer Vorbereitungen sind. Ich darf nur daran erinnern, daß der Werner-Report zur Währungsunion bereits aus dem Jahre 1972 stammt und es mehr als 25 Jahre gedauert hat, bis dieser Ansatz verwirklicht werden konnte. Ich halte also Ihren Optimismus offen gesagt für gefährlich.

Dabei will ich noch einmal mit Nachdruck unterstreichen, daß ich einen schnellen Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas befürworte und eine große Chance für Europa darin sehe. Theoretisch wäre die Erweiterung im Rahmen des ersten Pfeilers innerhalb von zwei Jahren durchaus möglich, wenn es Mehrheitsentscheidungen über die Vorschläge der Kommission gäbe. Aber so verhält es sich nun einmal nicht. Statt dessen werden wir eine internationale Konferenz mit ungefähr einhundert Teilnehmern haben, und das ist etwas völlig anderes. Hier von einem fast track zu sprechen, ist absolut unrealistisch. Die Beitrittsverhandlungen finden unter ganz anderen Vorzeichen statt. Sie können mir glauben, daß ich mir vierzig Jahre lang nichts mehr gewünscht habe, als diese Fragen unter fast track zu verhandeln. Wir können es aber nicht.

Natürlich brennen den Leuten auf der Straße die Probleme wie Arbeitslosigkeit und auch Jugoslawien auf den Nägeln. Aber weder das eine noch das andere fällt bisher in die Entscheidungskompetenz der Gemeinschaft. Das ist in der Tat ein Riesenproblem.

Ich verlasse diese Tagung mit zwei nachhaltigen Eindrücken: Erstens haben wir in Europa nach wie vor ein außerordentliches Kommunikationsproblem, das wir nur bewältigen werden, wenn die Kommission und die Mitgliedsländer alle verfügbaren Informationsmöglichkeiten dafür einsetzen. Davon hängt entscheidend ab, ob wir den Bürgern ein europäisches Bewußtsein vermitteln können.

Zweitens müssen wir ernsthaft über andere Arrangements nachdenken. Denn die große Frage ist, wie wir die nächsten fünf, sechs Jahre überstehen, bis sich die Ergebnisse der Beitrittsverhandlungen abzeichnen. Und bis zum endgültigen Beitritt wird es nochmals eine lange Zeit brauchen. Wie können wir diese lange Übergangszeit überbrücken? Das wird nicht leicht sein, muß aber unbedingt geschehen, damit nicht Enttäuschung und Bitterkeit die Beteiligten erfüllen.

### **Stürmer**

Im Verlauf dieses Gesprächskreises habe ich mich manchmal gefragt, was das Europäische an Europa ist. Es ist offenbar, daß Europas Stärke in seiner Verschiedenheit liegt, aber das ist auch der Grund vieler unserer Schwierigkeiten. Eine liberale Ordnung ist Europa nach aller Erfahrung angemessener als die hegemoniale Einheit, ob sie von Paris, Berlin oder Brüssel ausgeht. Aber bisher ist es, ungeachtet aller schönen Bekenntnisse, auf europäischer Ebene mißlungen, die repräsentative Demokratie zu kräftigen und die Europa-Demokratie in den Nationen kraftvoll zu verankern. Das europäische Parlament ist nicht jene Kraftmaschine geworden, die der weiland Deutsche Reichstag in der Epoche Bismarcks bedeutete. Das Parlament hat keinen Staat, den es formen kann, und es soll nach dem Willen der beteiligten Nationalstaaten auch keinen haben. Europa ist mithin bisher, wie Samuel von Pufendorf im 17. Jahrhundert das allen klassischen Definitionen trotzen "Heilige Römische Reich" charakterisierte, "monstro simile", einem Fabeltier gleich.

Was aber in den ersten Jahrzehnten hinnehmbar war, als die Europäische Gemeinschaft von den Rändern der Agrar- und Außenwirtschaftspolitik her die Nationalstaaten einzuschränken begann, ist spätestens mit Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 ein gravierender Mangel an Legitimität und stellt die Wirksamkeit der Union in Frage, vor allem in Krisenzeiten und unter den schmerzhaften Anpassungen, die aus den Prozessen der ökonomischen Globalisierung folgen. Die britischen Bedenken sollten auf dem Kontinent ernst genommen werden. Es geht nicht, wie verharmlosend gesagt wird, um ein Demokratie-"Defizit". Es geht darum, daß der Bürger sich auf europäischer Ebene nicht vertreten, nicht wahrgenommen, nicht verstanden fühlt. Eine Weile geht solches gut, auf Dauer geht es nicht. Hundert Jahre nach Colbert und seinem System folgte, nicht zufällig, die Französische Revolution.

Es ist auch nicht so, daß die Realität der Nationalstaaten sich der Rhetorik der deutschen Sonntagsreden beugt, wonach schon lange der Nationalstaat in die Archive der Geschichte relegiert sein müßte. Dieselben Politiker, die sechs Tage in der Woche im Nationalstaat ihre Basis und im Sozialstaat ihre Geschäftsgrundlage finden, beschäftigen sich am Sonntag damit, dem Nationalstaat Grabreden zu halten unter Verweis auf alles das, was er im 19. Jahrhundert konnte und am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr kann. Die Völker, einschließlich die Deutschen, indessen denken ganz anders.

Würde wirklich ein Politiker kraftvoll darangehen, den nationalen Sozialstaat zu zertrümmern und die Leute auf Brüssel, oder, noch grausamer, auf Selbsthilfe zu verweisen, er würde sogleich durch ein Geheul der organisierten Interessen in allen nationalen Hauptstädten zum Schweigen gebracht. Ist nicht die erwiesene Unmöglichkeit, die deutsche Umverteilungsmaschine zu korrigieren, vor allem Steuern und Altersversorgung, genug Beispiel? Seien wir zurückhaltend, das Gebäude Europas über einem Hypothesengerüst zu bauen, das falsche Realanalyse mit freischwebendem Idealismus verbindet. Die "Globalisierung" wird das in der Tat noch immer wachsende Spannungsverhältnis wahrscheinlich verstärken, das zwischen den Nationalstaaten als Schutzgehäuse gegen den Wandel und Europa als Maschine des Wandels besteht.

Die Wirtschaft ist, wie wir gehört haben, in diesen Prozessen weiter als die Politik. Diese hat sich drei große Projekte vorgenommen:

- die Wirtschafts- und Währungsunion;
- die Erweiterung nach Süden und Osten;
- und, als institutionelle und funktionale Voraussetzung beider Prozesse, die Vertiefung der Union.

Letzteres heißt, davon Regierung auf europäischer Ebene so wenig die Rede sein kann wie von Verfassung, den Managementmodus in Brüssel so zu gestalten, daß nicht nur Verantwortlichkeiten nach innen klar definiert und nach außen wieder klar erkennbar werden. Es heißt insbesondere, durch Mehrheitsentscheidungen die Blockadechance jedes einzelnen Mitgliedsstaats zu überwinden und eine legale Basis zu schaffen, damit eine Kerngruppe wie die "INs" beim Euro handeln können, ohne von den "OUTs" am Rockschoß festgehalten zu werden. Auch die jetzt vielgewünschte "Flexibilität" bedeutet im Grunde nichts anderes, als die Union vor den lähmenden Folgen ihrer Größe und vor allem des weiteren Wachstums zu bewahren. Allen Beteiligten in Brüssel und in den nationalen Hauptstädten steht die reale Gefahr des institutionellen "gridlock" vor Augen.

Gleichzeitig aber stellt sich ein weiteres, bisher ungelöstes Problem: Sollen die Staaten alle gleich sein, mehr oder weniger? Oder soll nach Bevölkerung und Bruttosozialprodukt entschieden werden? Sind alle Staaten gleich, dann werden die größeren sich unausweichlich in eine stille Koalition der Besitzstandswahrung zurückziehen, ein faktisches Direktorat, und die Mehrheitsentscheidung der kleineren oder der ärmeren unterlaufen. Wird dagegen nach Größe und Gewicht abgestimmt, dann werden die kleineren Staaten laut protestieren und jede Gelegenheit nutzen, die Sandburgen ihrer Souveränität zu verteidigen.

Kommt es nicht zu solcher Vertiefung, so hat das für die Zukunft und bei weiteren Beitritten lähmende Folgen für Management und Modus operandi der Union. Dieser Mangel zieht auch jetzt schon, da die Wirtschafts- und Währungsunion nur dauerhaft denkbar ist mit effizienten Leitungsstrukturen, einen Vertrauensverlust nach sich. Daß sich, wenn die Dinge nicht ordentlich geregelt werden, das alte unordentliche Spiel von Gleichgewicht und Hegemonie wieder herstellt, vor allem zwischen Paris und Bonn/Berlin, beginnt man in den Hauptstädten zu ahnen.

Eines jedenfalls ist heute schon erkennbar: Entweder es müssen die Nationalstaaten untereinander "inter-gouvernemental" zum dauerhaften Konsens kommen über die Fusion wesentlicher Politiken vor allem im Wirtschafts- und Finanzbereich, oder es wird "Brüssel" in die Staaten mehr und mehr

hineinregieren unter stiller Anleitung der einen oder anderen nationalen Hauptstadt oder gar eines "Direktoriums" - ein Begriff, der dem Gottseibeius nahekommt.

Der Status quo jedenfalls ist keine dauerhafte Antwort. Der Steuerungsbedarf des "Euro" und das Management der Erweiterungsagenda und der mit ihr verbundenen Umverteilungsprozesse lassen es nicht zu. Europa ist jetzt an einer Schwelle angelangt, wo entweder europäische Politik eine neue Qualität braucht, oder das Ganze zum Wagnis mit offenem Ausgang wird. Die neue Qualität aber kann nur eintreten, wenn die nationalen Sozialstaaten das tun, was von ihnen bisher vergeblich erwartet wurde, nämlich sich auf das Altenteil zurückziehen. Von London über Paris und Rom bis Warschau, Prag und Stockholm ist das aber nicht zu sehen, und selbst in Bonn hat man die Integrationsrhetorik auf leise gestellt.

Vor einem ist abschließend zu warnen, der Hoffnung nämlich, der Euro werde in einer Art List der Vernunft jene Vertiefung Europas schaffen, an der die Politik zwischen "Maastricht" 1992 und "Amsterdam" 1997 scheiterte. Wahrscheinlich ist, daß der Euro nationale Gegensätze scharf herausarbeiten wird. Innerstaatliche Sozialkonflikte werden mit einer gewissen Logik zu zwischenstaatlichen Konflikten werden. Von jetzt an macht sich Europa nicht mehr von selbst, weder außenpolitisch noch innenpolitisch. Es wird der Führung bedürfen.

Aber es gehört zu den Grundzügen der europäischen Geschichte, daß Führung nur in sehr milden Formen ertragen wird, danach aber Krisen und Konflikte hervorruft. Ob der Euro stark genug sein wird, die Gegensätze zusammenzuhalten, ist eine offene Frage. An ihr noch mehr als an der Osterweiterung wird sich das Schicksal der Europäischen Union schon in den nächsten Jahren entscheiden.

#### **von Weizsäcker**

Ich möchte mich darauf beschränken, in mehrfacher Hinsicht Dank zu sagen. Zunächst möchte ich denen danken, die uns die gute Idee nahegebracht haben, diese Tagung in den Niederlanden durchzuführen. Unser Gastland hat von Beginn an während aller Phasen der europäischen Entwicklung stets jene Verbindung von Weisheit und Energie an den Tag gelegt, wie sie einen Mann wie Max Kohnstamm auszeichnet. Wenn man über die europäische Gegenwart und Zukunft diskutiert, sollte man jedenfalls die historische Perspektive nicht außer acht lassen. Wenn er uns mahnt, hinsichtlich der Zeitdauer für wirkliche Fortschritte realistisch zu bleiben, dann tut er dies im Blick auf dieses Jahrhundert im ganzen und auch auf das nächste Jahrhundert und nicht nur auf den heutigen Tag. Ich meine, das ist die angemessene Perspektive für die europäische Geschichte.

Mein zweiter Dank gilt dem Umstand - auch das möchte ich wiederholen;- , daß wir unsere europäischen Probleme hier mit denjenigen diskutieren konnten, um die wir uns nicht nur erweitern wollen, sondern die uns erst zur Vollendung der europäischen Gemeinschaft verhelfen. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich auf diesem Punkt insistiere. Beim Begriff Erweiterung denke ich vornehmlich an eine Aktiengesellschaft mit einigen Großaktionären, die meinen, sie könnten ihre Akzeptanzprobleme im Unternehmen dadurch verringern, daß sie dafür plädieren, Belegschaftsaktien einzuführen, wobei Herr Cartellierija so optimistisch war zu glauben, die Belegschaftsaktionäre würden eines Tages auch die demokratische Funktion wahrnehmen.

Der Begriff Erweiterung enthält also nach meiner Einschätzung eine unausgesprochene Vorstellung, die ich nicht zu teilen vermag. Für uns Deutsche geht es mit diesem Europa eben nicht zuletzt um die Überwindung einer unseligen Vergangenheit, und das ist für uns in alle Himmelsrichtungen gleich wichtig. Deshalb sage ich: Auch wenn wir im Europäischen Rat noch nicht alle zusammensitzen, im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises sitzen wir alle an einem Tisch, und darin sehe ich einen großen Vorzug.

Meinen dritten Dank spreche ich deshalb der Körber-Stiftung aus, daß sie uns immer wieder Gelegenheit gibt, die Kommunikation unter uns zu fördern und zu vertiefen, auf die wir so dringend angewiesen sind. Nicht zuletzt Max Kohnstamm hat dies zum Abschluß so eindringlich betont. Denn die Kommunikation auch unter den ausgewiesenen Kennern der Materie ist außerordentlich wichtig, wie sich hier bei der einen oder anderen Irritation gezeigt hat.

Nicht zuletzt möchte ich Herrn Stürmer, unserem Vorsitzenden, danken, der eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, daß sich großes Wissen und vielfältige Temperamente im Interesse einer wichtigen Zielsetzung zügeln lassen. Ich habe jedenfalls aus diesen anderthalb Tagen viel gelernt.